bonjour tristesse

#17/18 (Winter 2014/2015) Antworten aus der Provinz: Texte für Halle und Umgebung

bonjourtristesse.wordpress.com

EDITORIAL

Peter-Sodann-Preis für ostzonale Gesinnung

Peter Sodann hat uns lange begleitet. Es gibt wohl kaum eine Ausgabe der Bonjour Tristesse*, in der der unsympathische Wahl-Hallenser, der einst das Neue Theater leitete, als* Tatort*-Kommissar das sonntägliche Fernsehvergnügen schmälerte und sich schließlich von der Linkspartei als Kandidat für den Posten des Bundespräsidenten aufstellen ließ, nicht mehrfach erwähnt wurde. Damit ist es nun vorbei. Wir werden Peter Sodann in Zukunft keine besondere Aufmerksamkeit mehr widmen. Der Mann ist inzwischen so alt, dass seine Äußerungen in der Redaktion der* Bonjour Tristesse *weniger für Kritik als für freundliches Verständnis sorgen: Wenn eine Oma aufgrund ihrer Gehschwäche die Fahrbahn blockiert, drückt man nicht auf die Hupe, sondern hilft ihr über die Straße. Außerdem arbeitet sich inzwischen selbst das bürgerliche Feuilleton an Sodann ab. Von den dortigen Lohnschreibern, die immer erst dann kritisch werden, wenn sie mit ihrer Kritik bei niemandem mehr anecken, trennt uns einiges.*

Dennoch können wir nicht ganz von Peter Sodann lassen. Es ist wie mit einem Unfall oder mit Kotze in der Straßenbahn: Man will nichts damit zu tun haben, muss aber immer wieder hinsehen. Aus diesem Grund hat sich die Redaktion der Bonjour Tristesse *entschlossen, jährlich einen* Peter-Sodann-Preis für ostzonale Gesinnung *auszuloben. Dieser Publikumspreis wird an Personen vergeben, die sich besondere Verdienste um die Pflege und Verbreitung aggressiver Weinerlichkeit (»belogen und betrogen«), dümmlicher Kapitalismusschelte (»die da oben«) und schlechten Geschmacks erworben hat. Die Trophäe, die ein semi-bekannter hallischer Künstler entwerfen wird, wird in der nächsten Ausgabe der* Bonjour Tristesse *vorgestellt. Der* Peter-Sodann-Preis *ist mit 44,37 Euro dotiert. Das entspricht genau der Summe des Begrüßungsgeldes, das sich DDR-Bürger 1989 bei ihrem ersten Besuch der Bundesrepublik in westdeutschen Einwohnermeldeämtern abholen konnten.*

Vorschläge für die Nominierung können ab sofort (samt einer kurzen Begründung!) per E-Mail oder Facebook eingereicht werden. Die Nominierten werden in der nächsten Ausgabe der Bonjour Tristesse *vorgestellt. Aus diesem Kreis können die Leser unserer Zeitschrift dann den Preisträger auswählen. Die Wahl wird von unparteiischen Beobachtern aus der Redaktion ausgewertet und überwacht. Wir wünschen allen potentiellen Kandidaten viel Glück!*

DIE THEMEN DIESER AUSGABE:

Deutschland, Pegida und der Islam. Neun Thesen der AG Antifa zum Verhältnis von Pegida-Protesten, Islam und Berliner Republik.

Im Einklang mit der Zeit. Knut Germar zum Streit um Emil Abderhalden.

Links ist da, wo kein Antisemitismus ist? Sören Pünjer über linke Magdeburger und einen Friedensforscher in Halle.

Immer wieder montags. Andreas Halberstädter über Montagsdemonstrationen und Verschwörungstheoretiker.

Ein Satz mit X – das war wohl nix! Frauke Zimmermann gibt einen Einblick in die Abgründe der hallischen Queer-Hölle.

»Was tun, wenn nicht sterben?« Harald-Jürgen Finke im Milieu zwischen Todespanik und Todeswunsch.

Aber hier leben, nein danke! Redebeitrag der AG »No Tears for Krauts« auf der Demonstration »Schnauze in der Platte«.

Am Ende: Konformismus. Die AG Antifa zum linken Antisexismus.

DEUTSCHLAND, PEGIDA UND DER ISLAM

Anlässlich der seit Ende des letzten Jahres stattfindenden Massendemonstrationen der Pegida in Dresden stellt die AG Antifa neun Thesen auf, mit denen sie versucht, das Verhältnis von Pegida-Protesten, Islam und Berliner Republik auszuloten.

1. DAS OFFIZIELLE DEUTSCHLAND: WELTOFFEN UND ANTIRASSISTISCH

Die öffentliche (lies: veröffentlichte) Meinung in Deutschland ist antirassistisch und weltoffen. Hierfür sprechen nicht nur die Finanzspritzen, die zivilgesellschaftliche Initiativen gegen Rassismus und Neonazis von staatlicher Seite erhalten, sondern, ein Beispiel von vielen, auch die Reaktionen auf die Forderung der CSU, dass Ausländer hierzulande in ihren eigenen vier Wänden Deutsch sprechen sollen – eine Sprache, die auch unzählige Wähler von Horst Seehofer und Peter Gauweiler nur rudimentär beherrschen. Der Spott der Presse und der Politprominenz war so groß, dass sich die Chefetage der CSU dazu genötigt sah, die Forderung zurückzunehmen und als Idee verwirrter Hinterbänkler abzutun. Selbst der Generalsekretär der CDU machte sich über die Schwesterpartei lustig und fragte via Twitter, was es eigentlich die Politik angehe, ob er zuhause hessisch oder klingonisch spreche.

Vor allem aber signalisieren die Reaktionen auf Pegida, dass mit einem ausländerfeindlichen Bündnis von Mob und Elite, wie es Anfang der Neunziger existierte, in absehbarer Zeit nicht zu rechnen ist: Vertreter aller im Bundestag vertretenen Parteien verurteilen die Dresdner Montagsspaziergänge aufs Schärfste. Die Kanzlerin nutzte sogar ihre Neujahrsansprache, um vor den Aufmärschen zu warnen. Lediglich Vertreter der Sächsischen Einheits-Partei, der CDU des Freistaates, verbanden ihr negatives Urteil über Pegida mit dem Verständnis für die vermeintlichen »Ängste der Menschen«. Aber auch die Dialogangebote, die von dieser Seite unterbreitet wurden, waren an die Bedingung geknüpft, dass sich Pegida mäßigt.

2. DIE INOFFIZIELLE REPUBLIK: AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

Unter der antirassistischen Oberfläche besteht seit langem eine breite ausländerfeindliche Stimmung. In den Neunzigern hatte diese Klientel auch in vermeintlich seriösen Publikationen eine feste Bastion. Erinnert sei nur an das berühmte *Spiegel*-Titelbild vom September 1991, mit dem die Nazi-Parole »Das Boot ist voll« hoffähig gemacht wurde. Als

der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) jedoch im Jahr 2000 den »Aufstand der Anständigen« ausrief und die Bekämpfung von Neonazis und Rassismus zur Chefsache erklärte, verlor diese Stimmung ihre öffentlichen Foren. Ausländerfeindlichkeit war in der öffentlichen Debatte von da an nicht mehr artikulationsfähig. Der alte Haudrauf-Rassismus passte nicht mehr zu den Erfordernissen und zum Selbstverständnis der Berliner Republik, in der die Vertreter eines modernisierten Deutschlands den Ton angaben. Wer nach 2000 den Sound der Neunziger hören wollte, war auf gelegentliche Tabubrüche à la Sarrazin oder auf Neonazizeitungen angewiesen. Die Auflage der *Jungen Freiheit* oder der *Deutschen Stimme* stieg trotzdem nicht. Zum einen dürften die NS-Verherrlichung der Traditionsnazis, der Moeller-van-den-Bruck-Kult der *Jungen Freiheit* oder der SA-Gestus der Stiefel- und Turnschuh-Nazis die liberalen, christ- und sozialdemokratischen Rassisten jeder Couleur abgeschreckt haben. Zum anderen hatte die Bundesregierung NPD und Co. während des »Aufstands der Anständigen« zum neuen Volksfeind erklärt. Das Bedürfnis nach Verfolgung und Präsentation staatsbürgerlicher Zuverlässigkeit – zwei zentrale Antriebsmomente des Rassismus – wurde durch die zahlreichen Kampagnen, mit denen Schröder-Deutschland aufwartete, kompensiert: gegen Nazis, gegen Amerika, gegen »Heuschrecken«. Die Tatsache, dass die Zahl der Asylbewerber durch die Änderung des Asylrechtes 1993 und den Rückgang von Konflikten im europäischen Grenzraum stark zurückging, tat ein Übriges.

3. DER HINTERGRUND: ZUWANDERUNG UND KRISE

Den Hintergrund der Pegida-Demonstrationen bilden die Proteste gegen die Unterbringung von Asylbewerbern, die 2013 und 2014 stattfanden. Obwohl sich nur wenige Menschen daran beteiligten – die 1.500 Demonstranten in Schneeberg im Dezember 2013 waren die Ausnahme –, waren sie ein flächendeckendes Phänomen mit Ostüberhang. Mit diesen Aufläufen verschaffte sich die untergründige ausländerfeindliche Stimmung nach Jahren des Dornröschenschlafs wieder öffentlich Geltung. Zu den unmittelbaren Anlässen dieser Proteste gehörten der Anstieg der Asylbewerberzahlen durch den Syrischen Bürgerkrieg, der damit verbundene Bau neuer Asylbewerberunterkünfte und die verstärkte Zuwanderung von EU-Arbeitsmigranten seit der Veränderung des Europäischen Freizügigkeitsgesetzes. Ihr Katalysator war der Immobiliencrash der Jahre 2007 ff., der sich in Deutschland weniger auf die Wirtschaft als aufs Gemüt legte. So verstärkte die Krise jene Mischung aus Besitzstandswahrung und Konkurrenzkampf, von der das Leben unter den gegenwärtigen Verhältnissen ohnehin geprägt ist. Bei den ausländerfeindlichen Protesten in den wirtschaftsstarken Gebieten, die sich in ihrer zivilgesellschaftlichen Form deutlich von der Politik der hochgekrempelten Hemdsärmel in Schneeberg oder Greiz unterschieden, stand die Besitzstandswahrung im Vordergrund: Dort mag man Asylbewerber nicht, weil die eigene Brieftasche in den letzten Jahren ohnehin stark beansprucht wurde. In den ökonomischen Abbruchgebieten, die vor allem, aber nicht nur im Osten liegen, geht es – jenseits der kaum zu überschätzenden Projektionen – vor allem um die Ausschaltung lästiger Konkurrenz um die wenige Staatskohle. An Oder, Elbe und Ruhr ist der Großteil der Bevölkerung schon jetzt auf die Gnade des Souveräns angewiesen: zum Teil in Form von Hartz IV, zum Teil in Form von Staatsaufträgen, die an die maroden Unternehmen gehen.

4. HOGESA: DIE KRISE DER DRITTEN HALBZEIT

Der Zusammenhang zwischen den Mobilisierungserfolgen von Pegida und der Hogesa-Großdemonstration im Oktober 2014 in Köln (ca. 4.000 Teilnehmer) ist offenkundig. Ohne die Hooligan-Krawalle auf der Kölner Domplatte hätten die 350 Pegida-Anhänger, die nur sechs Tage zuvor erstmals durch Dresden spaziert waren, zunächst keine bundesweite Aufmerksamkeit erhalten: In dieser Größenordnung finden im Osten an jedem Wochenende ausländerfeindliche Aufmärsche statt, die jedoch in der Regel von der NPD organisiert werden. Sowohl der Name, der an ein klassisches Hooligan-Kürzel à la Hoonara (»Hooligans, Nazis, Rassisten«) erinnert, als auch die Konzentration auf den Islam, der bei den ausländerfeindlichen Protesten der Jahre 2013/14 noch keine Rolle spielte, verschafften Pegida die Schlagzeilen, die dabei halfen, das bereits vorhandene Potential zu mobilisieren.

Dennoch haben Hogesa und Pegida nur bedingt miteinander zu tun. Auch wenn die Aufmärsche der Hooligans gegen Salafisten im Kontext der ausländerfeindlichen Aufwallungen seit 2013 stattfanden, war ihr zentraler Hintergrund jedoch ein anderer: nämlich der Niedergang der Hooligan-Szene seit den Zweitausendern. So haben die Hooligans, die einmal die Stadien beherrschten, ihre frühere Dominanz längst an die Ultras abgegeben. Für diejenigen, die sich nicht mit den Unterschieden auskennen: Die Hools verhalten sich zu den Ultras wie Ernst Jünger zu den Teilnehmern eines Junggesellenabschieds. Bei den einen steht der Kampf im Mittelpunkt, der auch mal durch Spindhumor, Bierfurz und Gruppengesang begleitet werden kann, bei den Ultras ist es andersrum: Hier geht es um die »Stimmung« im Stadion und das Eintreten für den »eigenen« Verein, das bei günstiger Gelegenheit oder zu viel Bier auch mal gewalttätige Züge annehmen kann. Die Ultras sind für den modernen Fußballfan dementsprechend attraktiver als die Hooligans. Um bei ihnen mitmachen zu können, muss man weder auf eine schwere Jugend im Plattenbau noch auf eine langjährige Kloppsport-Affinität zurückblicken. Vor allem aber entsprechen die Ultras weitaus eher dem Sozialtypus des modernen Mannes, der weniger Krieger im Wartestand als Dauerpubertierender ist. Der Drang nach der coolsten Choreografie, dem längsten Transparent oder der lautesten Pyrotechnik ist eine Funktion der adoleszenten Angst, in Sachen primäre Geschlechtsmerkmale von der Natur benachteiligt worden zu sein.

Der Aufstieg der Ultras wurde von einer weiteren für die Hooligans negativen Entwicklung begleitet: Durch die bessere Ausbildung der Polizei und ihre veränderten Einsatzstrategien wurde es in den letzten Jahren immer schwerer, sich im Kontext des Spiels oder in Stadionnähe mit den Boygroups anderer Vereine zu prügeln. Wenn es zu körperlichen Auseinandersetzungen kommt, dann höchstens mit der Polizei. Die Schläger von USK und BFE sind aber zum einen besser ausgebildet als ihre Konkurrenten von LOK und HFC. Zum anderen halten sie sich auch nicht an den Ehrenkodex des Straßenschlägers. Die Folgen heißen Strafanzeige, Stadionverbot, zum Teil Knast. Das Leben als Hooligan ist, mit anderen Worten, weder schön noch aufregend, sondern ziemlich frustrierend.

Das soll heißen: Die Aufmärsche von Köln und Hannover waren der Versuch, aus der Dauerschleife von Wegrennen vor der Polizei und Stadionverbot herauszukommen und sich ein neues Spielfeld zu schaffen. Dafür spricht nicht zuletzt die Tatsache, dass die Hooligan-Fraktion, die schon vor Jahren einen eigenen Weg aus der Krise der dritten Halbzeit gefunden hat, bei den Krawallen von Köln deutlich unterrepräsentiert war. An der Demonstration in Hannover nahm sie schon nicht mehr teil. Die Rede ist von der sogenannten Acker-Fraktion, die ihre eigenen Aktivitäten vollkommen vom Stadion entkoppelt hat und sich stattdessen an spielfreien Tagen in Gewerbegebieten oder auf Feldern zum Match trifft. Hogesa spricht neben den klassischen Nazi-Hools, die sich nicht zuletzt von der weltanschaulichen Ausrichtung angezogen fühlen, vor allem die Bollo-Fraktion an: teilweise schon in die Jahre gekommene Stadiongänger, die (wenn überhaupt) eher einem Freundeskreis als einer festen Hooligan-Gruppe angehören und zu dumm, zu bequem und zu undynamisch sind, um jenseits des Stadionbesuchs Kontinuität zu wahren. Der Tatkraft und der Flexibilität, die nötig sind, um an der Polizei vorbei Kämpfe zu organisieren, sind sie erst recht nicht gewachsen.

Die Abhängigkeit von dieser Klientel hat auch Folgen für Hogesa. Denn auch wenn diese Klientel recht groß sein dürfte, ist sie aufgrund der eigenen Unzulänglichkeit kaum dazu in der Lage, auf Dauer das verlässliche Bodenpersonal zu stellen, auf das jede Bewegung angewiesen ist. Der Niedergang von Hogesa hat dementsprechend schon längst begonnen.

5. DRESDEN: HORT DER FINSTERNIS

Pegida ist nicht zuletzt ein Dresdner Phänomen. Zwar wurde auch andernorts versucht, an den Erfolg der Dresdner Montagsspaziergänge anzuknüpfen. Aber während an der El-

be zeitweise 25.000 Anhänger zusammenkamen, sind es in den übrigen Städten in der Regel nur ein paar hundert. Nur in Leipzig folgten dem Aufruf des örtlichen Pegida-Ablegers mehrere tausend Menschen, denen jedoch zehntausende Gegendemonstranten gegenüberstanden. In Dresden kann von großen Gegenprotesten dagegen nicht die Rede sein. Dort wird stattdessen – die Landeszentrale für politische Bildung zeigt es – das Gespräch mit Pegida gesucht.

Dieser enorme Erfolg geht auf das gesellschaftliche Klima in Dresden zurück: In kaum einer anderen Stadt ist das Gefühl, von allen belogen und betrogen zu werden, so groß wie im selbsternannten Elbflorenz; kaum irgendwo verteidigt man den eigenen Stumpfsinn derart selbstherrlich wie dort. Dieser widerliche Charakter hat historische Wurzeln, die anhand eines Vergleichs mit einer anderen sächsischen Stadt von ähnlicher Größe ins Auge fallen: So hat Leipzig eine lange Tradition als Messestadt. Da Leipzig seit Anbeginn vom überregionalen Publikumsverkehr lebt, gibt es sich entsprechend weltoffen; es hat sich, bei aller Kritik, zumeist ins Verhältnis zur restlichen Welt gesetzt. Im Unterschied dazu war Dresden nie weltoffen. Die Stadt war seit Beginn der Neuzeit Residenz des sächsischen Kurfürstentums. Hier wurden die Festungsmauern gegen fremde Herrschaftsansprüche hochgezogen; die selbstbezüglichen Bedürfnisse des Hofes gaben die städtische Entwicklung vor.

Seither zieht sich die Abneigung gegen alles, was nicht als authentisch dresdnerisch gilt, wie ein roter Faden durch die Geschichte der Stadt. So zeigte Götz Aly erst kürzlich in der *Berliner Zeitung*, dass in Dresden der Antisemitismus während der Revolution von 1848 eine viel größere Rolle spielte als anderswo. Eine Schlüsselfigur der Dresdner Aufstände war der eingefleischte Antisemit Michail Bakunin, an dessen Seite u.a. Richard Wagner kämpfte, der ebenfalls nicht gerade für seine Weltläufigkeit bekannt ist. In Dresden mussten weniger der König und sein Gefolge als vielmehr die Juden um ihre Köpfe bangen. An diese Tradition wurde auch im 20. Jahrhundert angeknüpft: So war die Stadt schon vor 1933 eine Hochburg der NSDAP. Hier fand die erste Bücherverbrennung genauso statt wie die Premiere der Ausstellung »Entartete Kunst«.

Nach der alliierten Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg begann ein neuer Kult, der sich nahtlos in das selbstgerechte Weltbild der Eingeborenen eingliederte. Schon in den ersten Tagen nach den Angriffen war von einem geplanten Massenmord an den vermeintlich unschuldigen Bewohnern die Rede. Nach 1945 war es die SED-Führung, die der antiwestlichen Legendenbildung rund um den 13. Februar wohlwollend unter die Arme griff. Schon ein Jahr nach Kriegsende fand die erste rituelle Opferinszenierung an der Frauenkirche statt – ein Spektakel, das bekanntlich bis heute großen Zuspruch erfährt. Zwar gibt es auch in anderen Städten gruselige Veranstaltungen, mit denen an die Luftangriffe im Zweiten Weltkrieg erinnert wird. Doch nirgends ist ein so großer Teil der Einwohnerschaft an diesen Selbsteinopferungen beteiligt.

Um nicht falsch verstanden zu werden: Hier soll keinem Determinismus das Wort geredet werden. Brüche mit Traditionen sind nicht nur möglich, sondern oft auch üblich. Gerade in Dresden, das den Spottnamen »Tal der Ahnungslosen« nicht nur aufgrund des fehlenden Empfangs von Westfernsehen verdient hat, fand ein solcher Bruch jedoch nie statt. Im Unterschied zu anderen Städten wirkten die positiven Ereignisse, die es sicher auch in der Dresdner Stadtgeschichte gibt, nie traditionsbildend. So ist die Stadt an der Elbe schon seit Menschengedenken ein Hort der Finsternis. Dort hat es Tradition, sich gegen alles Fremde abzuschotten und sich dennoch von der Welt geschröpft zu fühlen. Pegida ist der authentische Statthalter dieses Gefühls.

6. ISLAMISIERUNG: EIN CODEWORT FÜR »ASYLANTENFLUT«

Wer sich Interviews mit Hogesa- und Pegida-Anhängern ansieht, wird feststellen: Die Rede über die Bedrohung durch den Islam ist in der Regel nur der Einstieg in ein allgemeines Lamento über Ausländer und die deutsche Asylpolitik. So stand schon am Beginn von Pegida weder die Kritik des Islam noch das Ressentiment gegen Moslems: Lutz Bachmann, der Gründer der Initiative, betonte immer wieder, dass die Empörung über eine Demonstration der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) in Dresden den Ausschlag für die Gründung der Initiative gab. Was die PKK mit dem Islam zu tun haben soll, konnte Bachmann allerdings nicht sagen: Denn man kann viel gegen die PKK einwenden, aber mit Mohammed hat sie nichts am Hut. Sie ist eine weitgehend säkulare Organisation, die sich in Syrien der Islamisierung entgegenstellt. Diese Wurstigkeit von Pegida in Sachen Islam legt nahe: Die offiziellen Anti-Islam-Parolen sind nicht zuletzt Chiffren für ordinäre Ausländerfeindlichkeit. Die Rede von der »Islamisierung« ist für die Demonstranten nicht zuletzt ein Codewort für den aus der Mode gekommenen Begriff der »Asylantenflut«.

7. DER ISLAM: FEINDSCHAFT DURCH ÄHNLICHKEIT

Dennoch ist die Bezugnahme auf den Islam, die sich prominent im Namen von Hogesa und Pegida findet, kein Zufall. Aber anders als es von Teilnehmern der Dresdner Demonstrationen behauptet wird, geht diese Fixierung weniger auf einen »Clash of Civilisations«, einen Zusammenpralls gegensätzlicher Kulturen, zurück, von dem Samuel Huntington Anfang der Neunziger sprach. Im Gegenteil, zumindest die Feindschaft von Pegida und Hogesa zum Islam basiert auf Ähnlichkeit. Man kennt das aus Teenagerkomödien, die gerade in ihrer Klischeehaftigkeit ein detailgetreues Abbild der Realität bieten: Dort sind die beiden Klassenschönsten, die meistens identisch mit den Jahrgangszicken sind, in der Regel nicht miteinander befreundet, sondern sie hassen sich. Weil sie auf denselben Feldern um Anerkennung, Verehrung und Freundschaften konkurrieren, können sie keine »best friends« werden, sondern müssen gegeneinander intrigieren. Analog dazu lässt sich erklären, warum die Dresdner Demonstranten, die sich Tradition, Familie und Zusammenhalt auf ihre Fahnen schreiben, gegen die Anhänger des Propheten auf die Straße gehen, die wie kaum jemand anders für genau diese Werte stehen. Es lässt sich ebenfalls erklären, warum Trottel-Hooligans – die nicht gerade nett zu ihren Freundinnen sind, ein besonders inniges Verhältnis zu anderen Männern pflegen, eine Gewaltmacke haben und sich gern, wie es im Szene-Jargon heißt, für ihre Sache »gerade« machen –, ausgerechnet gegen Salafisten demonstrieren: gegen andere vorwiegend junge Männer also, die ihre Frauen schlecht behandeln, am liebsten mit den Jungs um die Häuser ziehen, ein aufgeschlossenes Verhältnis zur Gewalt haben und sich für ihre Sache »gerade« machen wollen.

Hier wird ein Konkurrenzkampf um den besten Ausweg aus der Krise der warenproduzierenden Gesellschaft geführt. Derzeit sieht es so aus, als hätte der Islam im Weltmaßstab das attraktivere Angebot. Denn der Sozialkonservativismus, mit dem Pegida hausieren geht (Etatismus, Krankenkasse, Rentensystem), mag in Europa zwar noch überzeugen können. Aber jenseits des Westens lassen sich damit keine Punkte mehr gewinnen. Zum einen existierte dieses System auch in der guten alten Zeit nur auf den wenigen Wohlstandsinseln, zum anderen ist es in den letzten Jahren auch hier im Niedergang begriffen. Das hat deutliche Auswirkungen auf seine Ausstrahlungskraft.

Mit seinem Brei aus Männlichkeitsgestus, Verantwortungsethos und Märtyrerkult bedient der Islam, der fast überall dort, wo er sich politisch äußert, als Islamismus auftritt, die Sehnsucht nach der eigentümlichen Kombination aus Unterwerfung und Selbstüberhöhung, die aufgrund des geistigen Elends, das die Krise begleitet, auch im Westen stärker wird. So steht auch der Name »Elb-Kaida«, den sich eine Hooligan-Truppe aus Dresden gegeben hat, weniger für die selbstkritische Ironie, für die das Fußballmilieu so bekannt ist, als für eine gar nicht so heimliche Faszination. Die viel beklagte Islamfeindschaft ist nicht zuletzt Islamneid.

8. MODELL ISLAM: DER UNTERGANG DES SOZIALSTAATES

Hört man Interviews mit Pegida-Demonstranten, dann wird deutlich, dass die meisten von ihnen nicht vom Islam auf die Straßen getrieben werden. Die zentralen Triebfedern der Proteste sind – das machen auch Umfragen deutlich – soziale Ängste und das zum Trotz gesteigerte Gefühl, von »den Medien« und »der Politik« übergangen zu werden. So brüllt man in Dresden nicht »Nieder mit dem Koran!«, sondern bevorzugt »Wir sind das

Volk!« und »Lügenpresse!«. Die Rede vom Islam kaschiert in diesem Kontext nicht nur ordinäre Ausländerfeindlichkeit, sondern sie ist vor allem eine Chiffre für die wachsende soziale Unzufriedenheit.

Zwar verlieren die Leitideale des Wohlfahrtstaates, der sich Chancengleichheit und Volksfürsorge auf die Fahnen schrieb, schon seit längerer Zeit an Bedeutung. Aber insbesondere in den letzten anderthalb Jahrzehnten wurde deutlich, dass die Staatspolitik diese Ideale nicht länger verfolgt. Der Staat ist immer weniger dazu bereit, noch länger für Menschen zu sorgen, für die es auf dem Arbeitsmarkt keine Verwendung mehr gibt. Seine Aktivitäten sind vorrangig darauf ausgerichtet, den Produktionsstandort im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu halten. So wurden seit Anfang der Zweitausender die größten staatlichen Betriebe privatisiert, die Sozialhilfe drastisch reduziert und der Kündigungsschutz aufgeweicht. Infolge dieser Politik stieg der innergesellschaftliche Druck. Bei allen, die noch nicht ganz unten angekommen sind, vom Mechatroniker bis zur Wirtschaftsberaterin, stieg auch die Angst vor dem Abstieg. Insbesondere der ältere ostdeutsche Mittelstand muss aufgrund fehlender Englischkenntnisse und Computerskills befürchten, bei dieser Entwicklung auf der Strecke zu bleiben. Denn parallel zur Neuausrichtung der Sozialpolitik, die sich zunehmend nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten und internationalen Maßstäben richtet, wandelte sich auch die veröffentlichte Meinung: Während qualifizierte Ausländer inzwischen als Bereicherung für die Gesellschaft gelten, wird über die Ansichten, Angewohnheiten und Verhaltensweisen des abgehängten Bevölkerungsteils gespottet. Mit dem Lachen über die »Schantalles« und »Dschessikas«, das mittlerweile zum Programm jeder Comedy-Show gehört, versucht man sich nicht nur von den Plattenbewohnern abzuheben, sondern man bekämpft auch die eigene Angst, irgendwann selbst in Marzahn, Halle-Neustadt oder Bottrop leben zu müssen. Ganz in diesem Sinn kämpft man auch an der Elbe wohl nicht zuletzt gegen die drohende Deklassierung und für eine staatliche Sozialpolitik, bei der wieder der Geburtsort darüber entscheidet, wer bei der Verteilung von Mitteln bevorzugt wird. Soll heißen: Die Demonstranten sehnen sich weniger nach dem Abendland, das Richard Löwenherz beim dritten Kreuzzug repräsentierte, sondern sie bezeichnen mit dieser altertümlichen Formel vielmehr den alten Sozialstaat mit seiner national orientierten Klientelpolitik, wie er einmal im gesamten westlichen Europa existierte.

Auch wenn es zunächst willkürlich erscheint, dass der Islam zur Chiffre für diese Politik wurde, ist es, wie die Redaktion der *Bahamas* vor einiger Zeit aufgezeigt hat, auch kein Zufall. Denn im Zuge der Umgestaltung des Sozialstaates wurden zahlreiche Aufgaben an gesellschaftliche und private Initiativen delegiert. So erlangte etwa die Familie als Betriebs- und Bedarfseinheit neue Bedeutung. Insbesondere in jenen Städten, Stadtteilen und Regionen, die den Pegida-Demonstranten als Vorhöfe der Hölle gelten, in Neukölln, Kreuzberg oder im Ruhrpott, gewannen auf den Feldern, die der Staat bei seinem Rückzug aufgab, islamische Institutionen und Communities an Boden. Der Islam stellt die praktischen Mittel und das ideologische Rüstzeug bereit, um das Elend und die Not zu verwalten, für die sich der Staat nicht mehr verantwortlich fühlt. Krankenversicherung, Arbeitslosenunterstützung und Altersvorsorge gewährt die Sippe, wobei religiöse Vorschriften, patriarchale Strukturen und Zwangsbindungen die Haftung der einzelnen Mitglieder füreinander verbürgen. Statt auf kodifizierten Gesetzen beruht die Sozialordnung auf Ehre und Schande. Familiengerichte und Brüderverbände übernehmen die Aufgaben von Justiz und Polizei. Auch wenn hierzulande gezögert wird, islamischen Communities auch offiziell staatliche Funktionen zu übertragen, so zeichnet sich doch unlängst ab, was in britischen Großstädten klare Konturen gewonnen hat: Um Kosten bei der Integration und der Verwaltung zu sparen, nimmt der Staat die integrierende Kraft islamischer Institutionen in Beschlag. So vollzog sich der Aufstieg des Islams zur Ideologie der Entrechteten und Geknechteten europaweit nicht nur parallel zum Niedergang des Sozialstaates, der insbesondere im Osten der Bundesrepublik spürbar ist. Sondern zwischen beiden Entwicklungen gibt es einen unmittelbaren Zusammenhang. Nicht zuletzt deshalb dürften die Anhänger von Pegida und Co. ihr drohendes Schicksal mit Islamisierung assoziieren: Die islamischen Communities erinnern den bedrängten Mittelstand schlichtweg an sein eigenes Schicksal.

9. NO-PEGIDA: DIE VERTEIDIGUNG DES VATERLANDES

Die Dresdner Demonstrationen sind ein Ausdruck davon, dass das ohnehin prekäre Ausgleichsmodell der Berliner Republik in die Krise geraten ist. Bei den Auseinandersetzungen zwischen Pegida und No-Pegida handelt es sich dementsprechend nicht um einen Kampf zwischen Freiheit und Tyrannei, sondern um etwas anderes. Im antideutschen Überschwang der frühen Zweitausender hätten wir das Ganze vielleicht »Stress im Führerbunker« genannt; präziser ist jedoch »Zoff im Willy-Brandt-Haus«. Es stehen sich zwei Fraktionen von Sozialdemokraten gegenüber, die ihr Kreuz aufgrund der allgemeinen Sozialdemokratisierung aber nicht unbedingt bei der SPD machen müssen: Auf der einen Seite befinden sich diejenigen, die der alten Bundesrepublik und dem omnipräsenten Staat mit seiner sozialen Vollkasko hinterhertrauern; auf der anderen Seite stehen die Sympathisanten und Nutznießer der modernen Republik: die AG »Fremdsprache und Flexibilität«.

Allen Unterschieden zum Trotz haben beide Fraktionen einen gemeinsamen Referenzpunkt, nämlich das Vaterland. Das Argument, das den prominenten Pegida-Gegnern und ihrem Anhang mehrheitlich gegen Pegida einfällt, heißt dementsprechend »Deutschland«. Pegida werfe ein »schlechtes Bild auf Deutschland« (Steinmeier), »Deutschland braucht Zuwanderer« (Schäuble), Pegida sei eine »Schande für Deutschland« (Maas). Diese Äußerungen machen deutlich, worum es bei den No-Pegida geht: Im Zentrum stehen die Vaterlandsverteidigung und die Schaffung einer autoritären Gemeinschaft braver Staatsbürger. Das Mittel hierfür ist eine der zahlreichen Mobilisierungen gegen Volksfeinde, mit denen die Leute schon bei der Einführung der Agenda 2010 bei der Stange gehalten wurden.

Eine Antifa, der es nicht nur um die so genannten »Ewiggestrigen« geht, kann in diesem Streit keine Partei ergreifen. Zwar ist Pegida alles Schlechte zu wünschen. Aber wer Deutschland auf der Höhe der Zeit kritisieren will, hätte sich nicht Pegida vorzuknüpfen – zumindest nicht, solange bundesweit mehr als 300.000 Leute dem Ruf der Kanzlerin folgen und gegen die Jammerossis um Lutz Bachmann auf die Straße gehen. Sondern er müsste stattdessen dort protestieren, wo sich die *moral majority* mit ihrer Regierung, den sogenannten Arbeitgebern und Medienvertretern einig weiß. Interveniert werden müsste dort, wo die Deutschen zum Kollektiv der anständigen Staatsbürger verrührt werden, wo Migranten ebenfalls nur als Vertreter »ihrer« Kultur begriffen werden, die Deutschland durch Folklore und Know-how bereichern, wo man »aus der Geschichte gelernt« hat und »wegen« Auschwitz einen enormen Geltungsdrang an den Tag legt: nämlich bei den Anti-Pegida-Protesten. Diese Interventionen werden selbstverständlich nicht so erfolgreich sein wie die Jagd auf Pegida. Denn das Dilemma von Gesellschaftskritik besteht heute darin, dass eine politische Praxis, die diesen Namen verdient, verstellt ist, während die notwendige Theorie, selbst wenn sie noch so kritisch auftritt, ohne diese Praxis fade wird. Was bleibt, können neben der guten alten Aufklärung und Wiederholung aber kleine praktische Provokationen sein, mit denen das reibungslose Funktionieren vielleicht ein bisschen sabotiert werden kann. Wer stattdessen zum großen Halali gegen Pegida nach Dresden oder Leipzig fährt, der beteiligt sich, ob er will oder nicht, am Heimatschutz gegen ungehörige Volksgenossen. Er gibt den militanten Arm der Bundesregierung, eine Art Bundeswehr im Inneren, wie sie sich das Verteidigungsministerium nur wünschen kann. Denn anders als die echten Bundeswehrsoldaten bekommen die Antifa-Haudegen für ihre Einsätze nicht nur kein Geld. Sondern sie folgen im Unterschied zu den etwas schwerfälligen Jungs und Mädchen in Uniform ganz den Imperativen der Berliner Republik, die identisch mit den Imperativen der Bundesagentur für Arbeit sind: Eigeninitiative, Flexibilität, Ehrenamt. Damit treibt die Antifa ihren Bankrott weiter voran.

AG Antifa

IM EINKLANG MIT DER ZEIT.

ANMERKUNGEN ZUM STREIT UM EMIL ABDERHALDEN.

Kurz vor Bezug des neuen Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrums der hallischen Universität in der Emil-Abderhalden-Straße flammt ein Streit um den Straßennamensgeber auf und spaltet die Öffentlichkeit. Während die eine Seite im ehemaligen Leiter der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina einen lupenreinen Nationalsozialisten erkannt haben will, betont die andere Seite Abderhaldens soziales Engagement und betrachtet ihn als großen Humanisten. Warum die Befürworter der Umbenennung falsch liegen und die Abderhalden-Freunde besser schweigen sollten, erläutert Knut Germar.

Als die hallischen Grünen im Frühjahr 2010 im Stadtrat die Umbenennung der nach dem ehemaligen Präsidenten der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina benannten Emil-Abderhalden-Straße forderten, reagierte die damalige Oberbürgermeisterin Szabados verhalten. In der *Mitteldeutschen Zeitung* (MZ) ließ sie ihren Stadtsprecher verkünden, »das Thema Abderhalden« sei »eine komplizierte Angelegenheit«, prinzipiell könne man sich aber »vorstellen, dass man einen anderen Straßennamen findet«. Auch der zuständige Kulturausschuss wollte sich nicht zu einem schnellen und endgültigem Urteil hinreißen lassen. Er vertagte die Entscheidung und beschloss, das für 2014 angekündigte Ergebnis eines historischen Forschungsprojektes der Leopoldina abzuwarten, welches sich u.a. die Rolle Emil Abderhaldens (1877–1950) während des Nationalsozialismus als Schwerpunkt gesetzt hatte. Der Streit war vom Tisch, bevor er richtig begonnen hatte. Das änderte sich schlagartig, als im Herbst 2013 eine interfakultäre professorale Initiative zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße an die Öffentlichkeit trat und 46 hallische Wissenschaftler den Stadtrat aufforderten, umgehend die Umbenennung zu beschließen. Die Abderhalden-Straße als Postanschrift des neuen Geistes- und Sozialwissenschaftlichen Zentrums (GSZ) sei, so der Politikwissenschaftler und Initiator des Professorenprotests Johannes Varwick in der MZ, »ein Skandal erster Ordnung, man schämt sich für diesen Namen«. Die Grünen sahen ihre Stunde gekommen und wiederholten ihren Antrag. Diesmal gab es sogar Schützenhilfe von höchster Stelle. Oberbürgermeister Bernd Wiegand unterstützte den Vorstoß persönlich und verkündete, ebenfalls in der *Mitteldeutschen Zeitung*, dass das GSZ »nicht mit dem Namen Abderhalden belastet werden« dürfe. Es sei unnötig, das Leopoldina-Gutachten abzuwarten, schließlich gäbe es »genug Bedenken und genug Beweise«.

EIN RASSIST DER ERSTEN STUNDE?

Auch den Professoren geht es in ihrer Erklärung »nicht um eine weitere detaillierte historische Auseinandersetzung mit der Person Abderhaldens«, es sei »auch nicht die Stunde weiterer Gutachten«. Ihr Urteil haben die Abderhalden-Gegner längst gefällt. Varwick fasste es in der MZ so zusammen: »Man kann einen Altnazi nicht würdigen, Punkt.« Die Vehemenz, mit der der professorale Aufruf fordert, einen Schlussstrich unter eine Debatte zu ziehen, die zum Zeitpunkt seiner Veröffentlichung noch gar nicht richtig begonnen hatte, lässt aufhorchen. Das plötzliche Vorpreschen der Initiative, die Heftigkeit der Empörung und die implizite Diskussionsunwilligkeit legen den Verdacht nahe, dass sich die Gegner ihrer Argumentation selbst nicht ganz sicher sind. Bei genauerem Hinsehen jedenfalls stellt man fest, dass der Fall Abderhalden nicht so simpel ist, wie die Befürworter einer Straßenumbenennung suggerieren. Der professorale Aufruf entpuppt sich – all seinem Gerede von »wissenschaftlicher Redlichkeit« zum Trotz – als ein tendenziöses Konvolut von Halbwahrheiten.

Den Gegnern Abderhaldens fällt zwar viel gegen ihn ein, nur sind das selten die richtigen Dinge. Da ist der Vorwurf, Abderhalden sei »nachweislich« ein »Rassist der ersten Stunde« und ein »überzeugter rassentheoretisch argumentierender Eugeniker« gewesen. »Nachweislich« daran ist, dass Abderhalden tatsächlich ein großer Freund der Eugenik war und regelmäßig über die Verbesserung der Erbanlagen der Bevölkerung schwadronierte. So schrieb er 1919 in seiner Funktion als Abgeordneter der preußischen Nationalversammlung, jeder Staatsbürger habe »die hohe Pflicht, dem Staate gesunde Nachkommen und damit brauchbare Bürger und Bürgerinnen zu liefern«. Die Begründung: »Kranke Nachkommen belasten den Staat!« Daran hielt er zeitlebens fest. Noch im Jahr 1947, also drei Jahre vor seinem Tod, schrieb er beispielsweise, dass es bei Vorhandensein bestimmter erblicher Störungen »verantwortungslos und ethisch untragbar« sei, die »Fortpflanzung solcher Menschen zu ermöglichen« und warnte vor »Familien, in denen Laster, Verbrechen und dergleichen sich häufen«. Die Familien seien »in der Regel […] sehr kinderreich«, seit »Generationen« wiederhole sich durch sie »eine Summe von Störungen der öffentlichen Ordnung«. Er spricht sich zwar nicht explizit dafür aus, »derartige Individuen fortpflanzungsunfähig zu machen«, möchte sie aber zumindest »frühzeitig […] in Sicherungsverwahrung nehmen«. So zwingend notwendig es auch ist, derartige Widerlichkeiten politisch aufs Schärfste zu bekämpfen, rassistisch sind sie dennoch nicht. Abderhalden lässt sich weder eine »Rassenhygiene« im nationalsozialistischen Sinn nachweisen, die mit Begriffen wie »völkische Blutreinheit« oder »Rassenschande« hantiert, noch finden sich bei ihm Belege für einen traditionellen Rassismus, der von der Höher- bzw. Minderwertigkeit sogenannter Menschenrassen fabuliert.

Dementsprechend lösen sich auch die beiden Hauptbeweisstücke, die von den redlichen Professoren vorgelegt werden, um Abderhalden als waschechten NS-Rassentheoretiker zu überführen, bereits nach kurzer Draufsicht in Luft auf. Das erste Corpus Delicti, mit dem die Wissenschaftler aufwarten, ist folgendes: »Bereits 1915 war er Gründer und Anführer eines ›Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft‹.« Das ist zweifelsohne richtig. Doch auch wenn der Name des von Abderhalden gegründeten Vereins vielleicht anderes vermuten lässt, finden sich weder in seinen formulierten Zielen noch in seinen Tätigkeiten Dinge, die man auch nur annähernd als »rassistisch«, »rassentheoretisch« oder »rassenhygienisch« bezeichnen könnte. In einem von Abderhalden 1940 veröffentlichtem Bericht zur Vereinstätigkeit anlässlich seines 25-jährigen Bestehens kommt das Wort »Rasse« noch nicht einmal vor. Auch das zweite Beweisstück erweist sich als Luftnummer. Zunächst ist den Professoren zuzustimmen, wenn sie anführen, dass Abderhalden 1939 »eine Studie über biochemische Rassenmerkmale« veröffentlichte. Ein Blick in die Studie enthüllt auch, dass es darum ging, nachzuweisen, dass bestimmte Eiweißstoffe sogenannte Rassenmerkmale enthalten. »Es zeigte sich«, fasste Abderhalden die Studienergebnisse zusammen, »dass die einzelnen Rassen […] scharf unterschieden werden konnten«. Was die Professoren in ihrem Aufruf vergessen zu erwähnen, ist, dass Abderhalden in seiner Studie ausschließlich der Frage nach »der Zugehörigkeit eines bestimmten Tieres zu einer bestimmten Rasse« nachgegangen war und dabei vor allem mit Bluteiweißkörpern verschiedener Schaf- und Schweinerassen experimentiert hatte. Wenn er am Ende seiner Studie davon spricht, dass seine Forschungsergebnisse »weite Ausblicke auf sehr viele Probleme auf dem Gesamtgebiete der Vererbung und auch der Rassenforschung« eröffnen würden, bezieht er sich dabei vor allem auf den Bereich der Fauna und Flora. Er hoffte, dass seine Methode »Eingang in jene Forschungsstätten« finden würde, die »an Hand eines reichen Tier- und Pflanzenmaterials« weiterführende und »umfassende Studien« vornehmen könnten. Auch wenn seine Methode in den Folgejahren von der NS-Rassenforschung aufgegriffen wurde – Otmar Freiherr von Verschuer, einer der führenden deutschen Rassenhygieniker, hatte die Abderhaldensche Methode an menschlichen Blutpräparaten, die ihm sein Lieblingsassistent Josef Mengele aus Auschwitz geschickt hatte, getestet –, macht das Abderhalden nicht zwangsläufig zu dem »Täter«, zu dem ihn sich der professorale Aufruf zurechtbiegt.

IM ZWEIFEL ANTISEMIT?

Selbstverständlich heißt das im Umkehrschluss nicht, dass Abderhalden automatisch von jeglicher Verantwortung für die Gräuel-

taten des Nationalsozialismus freizusprechen wäre. Eine vernünftigere Diskussion müsste gerade die Frage der Mitschuld von Wissenschaftlern in den Blick nehmen, die sich, beispielsweise im Glauben, eine »reine«, von äußeren Umständen unberührte Wissenschaft betreiben zu können, mit den Nazis arrangierten oder sich gar von einer Kooperation mit den Machthabern zusätzliche Mittel für ihre Forschung erhofften. Gerade einem 1933 international renommierten Wissenschaftler und Schweizer Staatsbürger wie Abderhalden wäre es ein leichtes gewesen, Deutschland den Rücken zu kehren und seine Karriere woanders fortzusetzen. Doch Abderhalden blieb. Und er arrangierte sich – und das nicht zu knapp. So schrieb er 1938, noch bevor ein entsprechender reichsministerialer Erlass an die deutschen Akademien erging, an Joachim Eggeling, den hallischen NSDAP-Gauleiter, dass die »Zusammensetzung des Mitgliederbestandes in vollem Einklang mit den Erfordernissen der Zeit« stünde und alle jüdischen Mitglieder »ausgemerzt« worden seien. Wie das Protokoll einer Vorstandssitzung unter dem Punkt »Arisierung der Akademie« belegt, wurde beschlossen, die Streichungen vorzunehmen, bevor »ein entsprechender Befehl kommt«. Bereits 1933 war Albert Einstein aus dem Matrikelbuch der Akademie gestrichen wurden, die restlichen Streichungen jüdischer Mitglieder erfolgten 1937/38.

War Abderhalden deshalb ein überzeugter Antisemit? Für seine Gegner ist der Fall sonnenklar. Bei genauerer Betrachtung der Angelegenheit stößt man jedoch auch hier auf Widersprüche, die statt Antisemitismus eher politischen Opportunismus als Grund für die Streichung der jüdischen Akademiemitglieder nahelegen. Da ist zum Beispiel die Verfahrensweise, bei der die Mitgliedskarteikarten nicht zerstört, sondern lediglich aussortiert wurden, so als hätte man eine mögliche Revidierung – etwa im Falle einer plötzlichen Veränderung der Machtverhältnisse – im Hinterkopf gehabt. Dafür spricht auch ein maschinengeschriebenes auf den 9. Mai 1945 datiertes Mitgliederverzeichnis, in dem der Großteil der gestrichenen jüdischen Mitglieder wieder auftaucht. Zudem wurden ab 1937 keine Mitgliederverzeichnisse mehr veröffentlicht, eine Mitteilung über ihre Streichung erhielten die Betroffenen nicht. Die von der Akademie herausgegebenen Publikationen bekamen sie weiterhin, zumindest eine Zeit lang.

Gegen einen ausgeprägten Antisemitismus bei Abderhalden spricht zudem, dass er in seinem ersten Amtsjahr zahlreiche jüdische Mitglieder, darunter Albert Einstein, in die Akademie berief. Das brachte ihm öffentliche Anfeindungen durch die überwiegend nationalsozialistische Studentenschaft ein, so zum Beispiel als die *Hallische Studentenzeitung* im August 1932 Abderhaldens Institut als »Eldorado der Juden und Ausländer« geißelte. Festzuhalten ist, dass aus jener Zeit, in der man Antisemiten noch daran erkannte, dass sie sich selbst auch als solche zu bezeichnen pflegten, bisher keinerlei judenfeindliche Äußerungen durch Abderhalden aufgetaucht sind. In seiner kurzen Zeit als Abgeordneter der liberalen Deutschen Demokratischen Partei (DDP) sprach er sich sogar deutlich dagegen aus, dass »jemand, weil er z.B. Jude ist, der gleichen Rechte und Pflichten im Staate beraubt werden« dürfe. »Antisemitismus«, so der vermeintliche Judenfresser, »hat keinen Platz in einer reinen, wahren Demokratie! Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Konfession darf nicht die geringste Rolle spielen!«

»EIN MENSCHENFREUND«

Knapp zwei Monate nachdem die protestierenden Geisteswissenschaftler ihren selbsterklärten »weitere[n] Schritt zur Aufarbeitung der deutschen Geschichte« unternommen hatten, bliesen die Freunde Emil Abderhaldens zur Gegenoffensive. Der hallische Verein Zeitgeschichte(n) e.V. – Verein für erlebte Geschichte, der in der Vergangenheit vor allem mit der Reinigung von Stolpersteinen und der Veröffentlichung von Vertriebenengeschichten beschäftigt war, startete einen *Aufruf an die Unterzeichner der ›interfakultären professoralen Initiative zur Umbenennung der Emil-Abderhalden-Straße‹ zum Überdenken ihrer Unterschrift*. Neben zahlreichen Professoren hatten auch drei Bürgerrechtler, zwei Künstler und ein ehemaliger sachsen-anhaltischer Ministerpräsident, Christoph Bergner, den Gegenaufruf unterzeichnet. Abderhaldens Gegner würden, so beklagten dessen Fans in ihrem Appell, »ein negatives Zerrbild« zeichnen und seine »wissenschaftlichen und sozialpolitischen Verdienste nicht angemessen« berücksichtigen. Es sei, so die ehemalige DDR-Bürgerrechtlerin und Geschäftsführerin des Vereins Heidi Bohley in der *Mitteldeutschen Zeitung*, »eine Ehrabschneidung, wenn man einen bestehenden Namen entziehen will«. Auch Henrik Eberle, Historiker an der hallischen Universität, sorgte sich um Abderhaldens Ehre und verkündete in der MZ, dass Abderhalden in vielem »das genaue Gegenteil« dessen gewesen sei, was ihm seine Gegner vorwerfen würden. »Er war ein Menschenfreund, er wollte die Welt verbessern.« Für den Ausschluss der jüdischen Mitglieder aus der Akademie warb Eberle um Verständnis: »Die Bedrohung, die wir heute nicht mehr verstehen, hieß ja nicht, die Juden auszuschließen oder den Posten zu verlieren, sondern die Juden ausschließen oder die Leopoldina wird geschlossen.« Mit anderen Worten: Wenn es um die Existenz einer altehrwürdigen Akademie geht, kann man auch schon mal ein paar Juden über die Klinge springen lassen.

Auch wenn nicht alle Gegner einer Straßenumbenennung in ihrer Verteidigungshaltung soweit gehen wie Eberle, einig ist man sich hinsichtlich Abderhaldens sozialer Verdienste. Jemand, der während des Ersten Weltkriegs die Ernährungssituation der hallischen Bevölkerung verbessert, ein Säuglingsheim gegründet und später für unterprivilegierte hallische Kinder Erholungsreisen in die Schweiz organisiert habe, könne einfach, so die Logik der Abderhalden-Freunde, kein schlechter Mensch sein. Dass Abderhalden jedoch alles andere als ein von reiner Sorge um seine hallischen Mitbürger getriebener Humanist war, zeigt sich, wenn man sich die Gründe für seine sozialpolitische Betätigung genauer anschaut. Wie bereits der Name seines Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft nahelegt, ging es ihm weniger um die Linderung individueller Not. Gegründet hatte Abderhalden seinen Verein, um, wie er 1940 schrieb, »das Durchhalten während der Kriegszeit zu erleichtern«. Seine »Hauptsorge galt der Verhinderung der Zermürbung des Volkes und insbesondere der Frauen«. Die »Wegnahme eines Teiles der Sorge um die Ernährung«, d.h. die Verpachtung von Ackerland und mehr als 1.000 Kleingärten, sollte die »Verstärkung des Willens zum Durchhalten« nach sich ziehen. Nicht reine Nächstenliebe war es, die Abderhalden zu seinem unermüdlichen Tun anstachelte, sondern die Sorge um eine mögliche Zersetzung der Wehrkraft an der Heimatfront. Abderhaldens heute so hochgelobtes soziales Engagement war sein kleiner Beitrag dafür, dass die Kriegsmaschinerie reibungslos lief und das Gemetzel auf den Schlachtfeldern ohne Protest der Daheimgebliebenen weiterging.

VON »DROHNEN« UND »LUMPEN«

Es spricht einiges dagegen, Emil Abderhalden einfach nur als Opportunisten zu charakterisieren, der sich aus reinen Nützlichkeitserwägungen mit den Nazis arrangierte. Man hört aufrichtiges Gekränktsein aus seinen Worten, wenn er 1942 an den Kurator der Universität schreibt, dass er hofft, »dass eine spätere Zeit« ihn »gerechter« in seinem »Wirken für Deutschland beurteilen wird, als das jetzt der Fall ist«. Beigelegt hatte er dem mit »Heil Hitler!« unterzeichnetem Schreiben einen von einem Bund der Schweizer in Großdeutschland e.V. veröffentlichtem Aufsatz über ihn, der seiner Personalakte beigefügt werden sollte. In seinem Rundschreiben freute sich besagter Verein, dass »ausgerechnet ein schweizerischer Wissenschaftler vor Jahren und Jahrzehnten Gedanken vertreten hat, die man heute als ›nationalsozialistisch‹ zu bezeichnen pflegt«. Abderhalden sei, so die Schweizer Nazis, »ein Pionier jener Ideen […], die der Nationalsozialismus auf seine Fahnen geschrieben« habe. Auch wenn Abderhalden weder Rassist noch Antisemit war: Sein anbiederndes Schreiben und die Lobhudelei durch die Schweizer Nationalsozialisten wirft die Frage nach vorhandenen ideologischen Parallelen zwischen dem deutschen Liberalen und den Nazis auf. Wie die Lektüre seiner politischen Schriften zeigt, war Abderhalden Zeit seines Lebens vor allem eines: Anhänger einer Ideologie, die zwar keine rein nationalsozialistische Erfindung war, jedoch in ihrer nationalsozialistischen Variante die große Mehrheit der Deutschen hinter ihren Führer scharte. Noch in seinen 1947 erschienen *Gedanken eines Biologen zur Schaffung einer Völkergemeinschaft und eines dauer-*

haften Friedens versuchte er »den Völkern«, zu denen er im greisen Größenwahn mit seiner Schrift zu sprechen meinte, die »Entwicklung einer wahren Volksgemeinschaft« als Weg zur Neugestaltung der Welt anzudrehen. Seine Vision einer Völkergemeinschaft der Volksgemeinschaften formuliert Abderhalden so: »Die Völker sollen ohne Ausnahme in dem Ausmaße volle Freiheit genießen und ihr Schicksal selbst gestalten, als sie höchstes Verantwortungsgefühl allen anderen Völkern gegenüber besitzen. Freiheit ist nicht egoistisches Sichausleben, vielmehr freiwillige Einordnung in ein Ganzes.«

Die »freiwillige Einordnung in ein Ganzes« war es dann auch hauptsächlich, die der liberale Abderhalden vor Augen hatte, als er im Jahr 1919 als Abgeordneter der DDP seine Vorstellungen zur Gestaltung der noch jungen demokratischen Republik zum Besten gab. »Demokratie heißt: alle Volksgenossen haben gleiche Rechte und vor allem auch Pflichten!« Die Pflicht aller Demokraten bestünde darin, »das Gesamtwohl des ganzen Volkes und damit des gesamten Vaterlandes über das Einzelwohl […] zu stellen«, um ein »Vaterland« jenseits von »Egoismus« und »Parteizwist« zu erschaffen. »Gemeinnutz geht vor Eigennutz« schrieb sich die NSDAP unter Punkt 10 in ihr Programm, und es ist genau diese Forderung, die Abderhalden mit dem Nationalsozialismus verbindet. Im Unterschied zu den Nazis meinte er, wenn er vor »Feinden im Volkskörper« warnte und zum »Kampf gegen dem deutschen Wesen fremde Erscheinungen« aufrief, jedoch ausdrücklich nicht die Juden. Als undeutsch galten ihm stattdessen alle, die sich in seinen Augen der »Pflicht zur Arbeit« entzögen, weshalb er sie in Anlehnung an die Insektenwelt als »Drohnen im Staate« beschimpfte. Für Abderhalden war »jeder ein Lump, der isst ohne zu arbeiten, schneide er nun als Faulpelz seine Zinsscheine ab oder wälze er sich als Vagabund im Straßengraben«. Selbst »Damen, die mit Stöckelschuhen untätig daherrauschen« zogen seinen Zorn auf sich, sie seien »ebenso verachtenswert« wie »jede andere Person, die ihre Pflicht dem Staate gegenüber versäumt« und die damit, wie er 1947 noch einmal bekräftigte, »außerhalb der Volksgemeinschaft« stünde. Diejenigen, die innerhalb Abderhaldens Volksgemeinschaft stehen, haben längst die Verfügungsgewalt über sich selbst verloren. »Niemand im Volke«, so Abderhalden in seinem politischen Programm von 1919, »gehört nur sich! Niemand kann mit Körper und Geist nach seinem Gutdünken verfügen. Jeder Volksgenosse und jede Volksgenossin ist ein Teil des gesamten Volkskörpers!« Und deshalb sei, ergänzte Abderhalden drei Jahre vor seinem Tod, »die Pflege der eigenen Gesundheit und damit die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit im Interesse der Allgemeinheit« die höchste Pflicht eines jeden Staatsbürgers.

Betrachtet man die gegenwärtigen Gesundheitskampagnen, wird man feststellen, dass sie an den Liberalismus Abderhaldens anknüpfen, der aus Sorge um die Arbeitsfähigkeit des Einzelnen und die Kosten für das Gesundheitswesen vehement den Genuss von Tabak, Alkohol und fettem Essen verteufelte. Sie werden hauptsächlich von einem Milieu getragen, dem auch die Mehrzahl jener hallischen Professoren angehört, die sich heute ganz antifaschistisch gegen ihren Kollegen wenden. Dem linksliberalen Milieu fällt die tatsächliche Parallele Abderhaldens zum Nationalsozialismus schon deshalb nicht auf, weil die von ihren Angehörigen propagierte Lebensweise – mit ihrem Sermon vom gesunden Essen, Nichtraucherschutz und Fitsein bis ins hohe Alter – selbst in der Tradition der Volksgemeinschaft des deutschen Liberalismus steht.

»DEN TÜCHTIGEN FREIE BAHN«

Es ist die Kombination aus biologistischer Staatsauffassung und fanatischem Hass auf alles Unproduktive, die in Abderhaldens sozialdarwinistischem Mantra, den »Tüchtigen freie Bahn« zu gewähren, zu sich selbst findet. Aus ihm leiten sich auch Abderhaldens eugenische Forderungen ab. So schrieb er 1921 in einem von den großdeutschen Schweizern besonders gelobtem Aufsatz: »Solange der Staat ungeheure Summen ausgeben muss, um lebensuntüchtige Individuen mühsam am Leben zu erhalten, solange er Millionen für geistig Minderwertige auswerfen, gewaltige Kranken- und vor allem auch Irrenhäuser unterhalten muss, bleibt für die körperlich und geistig Gesunden nur ein Bruchteil jener Summen übrig, die zur Verfügung ständen, müsste nicht eine so gewaltig große Zahl von Opfern mangelhafter Fürsorge für die Gesunderhaltung verpflegt werden.« Vor diesem Hintergrund ist es nur konsequent, dass Abderhalden das im letzten Jahr der Weimarer Republik entworfene und von den Nazis 1934 in Kraft gesetzte »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« öffentlich unterstützte, im gleichen Jahr den Aufruf *Deutsche Wissenschaftler hinter Adolf Hitler* unterzeichnete und in den NS-Lehrerbund eintrat. Mit Zwangssterilisationen hatten die Nazis einen neuen Sympathisanten gewonnen.

Insgesamt zeigt der Fall Abderhalden, dass man kein überzeugter Nazi gewesen sein muss, um den Nationalsozialismus de facto mitzutragen. Um abschließend beantworten zu können, wer Abderhalden war, ist es jedoch wirklich nicht nötig, auf das demnächst erscheinende Gutachten der Leopoldina zu warten. Es genügt eine kleine Anekdote seiner Tochter über die gemeinsamen sonntäglichen Spaziergänge in die von Abderhalden gegründeten Kleingartenanlagen der Saalestadt. Er habe dabei, erzählte sie unlängst der *Mitteldeutschen Zeitung*, immer darauf geachtet, »dass alles in den Gärten ordentlich war, dass nichts verlottert und vergammelt«. Trotz seiner Schweizer Staatsbürgerschaft war Emil Abderhalden ein ganz normaler Deutscher – wie Millionen andere auch.

Knut Germar

Eine ausführliche Liste der verwendeten Literatur findet sich auf unserer Homepage.

LINKS IST DA, WO KEIN ANTISEMITISMUS IST?

Sören Pünjer schreibt über linke Magdeburger, die Montagsdemonstrationen und die Einladung eines Friedensforschers nach Halle. Der Text ist die leicht überarbeitete und gekürzte Fassung eines Vortrages, den unser Autor im Mai 2014 in Halle auf einer Veranstaltung im Rahmen der Antifaschistischen Hochschultage der AG Antifa im Stura gehalten hat.

Der Linken Jugend- und Hochschulgruppe Magdeburg kommt das Verdienst zu, als erste eindringlich vor den montäglichen Friedensdemonstrationen in zahlreichen deutschen Städten gewarnt zu haben. Schon im März 2014 konnte man auf ihrer Homepage anlässlich einer in Magdeburg angemeldeten Demonstration lesen: »Wir haben ein bisschen recherchiert und sind dabei auf eine üble Mischung aus verschwörungsideologischem Denken, rechtsesoterischer Lyrik, zutiefst antisemitischer Bildsprache und Truther-Propaganda gestoßen, was uns letztlich dazu bewogen hat, eindringlich vor dieser Demonstration zu warnen«. Hier einige Beispiele für das Gedankengut, vor dem die angehenden Linkspartei-Funktionäre so eindringlich warnten: »Lasst euch nicht ablenken vom Massenentertainment, bleibt kritisch!«; »Militär und Demokratie sind unvereinbar«; »Kinder an die Macht!«; »Volksentscheidung statt Volksenteignung«; »Für eine neue Erde in Frieden«; »Deutschland ist kein Sozialstaat mehr. Die Gewinne werden nach oben verteilt, unten kommt nichts an, und um unsere Ersparnisse müssen wir auch bangen«; »Artikel 149 (GG) – wir wollen eine Verfassung«; »Bankenmonopol unschädlich machen. Gewinne aus Kapital als Bedingungsloses Grundeinkommen umverteilen!«; »Lebt wieder mit der Natur und nicht von der Natur!«; »Das Zinsenszinsenschuldengeldsystem überwinden!«; »Natürliche Wirtschaftsordnung statt parasitärem Kapitalismus« sowie »Hört auf uns Bürger«. Angesichts dieses kruden, autoritären, ressentimentgeladenen und verschwörungstheoretischen Zeugs kann man sich der Schlussfolgerung der linken Gruppe eigentlich nur anschließen, wenn sie folgendes schreibt: »Eine friedliche und freiheitliche Welt ist nur in Abgrenzung und Bekämpfung derartig rechten Gedankengutes möglich. Keine Querfront mit rechten Verschwörungsheinis«.

Leider hat die hier geschilderte Sache einen Haken. Die zitierten Parolen stammen gar nicht von der besagten montäglichen Friedensdemo, sondern sind allesamt Bestandteil der *95 Thesen der Empörten zu Magdeburg*, die die Initiative Echte Demokratie Jetzt! Ende Oktober 2011 als »modernes Magdeburger Pendant« von Luthers Wittenberger Thesenanschlag an die Tür des Magdeburger Rathauses gepinnt hatte. Einer der Hauptverantwortlichen der Initiative ist Robert Fitzke, seines Zeichens Ansprechpartner in der Magdeburger Regionalgeschäftsstelle der Partei Die Linke. Fitzke durfte im Juli 2011 die Idee von Echte Demokratie Jetzt! auch im hallischen freien Radiosender Corax ausbreiten. Begeistert zitierte er dort eine Passage aus dem spanischen Empörten-Manifest *M-15*, die besagt, dass die politischen Kategorien links und rechts im gemeinsamen Kampf irrelevant seien: »Einige von uns bezeichnen sich als aufklärerisch, andere als konservativ. Manche von uns sind gläubig, andere wiederum nicht. Einige von uns folgen klar definierten Ideologien, manche unter uns sind unpolitisch, aber wir sind alle besorgt und wütend angesichts der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Perspektive, die sich uns um uns herum präsentiert.«

EINE DRINGENDE WARNUNG

Es ist bemerkenswert, dass sich ein linker Parteikader jenseits von rechts und links in Stellung bringt, ohne dass man ihm den handelsüblichen Querfront-Vorwurf macht, der angesichts der von ihm mit zu verantwortenden »Thesen« eigentlich postwendend fällig sein müsste. Stattdessen erhielt sein Ansinnen Beifall auf offener Szene: Die Magdeburger Gruppe von Echte Demokratie Jetzt! wird unter anderem von der sachsen-anhaltischen Rosa-Luxemburg-Stiftung, von der Linksjugend Sachsen-Anhalt und vom Magdeburger SDS, dem Studierendenverband der Linkspartei, unterstützt. Noch nicht einmal die Antifa rückte den Magdeburger Empörten auf die Pelle, und das, obwohl eine der Thesen den vermeintlich »parasitären Kapitalismus« anprangerte und stattdessen nach einer »natürlichen Wirtschaftsordnung« verlangte – eine Forderung die man traditionell von Kameraden in den verschiedensten Brauntönen kennt und die man mittlerweile selbst in linken Jugend- und Hochschulgruppen als zutiefst antisemitische Bildsprache zu dechiffrieren gelernt hat.

Dass die Linke Jugend- und Hochschulgruppe Magdeburg im Gegensatz zu den montäglichen Friedensdemos im Fall von Echte Demokratie Jetzt! nicht gegen das dort anzutreffende verschwörungsideologische Denken, die rechtsesoterische Lyrik und die antisemitische Bildsprache protestierte und von einer Teilnahme abriet, hat einen ganz banalen Grund: Ihre Mitglieder sympathisieren nicht nur mit Echte Demokratie Jetzt!, sondern gehören selber zu deren Initiatoren. Sie waren laut eigenem Bekunden an der »Magdeburger Aktion […] nicht ganz unbeteiligt«. Ihre Alarmglocken läuteten im Falle der montäglichen Friedensdemos wohl deshalb so schrill und heftig, weil man ein wenig zu deutlich bei deren Organisatoren das eigene Konzept einer Sammlungsbewegung um jeden Preis wiedererkannt hatte. Angesichts des eigenen pluralistischen Ansatzes fühlte man sich vermutlich dabei ertappt, dass man linke Kampfbegriffe wie Querfront oder Neurechts konsequenterweise auch auf sich selbst hätte anwenden müssen. Vermutlich hat die Linke Jugend- und Hochschulgruppe Magdeburg erkannt, dass das Mobilisierungspotential für Echte Demokratie Jetzt! sich gar nicht so sehr vom Mobilisierungspotential der »rechten Verschwörungsheinis« unterscheidet. Anders lässt sich kaum die Vehemenz, ja regelrechte Drohung verstehen, mit der sie das eigene Klientel von einer möglichen Beteiligung an den Montagsdemonstrationen abhalten wollte: »Als linker Jugend- und Studierendenverband, der es *sehr ernst* meint mit dem Kampf für eine friedliche Welt, müssen wir *dringend* davor warnen, auf diese Demonstration zu gehen [Hervorh. S.P.]«.

Richtig geschmerzt haben muss es die linken Aktivisten, als am 21. April 2014 ein ausgemachter Querfrontler wie Jürgen Elsässer auf einer Montagsdemonstration in Berlin im Grunde nichts anderes feilbot, als eine Kopie der Echte-Demokratie-Jetzt!-Idee: »Links und Rechts sind out, es geht um uns hier unten gegen die da oben!« Damit stellte Elsässer klar, dass keine linke Jugend- und Hochschulgruppe dieser Welt ein Monopol auf echten emanzipatorischen Bewegungspluralismus hat. Sein auf besagter Demonstration gehaltener Redebeitrag klingt dann auch so, als würde er aus dem spanischen Empörten-Manifest zitieren: »Wir sind nicht einheitlich, wir sind vielfältig. Wir haben in den meisten Fragen ganz unterschiedliche Meinungen. Wenn wir anfangen zu diskutieren über Nation und Familie, über Gott und die Welt, über die Zukunft des Geldsystems – dann werden wir uns nicht einig. Aber diese Pluralität ist nicht unsere Schwäche, sondern sie ist unsere Stärke«. Am Ende seiner Berliner Rede fügte Elsässer noch ein wenig Prozentrechnung hinzu, die dem einen oder anderen bekannt vorkommen dürfte: »Links und Rechts sind out. […] Heute haben wir eine andere Spaltung: Hier die 99 Prozent der Ehrlichen und Arbeitenden – und dort das eine Prozent der internationalen Finanzoligarchie«.

KONKURRIERENDE BANDEN

Es lässt sich nicht einfach als taktisches Manöver abtun, wenn sich Elsässer auf die Occupy-Bewegung beruft. Er tut das völlig zu Recht. Auch der Anspruch von Occupy war weder rechts noch links, und auch Occupy nahm das eine Prozent der Finanzoligarchie ins Visier. Auch wenn die Occupy-Anhänger lieber den Begriff »Wallstreet« im Munde führten, war damit nicht nur dasselbe gemeint wie auf den montäglichen Friedensdemos, auch das allerseits verwendete Vokabular war dem Original aus NS-Zeiten bedenklich nahe. Erstaunlich ist, wie wenig diese Parallele, ja inhaltliche Deckungsgleichheit überhaupt gesehen wird, beziehungsweise gesehen werden will. Einer der ganz Wenigen, denen das überhaupt aufgefallen war, ist der bewegungslinke Politaktivist Pedram Shahyar. Seit er nicht mehr im Attac-Koordinierungsrat sitzt, betreibt er in seiner Freizeit eine Art globales Bewegungshopping und schaut sich überall auf der Welt sogenannte soziale Bewegungen vor Ort an. Als er am 5. Mai 2014 auf einer Montagsdemonstration in Berlin sprach, erhielt er erstaunlich viel Beifall für seine Worte gegen Rassismus, Nationalismus und Antisemitismus. Vorab erklärte der Bewegungsexperte gegenüber der *Taz* seine Motivation für seinen Auftritt so: »Ich wehre mich gegen eine pauschale Kritik an den Teilnehmern, weil sie mehrheitlich aus demselben Spektrum kommen wie das auch bei Occupy-Demos war. […] Auch Occupy hatte viel Spiritualität, viele Verschwörungstheorien.« Es ist schon erstaunlich, dass nicht nur die *Taz* und nahezu alle Linken diesen Fakt ignorieren. Ebenso wird schlichtweg ignoriert, dass die Unterscheidung zwischen raffendem und schaffenden Kapital konstitutiv für die Occupy-Idee war und sie aus dem Ungeist der sogenannten Truther-Bewegung geboren wurde, die nicht nur 9/11 für einen »Insidejob« hält, sondern generell davon ausgeht, das »wir« von geheimen Mächten und Drahtziehern regiert und gelenkt werden. Am selben Gedankenmüll, den man zu Hochzeiten von Occupy noch als fortschrittlich abfeierte, lässt man im Falle der Montagsdemos plötzlich kein gutes Haar mehr: Die *Taz* nennt die Demonstranten »Verwirrte« und »Neurechte«. Attac erkennt urplötzlich sogar »NSDAP-Forderungen«, wenn auf den Montagsdemos gegen das Finanzkapital und den Zins gewettert wird, wie es nicht nur bei Occupy üblich war. Ganz zu schweigen davon, dass der Hass auf Finanzkapital und Zins der zentrale Grund war, warum Attac überhaupt ins Leben gerufen wurde.

Pedram Shahyar rechtfertigt seine Beteiligung an den Montagsdemonstrationen ausdrücklich damit, dass er Verschwörungstheorien für den Anfang der Ausprägung eines kritischen Bewusstseins hält. Mit dieser Position dürfte er unter Linken auf den ersten Blick recht einsam dastehen, weil man dort allenthalben pauschal bekundet, links zu sein bedeute, schlichtweg jeder Verschwörungstheorie entgegenzustehen. Auf den zweiten Blick jedoch sieht das schon anders aus. Wenn Pedram Shahyar zur Begründung seiner Sicht gegenüber der *Taz* ausführt, dass »solche Theorien […] Ausdruck davon« seien, »dass die äußere Wirklichkeit einem nicht mehr als bändigbar erscheint – um dann zu sagen: Was uns präsentiert wird, stimmt nicht, wir wollen die Zusammenhänge verstehen«, dann dürften ihm etliche Linke die Zustimmung kaum verweigern. Schließlich präsentiert Shahyar hier im Grunde nichts anderes als eine Variation des Mottos, dass man die Leute da abholen müsse, wo sie stünden. Die Erklärung, warum Occupy innerhalb der deutschen Linken auf breite Zustimmung stieß, die Montagsdemos hingegen auf Ablehnung, liegt im

ungeschriebenen Bandengesetz des Konkurrierens um Einfluss und Macht – getreu der Platzhirschmentalität deutscher Touristen bei Liegestuhlreservierungen im Auslandsurlaub, die schamlos für sich reklamieren: Wir waren nun mal zuerst da.

ANTISEMITISCHE TICKETMENTALITÄT

Im Grunde hat Pedram Shahyar eine hervorragende Analyse der individuellen Disposition für Verschwörungstheorien geliefert. Wenn er betont, dass Verschwörungstheorien »Ausdruck davon« seien, »dass die äußere Wirklichkeit einem nicht mehr als bändigbar erscheint«, dann kommt er den Erkenntnissen der Kritischen Theorie über das potentiell faschistische Individuum und dessen Ticketmentalität sehr nahe, über die Adorno und Horkheimer in der *Dialektik der Aufklärung* bekanntlich feststellten, dass bereits sie und nicht erst das bewusste Zücken des ausgewiesen judenfeindlichen Tickets antisemitisch sei. Im Gegensatz zu Horkheimer und Adorno sieht Shahyar darin jedoch nicht das Problem, sondern erkennt im Verschwörungsdenken gar die Vorstufe zur Mündigkeit des Individuums. Der ohnmächtige Einzelne, der der Wirklichkeit nicht mehr gewachsen ist, versucht sich ihr durch pathische Projektion zu entziehen. Das Benutzen von Verschwörungstheorien zur Welterklärung, bei Occupy ebenso wie bei den Montagsdemonstrationen, ist Ausdruck einer individuellen Weigerung, die realen Zusammenhänge überhaupt erst erfassen zu wollen, also das Gegenteil von Mündigkeit. Es ist die Abdichtung gegen die Realität, ein Wahngebäude, in das man, als wäre man sein eigener persönlicher Blockwart, nichts mehr hinein lässt, was den buchstäblichen *Ordnungs-Wahn* stören könnte. Dies funktioniert nur, wenn man eigene Persönlichkeitsanteile als fremd identifiziert und durch Projektion von sich weist, um so vor sich selbst als Saubermann mit reinem Gewissen dazustehen. Die Gleichung 99 zu 1, die bei Occupy und den Montagsdemonstranten gleichermaßen hoch im Kurs steht – hier die ohnmächtigen 99 und dort das differente machthabende eine Prozent –, bringt genau jene »Wut auf die Differenz« zum Ausdruck, das laut Adorno und Horkheimer für das »Ressentiment der beherrschten Subjekte« charakteristisch ist: Im »Nebel der Verhältnisse von Eigentum, Besitz, Verfügung und Management« versuchen sich jene mit Gewalt eine vermeintlich klare Sicht auf die Verhältnisse zu verschaffen und müssen dies irgendwann sogar zwanghaft.

»ENDLÖSUNGSWEG FÜR ISRAEL«

Wenn man aus dem Anhänger von Verschwörungstheorien statt eines potentiell faschistischen ein potentiell kritisches Individuum macht, dann stört eine zentrale Erkenntnis über den Antisemitismus grundlegend. Der darf dann in keinem Fall das sein, was er ist: nicht einfach das bloße hässliche Ressentiment gegen real existierende Juden – dafür passt in der Regel die Kategorie der Fremdenfeindlichkeit viel besser –, sondern eine *Welterklärung*. Leute, die im Gegensatz dazu den Antisemitismus für eine rassistische Sonderform halten wollen, können dann auch gegen die Kritiker des linken Kleinredens und Verharmlosens des Antisemitismus nur folgendes zu Papier bringen: »Ihre Antisemitismus-Vorwürfe […] sind völlig entkoppelt von dem, was Linke wirklich über Juden sagen. […] Auf diese Weise wird der Antisemitismusvorwurf zu einem Herrschaftsinstrument degradiert […], um die letzten Reste antikapitalistischer Opposition in der BRD zu marginalisieren und letztlich aus dem Weg zu schaffen.« Geschrieben hat diese Zeilen eine Arbeitsgruppe der Linksjugend und des SDS – der Bundesarbeitskreis Antimilitarismus und Frieden. Die zitierten Sätze stammen aus einem Pamphlet mit dem Titel *Halle Crime – »Antideutsche« greifen Friedensveranstaltung in Sachsen-Anhalt an*. Erschienen ist es anlässlich der Störung einer Veranstaltung der hallischen Links-Alternativen Hochschulgruppe Ende November 2013. Eingeladen hatte man sich den sogenannten Friedensforscher Professor Werner Ruf, der zum Thema »Der Iran im Fadenkreuz westlicher Interessen« referierte. Als Vertreter des weltweit einzigartigen, nur in Deutschland existenten Berufsstandes der Friedensforscher tritt Werner Ruf für das Ende des jüdischen Staates Israel ein. Dies stieß in Halle dankenswerterweise auf Protest durch die AG »No Tears for Krauts« und das Offene Antifaplenum Halle und brachte dem Herrn Professor einen Antisemitismusvorwurf ein, was wiederum für Empörung bei der Links-Alternativen Hochschulgruppe sorgte. Und das, obwohl selbst Gregor Gysi, der große Vorsitzende auch der Links-Alternativen Hochschulgruppe, gegenüber der Tageszeitung *Die Welt* auf die Frage, wo denn die Grenze zwischen legitimer Kritik an Israel und Antisemitismus zu ziehen sei, festgestellt hatte: »Dort, wo das Existenzrecht Israels infrage gestellt wird«.

Worin nun äußert sich die Infragestellung Israels bei Werner Ruf? Zum Beispiel in seiner Unterstützung einer Propagandashow namens Nakba-Ausstellung, in der das sogenannte Rückkehrrecht der Palästinenser gefordert wird, von dem auch Ruf ganz genau weiß, dass die Umsetzung dieses angeblichen Rechtsanspruches schlicht und ergreifend das Ende der Existenz des Staates Israel als ein jüdischer bedeuten würde. In einem Artikel mit dem Titel *Lösungswege für den israelisch-palästinensischen Konflikt*, den er besser mit »Endlösungsweg für Israel« überschrieben hätte, outet sich Werner Ruf als ein völkischer Beobachter par excellence: Beim sogenannten Rückkehrrecht handele es sich um einen »Rechtsgrundsatz«, denn schließlich »stammt der Großteil der Flüchtlinge *(und ihrer Nachfahren)* aus dem heutigen israelischen Staatsgebiet und hat damit auf der Grundlage des Völkerrechts ein prinzipielles Rückkehrrecht an den Ort, an dem sie oder *ihre Familien* vor der Vertreibung lebten« (Hervorh. S.P.). So geht links-deutsche Friedensforschung bei einem, dessen Hass auf Israel sich in starkem Maß aus antinationaler Quelle speist und der vermutlich fest daran glaubt, dass das völkische Denken, bei dem territoriale Ansprüche per Blutsbande an Nachfahren und Familien weitergegeben werden, für immer und ewig ein explizit rechtes Alleinstellungsmerkmal ist. Nicht im Traum käme er darauf, dass es sich bei seinen Argumenten eigentlich um NPD-Logik in Reinform handelt, derer sich aktuell mit selten gehörtem Antifa-Wortgeklingel auch die Putin-Regierung bedient, die vor kurzem Nachfahren und Familien russischen Blutes samt Boden heim ins Reich geholt hat.

Weil sich Werner Ruf die entscheidende Frage, *warum* Israel ein jüdischer Staat bleiben *muss*, nur damit beantworten kann, dass der israelische Staat irgendwie auf Palästinenserunterdrückung und Apartheid steht, glaubt er im jüdischen Charakter Israels die Ausgeburt des Nationalismus schlechthin erkannt zu haben. Nationalismus hält er ausnahmslos für einen Anachronismus, und somit ist für ihn auch das jüdische Israel ein besonders unzeitgemäßes Gebilde. Eine dringende Notwendigkeit für den jüdischen Charakter Israels sieht Ruf schon deshalb nicht, weil auch er das traditionell antirassistische Verständnis von Antisemitismus pflegt, der als Sonderform des Rassismus ohnehin nur von Weißen ausgehen könne. In Werner Rufs *Anmerkungen zu Katja Kipping: Linker Zugang zum Nahostkonflikt* klingt das dann so: »Antisemitismus stammt aus biologischen Theorien des 19. Jahrhunderts, [die] die sog. ›semitische Rasse‹, also auch die Araber, für biologisch minderwertig erklärte.« Die strunzdumme Argumentationsfigur, dass Araber schon deshalb keine Antisemiten sein können, weil sie doch selber Semiten seien, ist seinerzeit nicht nur von Jassir Arafat bemüht worden. Akademisch aufpoliert hat sie Edward Said in seinem unsäglichen *Orientalismus*-Buch, auf das Ruf regelmäßig begeistert zu sprechen kommt.

Wollte man es ihm gegenüber mit ein wenig Nachsicht formulieren, könnte man sagen, dass Ruf aufgrund seines falschen Antisemitismusbegriffes die Bedeutung des Staates Israel als ein jüdischer vernachlässigen muss. In seinem Begriff hat weder die zentrale Bedeutung des islamischen Israelhasses einen Platz noch ein Verständnis vom Nationalsozialismus, der im Antisemitismus sein Schmiermittel und Kitt zugleich hatte. Ruf ignoriert, dass der Antisemitismus den Nationalsozialismus überhaupt erst möglich machte, als Gemeinwesen zusammenhielt und gerade deshalb den maßlosen, jeder Ratio Hohn sprechenden kollektiven Vernichtungswillen hervorbrachte. Deutlich wird das insbesondere an Rufs regelrechter Begeisterung für das soziale Engagement zweier ganz besonders antisemitischer und deshalb auf Israels Vernichtung drängenden Organisationen: »Sind Hamas und Hizbullah Reaktionäre, weil sie die einzigen Akteure in der Region sind, die für eine erhebliche Verbesserung der sozialen Situation der Menschen sorgen?«, fragt er, ohne auch nur auf die Idee zu kommen,

dass er sich in dieser Logik konsequenterweise auch die folgende Frage stellen müsste: Kann die NSDAP, die damit reüssierte, dass sie ab 1933 unbestritten für eine erhebliche Verbesserung der sozialen Situation der arischen Volksgenossen sorgte, überhaupt als reaktionär gelten?

Man sollte sich endlich vom Irrglauben verabschieden, dass das Adjektiv reaktionär eine Art Gegenstück zum Adjektiv sozial sei, denn der berühmten sozialen Frage ist die Endlösung der Judenfrage keineswegs äußerlich. Das soziale Engagement von Hamas und Hisbollah für die moslemischen Brüder und Schwestern ist zentraler Teil der antisemitischen Gemeinschaftsbildung gegen den zu bekämpfenden Feind. Es wird dem Einzelnen für die Erbringung des totalen Opfers bis in den Märtyrertod, für die völlige Selbstaufgabe also, zuteil. Das Rekrutieren von Selbstmordattentätern ist ohne die von Hamas und Hisbollah garantierte Sozialleistung gar nicht möglich. Sie ist sogar dessen Voraussetzung. Für die hinterbliebenen Angehörigen eines *suicide bombers* zu sorgen, ist das soziale Versprechen, an das der einzelne Dschihadist glauben können muss, um sich für die Umma »freiwillig« zu opfern.

DAS SCHLECHTE GEWISSEN

Um eine ausreichende Antwort auf die Frage zu geben, warum Linke sich so schwer damit tun, den Antisemitismus in ihren eigenen Reihen überhaupt also solchen wahrzunehmen, ihn stattdessen kleinreden und ihm wie in Magdeburg sogar eine Plattform geben, kommt man am linken Faschismus-Verständnis nicht vorbei. Anfang letzten Jahres schrieb der ehemalige Radio-Moderator Ken Jebsen, mittlerweile Autor für Jürgen Elsässers *Compact*-Magazin und prominenter Redner auf den montäglichen Friedensdemos, in einem Offenen Brief an Angela Merkel: »Nationalzionisten haben Israel okkupiert wie die Nazis ’33 Deutschland okkupiert haben.« Über Ken Jebsen hat sich mittlerweile herumgesprochen, dass er ein Antisemit ist. Der zitierte Satz weist ihn jedoch auch als einen Antifaschisten in der Tradition Georgi Dimitroffs und Ulrike Meinhofs aus, für die der Antisemitismus maximal ein Nebenwiderspruch der auf die Okkupation Deutschlands zielenden Nazis war. Hatte Dimitroff einstmals die Nazis als volksfeindliche Handlanger des Kapitals begriffen, wofür die anlässlich des Ukrainekonflikts wieder hervorgekramte Antifa-Parole »Hinter dem Faschismus steht das Kapital« steht, hat Ulrike Meinhof den israelischen Faschismus nur deshalb entdecken können, weil sie aufgrund ihres NS-Verständnisses von der Okkupation Deutschlands durch die Nazis überzeugt war. So stark, dass sie sich maßgeblich für die antifaschistische Unschuldsvermutung der RAF gegenüber den Deutschen verantwortlich zeichnete, die da bekanntermaßen lautete: »Dem Volk dienen.«

Bis vor kurzem hätte man denken können, dass ein solches Faschismusverständnis nur noch randständig sei und damit auch als potentielle Bedrohung für Israel vom Tisch wäre. Dass in der Ukraine der Natofaschismus toben würde, wie es Jürgen Elsässer nennt, und »Pro-EU-Faschisten« in Kiew das Sagen hätten, wie es in der linken Tageszeitung *Junge Welt* Tag für Tag in Variation des Themas heißt, ist jedoch eine weit über das jeweilige Milieu verbreitete Sichtweise. Zwar sind die Zeiten vorbei, in denen Texte wie aktuell der der Roten Hilfe noch unbeanstandet durchgehen konnten, in dem es heißt: »Der Charakter faschistischer Ideologie und Bewegung und ihre Rolle im Kapitalismus als potentielle Stütze der Herrschenden und im schlimmsten Fall sogar als Herrschaftsoption wurde in der Ukraine ein weiteres Mal in Ansätzen geschichtliche Realität.« Dennoch ist angesichts der allerorts verbreiteten Unsicherheit Skepsis angebracht, ob diejenigen, die solch antiimperialistischen Blödsinn Roter Helfer nicht unterschreiben würden, sich auch wirklich endgültig vom völkischen Antifaschismus realsozialistischer, sprich sowjetischer respektive russischer Provenienz verabschiedet haben. Dass es *prowestliche* Faschisten seien, die da derzeit auf ukrainischer Seite kräftig mitmischten, diese ahistorische und unlogische Begriffskonstruktion russischer Propaganda verfängt zuweilen selbst unter israelsolidarischen Leuten in einer Größenordnung, die man nicht für möglich gehalten hätte.

Es passt ins Bild allgemeiner Unsicherheit, dass man meist ungläubig zur Kenntnis nimmt, wie wenig sich Linke und Nazis bei ihrer Sicht auf die Ukraine und Russland unterscheiden. Alle europäischen Faschisten sind sich in ihrer Unterstützung Russlands und im Abrücken von der ohne Frage hässlichen, aber zum Glück sehr kleinen Swoboda-Partei einig und zeigen damit ein gutes Gespür dafür, dass es offensichtlich an der Politik der Übergangsregierung nichts gibt, was man auch nur annähernd faschistisch nennen kann. Dass die Swoboda-Leute zumindest bis auf weiteres offensichtlich auf dem Weg der Besserung sind, hat ihnen exemplarisch für die derzeitig vorherrschende Sicht unter europäischen Faschos der Nazi-Kader Rigolf Hennig attestiert: die Swoboda und Rechte-Sektor-Leute hätten sich von den Zionisten im Gewand der EU einspannen und als nützliche Idioten missbrauchen lassen. Als im Mai 2014 über diese konsensuale Pro-Russland-Position erstaunlicherweise auch im Zentralorgan der Linkspartei, im *Neuen Deutschland*, berichtet wurde, meldeten sich in den Kommentarspalten der Zeitung sofort unerschrockene Antifaschisten zu Wort. Jemand, der sich »Primavera« nennt, brachte es auf den Punkt: Tendenziös und einseitig sei es, über die Deckungsgleichheit von linken und rechten Positionen im Ukraine-Konflikt zu schreiben, dadurch solle offensichtlich »jedem, nicht dem Mainstream erliegenden Leser, der Verständnis für die Position Russlands zeigt, ein schlechtes linkes Gewissen eingehaucht werden«.

Als Vorbedingung dafür, zukünftig weder in Magdeburg unter dem Label Echte Demokratie Jetzt! eine Plattform für Antisemiten zu schaffen noch einen Israelhasser wie Werner Ruf nach Halle einzuladen, bedarf es notwendig eines schlechten Gewissens. Nur sollte dieses gerade kein linkes, also identitär-kollektives sein, sondern ein *individuell-persönliches*, das, so die Hoffnung, einem wie von selbst auf Distanz zu linken Leuten bringt, die es, seit sich Karl Marx mit der heiligen Familie deutscher Sozialisten angelegt hat, von Generation zu Generation einfach nicht besser wissen wollen.

Sören Pünjer

IMMER WIEDER MONTAGS

Halle gehörte zu den 60 Städten in der Bundesrepublik, in denen seit dem Frühjahr 2014 regelmäßig Montagsdemonstrationen gegen den Konflikt in der Ukraine und die Macht der Medien stattfanden. Wie überall bestand das Personal dieser Proteste auch in der Saalestadt vorrangig aus Verschwörungstheoretikern, Esoterikern, Antisemiten, Ex-Nazis und anderen Irren. Die Vorstellungen dieser Leute bewegten sich durchweg unter dem Niveau der Kritik. Zumindest die Vordenker der Montagsdemonstrationen dürften aufgrund ihrer offenkundigen Verrücktheiten weniger ein Gegenstand von Ideologiekritik als ein Fall für den Psychologen sein. Um dem Phänomen der Proteste auf den Grund gehen zu können, so unser Autor Andreas Halberstädter, wäre es verfehlt, die Wahngespinste dieser Leute im Einzelnen zu analysieren und sich über esoterische und rechte »Netzwerke« bei den Montagsdemonstrationen auszulassen. Es ist vielmehr nötig, die Gesellschaft in den Blick zu nehmen, die diesen Irrsinn immer wieder aus sich selbst heraus erzeugt.

»Erklär mal ’nem Bekloppten, dass er bekloppt ist …« (Dieter Bohlen)

Nachdem sich im März letzten Jahres erstmals Demonstranten auf dem Potsdamer Platz in Berlin zusammenfanden, um gegen einen möglichen Krieg in der Ukraine und die Macht der Medien zu protestieren, hatte die Nation einen neuen Gegenstand der Belustigung. In der deutschen Öffentlichkeit gab es kaum jemanden, der sich nicht lautstark über die neuen Montagsdemonstrationen amüsierte: von der Tagesschau über den *Spiegel* bis hin zu Oliver Welkes Heute Show.

Hierfür gab es gute Gründe. So haben die Demonstranten nicht nur klassische Verschwörungstheorien, Antiamerikanismus und Antisemitismus im Programm, sondern auch noch ganz andere Dinge. Einige sind davon überzeugt, dass den Kondensstreifen von Düsenflugzeugen Chemikalien beigemengt sind, die den Menschen ihre politische Widerstandskraft rauben, andere glauben an eine »Germanische neue Medizin«, wieder andere halten sich für Bürger des 1945 untergegangenen Deutschen Reichs. Die Belustigung über diesen Unfug erscheint zwar zunächst nicht einmal als unsympathisch: Hätten die Deutschen Hitler in den frühen 1930er Jahren als den Hinterhofclown ausgelacht, der er war, statt ihm begeistert hinterherzulaufen, wäre der Welt möglicherweise viel erspart geblieben. Dennoch ist das Amüsement über die Montagsdemonstrationen nicht ganz so unschuldig, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag. Das kollektive Lachen war so aufgedreht, weil niemand darauf kommen sollte, dass bei den Montagsdemonstrationen die konsequent zugespitzte Version des hiesigen Common Sense präsentiert wurde. Die Proteste und das Lachen dienten, mit anderen Worten, vor allem dem Zweck, die Konkurrenz in Sachen Massenmobilisierung für den Frieden auszuschalten. Denn tatsächlich sind die Grenzen zwischen Wahnsinn und Vernunft nicht so eindeutig wie es die Krankenkassen gern hätten. »Der Wahnsinn, wenn er epidemisch wird, heißt Vernunft«, schreibt Oskar Panizza. Das wird schon durch einen Blick auf die Statistik deutlich. So glaubt jeder zweite Bundesbürger an außerirdische Wesen, jeder siebte an Magie und Hexerei. Zwei Drittel der Deutschen fürchten sich vor Erdstrahlen, mehr als ein Drittel hält die Zukunft für vorhersagbar, und etwa 20 Prozent glauben, dass sich Kontakte mit dem Jenseits herstellen ließen. In Sachen Verschwörungstheorien sieht es nicht besser aus: 23 Prozent der Deutschen sind davon überzeugt, dass die US-Regierung hinter den Anschlägen vom 11. September steckt; fast 40 Prozent der Bundesbürger glauben, dass es eine geheime Weltregierung gibt. Soll heißen: So irre und verschroben viele Aussagen der Montagsdemonstranten auch klingen mögen – die Übergänge zur Mehrheitsmeinung sind in vielerlei Hinsicht fließend.

DER PAZIFISTISCHE KONSENS

Dieses Borderlining zeigt sich auch beim Kernthema der Proteste, in der Frage des Friedens, die zugleich auf die deutsche Besonderheit der Montagsdemonstrationen verweist. Denn an Verschwörungen, Kontakte zum Jenseits, Erdstrahlen oder Fliegende Untertassen glaubt man mehr oder weniger überall auf der Welt. Dass jedoch Irre aller Schattierungen – Reichsbürger, Schamanen, Leute, die glauben, die führenden Nazis hätten den Zweiten Weltkrieg in der Antarktis überlebt, und Menschen, die das für kompletten Irrsinn halten, weil sie davon überzeugt sind, dass es nicht die Antarktis, sondern die Rückseite des Mondes gewesen sei –, dass diese Leute ausgerechnet in der Frage von Krieg und Frieden das Internet verlassen, in dem sie sonst aktiv sind, ihre Feindschaften zurückstellen und in bisher ungekannter Einheit auf die Straße ziehen, ist jedoch etwas spezifisch deutsches. Denn die Anziehungskraft des Friedens geht hierzulande nicht auf die je individuellen Macken der einzelnen Demonstranten zurück. Sie hat ihren Grund vielmehr in einer kollektiven Macke der Deutschen. So fällt auf, dass sich die Gegner der Montagsdemonstrationen in der Frage des Friedens vollkommen mit dem ehemaligen antideutschen Kommunisten Jürgen Elsässer, Lars Mährholz, dem ehemaligen RBB-Moderator Ken Jebsen und Andreas Popp, die regelmäßig als Repräsentanten der Proteste vorgeführt werden, einig sind. Die *Taz* schrieb exemplarisch, dass die Montagsdemonstrationen mit Frieden »nichts zu tun« hätten. Attac rief dazu auf, lieber bei einem Ostermarsch der »echten Friedensbewegung« gegen den Krieg zu demonstrieren. Und in Halle protestierten die studentischen Jugendorganisationen von CDU, SPD, FDP, Grünen und Linkspartei in einer auch in diesem Fall seltenen Einheit gemeinschaftlich für Frieden aber gegen Verschwörungstheoretiker auf dem Marktplatz. Es ist insofern sicher nicht übertrieben, den Frieden als eines der Kernstücke des neuen deutschen Selbstverständnisses zu bezeichnen. So gab es in Deutschland seit 1945 nicht nur überdurchschnittlich viele Friedensbewegungen, sondern diese Proteste waren im internationalen Vergleich stets auch deutlich überdeterminiert: Nirgendwo gingen so viele Menschen gegen den Krieg auf die Straße wie hierzulande, nirgendwo waren die Demonstranten so hysterisch, und in keinem anderen Land bestand eine so große Einigkeit zwischen den Demonstranten und einem nicht unerheblichen Teil der politischen Klasse.

FEINDBILD AMERIKA

Aber auch in ihrer zentralen Feindbestimmung sind sich die Montagsdemonstranten mit vielen ihrer Gegner einig. So haben sich Elsässer, Jebsen und Co. mit den Vereinigten Staaten von Amerika nahezu schlafwandlerisch jene Macht als Hauptgegner ausgesucht, die bisher für jede deutsche Friedensbewegung seit 1945 das zentrale Feindbild lieferte. Damit knüpfen sie nicht nur an die Traditionen der Vietnamkriegsproteste, der Demonstrationen gegen den Nato-Doppelbeschluss, den Zweiten Golfkrieg oder den Irakkrieg an. Sondern sie zeigen sich zugleich anschlussfähig an aktuelle Debatten.

Ein Beispiel von vielen: In der Tageszeitung *Neues Deutschland* wurde zwar vor den Antisemiten, Neonazis, Esoterikern und Verschwörungstheoretikern auf den Montagsdemonstrationen gewarnt. Zugleich versuchte das Blatt jedoch, die Amerikafeindschaft vor ihren Freunden in Schutz zu nehmen: »Die USA-Kritik«, so die Überschrift eines Artikels, »sollte nicht den Rechten überlassen werden.« (Weil nicht sein kann und darf, dass Antisemiten, Verschwörungstheoretiker und andere Irre »links« sind, bezeichnet man die Montagsdemonstranten konsequenterweise als »Rechte«.) Um nicht selbst mit diesen »Rechten« in einen Topf geworfen zu werden, so die Zeitung, müsste die Linke jedoch »genauestens benennen, was sie mit ›den USA‹ überhaupt meinen«. Das Dumme ist: Das *Neue Deutschland* meint mit »den USA« genau das gleiche wie Jebsen oder Elsässer: »Ein Symbol für ein von keiner Regierung mehr zu kontrollierendes System aus Investmentfonds, PR-Agenturen, Energiegiganten und Monsterbanken, das außer einer instrumentalisierten Armee keine Elemente des Nationalstaats mehr anerkennt.« Abgesehen vom beliebten Vorwurf der Kulturlosigkeit ist in dieser kurzen Passage alles enthalten, was den neuen Antiamerikanismus ausmacht: von der Vorstellung des »wurzellosen Finanzkapitals« über die Fetischisierung des Staates bis hin zum Glauben, dass Amerika Schuld am Bedeutungsverlust der Nationalstaaten habe.

VERSCHWÖRUNG UND GESELLSCHAFT

Um dem Phänomen der Montagsdemonstrationen auf den Grund gehen zu können, müssten insofern zum einen jene Verhältnisse in den Blick genommen werden, die den Irrsinn immer wieder aus sich selbst heraus erzeugen. Zum anderen wäre der Blick auf die Hintergründe der deutschen Spezifika innerhalb dieser Verhältnisse zu richten.

Hierzu ein historischer Exkurs: Bis in die Zeit des Feudalismus hinein erschloss sich der Zusammenhang von Ursache und Wirkung in der Regel noch durch bloßen Augenschein. Wenn der Feudalherr auf den Hof kam und den Zehnten einforderte, war die Ausbeutung sinnlich erlebbar; es wurde in sinnlicher Weise deutlich, warum am Ende des Monats das Geld, das Korn oder das Brot fehlte. Phänomene wie das Wetter, der Ausbruch von Krankheiten oder Missernten, bei denen sich der Konnex von Ursache und Wirkung nicht durch bloßen Augenschein erschloss, wurden aufgrund der tiefen religiösen Prägung der damaligen Gesellschaften auf den unergründlichen Willen Gottes zurückgeführt.

Mit der Herausbildung des Kapitalverhältnisses, der Entstehung gesellschaftlicher und ökonomischer Arbeitsteilung und einer komplexer werdenden Realität veränderte sich fast alles: Wenn Marx davon spricht, dass den Produzenten der Mehrwert genommen werde oder sich der Wert selbst verwerte, dann verweist er auf abstrakte Vorgänge, die sich dem unmittelbaren Verstehen durch Augenschein entziehen. Denn dass ein Produzent nicht mehr den Zehnten abgeben muss, sondern für seine Arbeit Lohn erhält, daran scheint auf den ersten Blick nichts verkehrt zu sein. So erschließt sich die Ausbeutung nicht mehr an ihrem unmittelbaren Ort, in der Fabrik, bzw. im Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital, sondern erst in der Zirkulationssphäre: dann nämlich, wenn realisiert wird, wie wenig für den Lohn gekauft werden kann. Es erklärt sich nicht mehr unmittelbar, warum am

Ende des Monats das Geld, das Korn oder das Brot fehlen; und es erschließt sich erst recht nicht auf direktem Wege, warum die Firma den dynamischen jungen Mann trotz seiner enormen Arbeitsmoral entlassen muss oder die zielstrebige junge Frau trotz ihrer hervorragenden akademischen Ausbildung doch nur im Callcenter unterkommt.

Die traditionelle Religion, mit deren Hilfe entsprechende Fragen bis in die Neuzeit hinein erklärt wurden, hat sich mit der Entstehung der Moderne weitgehend aus der Welt zurückgezogen. Säkularisierung und die Durchsetzung der Moderne bedingen sich wechselseitig. Der Prozess der Säkularisierung war jedoch nur unvollständig. So bedienen sich die Begrifflichkeiten, mit deren Hilfe abstrakte Phänomene landläufig erklärt werden, mehrheitlich selbst aus dem Bestand des Religiösen: Hegels Rede von der »List der Geschichte«, die die menschliche Vorstellungswelt bis weit ins 20. Jahrhundert hinein prägte, ist der Versuch, den historischen, politischen und ökonomischen Abläufen Sinn zu verleihen: Die Vorstellung von einem Sinn und einem Ziel der Geschichte ist säkularisierte christliche Heilserwartung. Adam Smiths Formel von der »unsichtbaren Hand«, die in abgeschwächter Form auch heute noch die Wirtschaftswissenschaften beeinflusst, ist ebenfalls theologisch imprägniert: Die »unsichtbare Hand«, die angeblich für eine Selbstregulierung des Marktes sorge, ist nur unschwer als der säkularisierte »Finger Gottes« zu erkennen.

Verschwörungsdenken, Okkultismus und Esoterik, die in einem unmittelbaren Zusammenhang stehen, wurden erstmals zu Massenphänomen, als sich diese nach wie vor einflussreichen, am Übergang von der Vormoderne in die Moderne entstandenen Erklärungsversuche angesichts der krisenhaften Wirklichkeit erstmals blamierten. Spätestens im Nachgang des Gründerkrachs von 1873 zeigte sich, dass sich auf dem Markt keine innere Harmonie einstellt. Geschichte, Ökonomie und Politik folgen keinen vernünftigen Gesetzmäßigkeiten. Die Gründung der Theosophischen Gesellschaft (1875), die bald zur einflussreichsten okkultistischen Organisation wurde, und die Entstehung des modernen Antisemitismus, des zentralen Ausdrucks von Verschwörungsdenken, fielen darum zeitlich nicht umsonst mit diesem ersten internationalen Wirtschaftscrash zusammen. Einen neuen Zulauf erhielten antisemitische Bewegungen, okkulte und esoterische Zirkel, Gurus und Propheten in der großen Krise nach dem Ende des Ersten Weltkrieges.

Die Rhetorik dieser Gurus und Propheten, ihre Rede von »übersinnlichen Kräften«, »untergründigen Mächten« oder dem »Lauf des Schicksals«, ist bei genauer Betrachtung die Rückübersetzung der theologisch imprägnierten Bilder von der »unsichtbaren Hand« und der »List der Geschichte« ins Sakrale. Weil sich die Verhältnisse als undurchschaubar und irrational erweisen und dieser Zustand für den Alltagsverstand kaum zu ertragen ist, versuchen die Menschen, ihnen unter Rückgriff aufs Religiöse doch noch Sinn zu verleihen. Die Religion bietet sich für diese Unternehmung an, weil sie nie vollständig verschwunden war und selbst in scheinbar areligiösen oder rationalen Begriffen wie der »List der Geschichte« oder der »unsichtbaren Hand« noch präsenter war als sich Hegel, Smith, die Ökonomen und Historiker eingestehen wollten. Da die Säkularisierung nun aber einmal stattgefunden hat, können die Menschen jedoch nicht einfach zu jener Form von Religiosität zurückkehren, die das Mittelalter prägte. Diese nicht mehr rückgängig zu machende Entwicklung ist zum einen der Grund dafür, warum esoterische Phantasiereligionen an Attraktivität gewinnen – das Christentum hat sich im Lauf der letzten beiden Jahrhunderte verweltlicht und seinen Deutungsanspruch immer stärker reduziert. Zum anderen ist sie dafür verantwortlich, warum Esoterik und Religion aufs Engste miteinander verquickt sind: Da der Himmel aufgrund des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts immer näher an die Erde herangerückt ist und inzwischen selbst ein Bauer so klug ist wie früher nur ein Kardinal, kann der Glaube nicht mehr absolut sein. Die zahllosen Konversionen, die die Berufsirre Nina Hagen pars pro toto für die Landsleute vollzogen hat – von der Ufologie über das Christentum zum Karmaglauben und zurück –, zeigen, dass es allenfalls einen Willen zum Glauben gibt, der wiederum verdeutlicht, wie stark der Glaube selbst angefressen ist: Wenn man nicht mehr glaubt, sondern nur noch glauben will, befindet sich das Gottvertrauen in einer Krise. Dieser »ungeglaubte Glaube«, von dem Adorno spricht, ist innerhalb der Esoterik der Türöffner für Verschwörungsdenken: Weil der Glaube ebenso ernst genommen wie durchschaut wird, genügt es nicht mehr, die Probleme der Welt allein aufs Überirdische zurückzuführen. Die Sehnsucht, den vollkommen irrationalen abstrakten Vorgängen einen Sinn zu geben, benötigt vielmehr auch ein irdisches Standbein – das die Verschwörungstheorie bietet.

Dieses Verschwörungsdenken hat seine Ursache nicht zuletzt darin, dass trotz der Dominanz abstrakter Vorgänge ein bedeutender Bereich existiert, in dem sich der Zusammenhang von Ursache und Wirkung noch weitgehend qua Augenschein erschließt: die Privatsphäre. Wenn ich mein Steak in den Kühlschrank gelegt habe und es am nächsten Tag nicht mehr da ist, dann kann es dafür nur eine Erklärung geben: Irgendjemand hat es weggenommen. Die Menschen neigen nun – aus welchem Grund auch immer – dazu, sich die Dinge, die sie nicht verstehen, nach dem Muster von Dingen zu erklären, die sie verstehen. Das heißt, sie deuten die Abläufe der Makroebene, wie es einige Soziologen und Ökonomen nennen würden, nach dem Vorbild der Mikroebene, obwohl beide allenfalls bedingt in einem Zusammenhang stehen. So entsteht der Glaube, dass sich Menschen hinterhältig verhalten haben, wenn Regierungen Staatsbankrott anmelden; wenn Länder oder Banken pleite gehen, so die Vorstellung, muss mit dem Geld dasselbe passiert sein wie mit meinem Steak: Jemand hat es weggenommen.

Verschwörungsdenken, Okkultismus und Esoterik sind, mit anderen Worten, der Versuch, hinter irrationalen Abläufen etwas rationales, nämlich: das Handeln bestimmter Menschen, zu erkennen. Mit ihrer Hilfe soll einer zutiefst sinnlosen Welt Sinn gegeben werden. Gerade aufgrund dieses Versuchs, in einer irrationalen Wirklichkeit Rationalität erkennen zu wollen, werden sie jedoch selbst irrational und erscheinen als wahnhaft.

DEUTSCHE FRIEDENSSEHNSUCHT

Die Personalisierung gesellschaftlicher Verhältnisse, die im Zentrum des Verschwörungsdenkens steht, geht mit ihrer Territorialisierung einher. Die traditionellen Antisemiten verorteten das Hauptquartier der Weltverschwörung auf dem jüdischen Friedhof in Prag, wo sich die »Weisen von Zion« treffen würden. Moderne Verschwörungstheoretiker sehen die Quelle allen Übels hingegen vor allem in Amerika.

Dieses antiamerikanische Verschwörungsdenken beruht überall auf der Welt auf einer Mischung aus der traditionellen Ablehnung der Moderne und der Projektion abgespaltener eigener Negativität auf die Vereinigten Staaten. Der Fingerzeig auf Amerika dient der Entlastung von den Verwerfungen der eigenen Nationalgeschichte. Die regionalen Eigenheiten des Antiamerikanismus basieren insofern auf den historischen und aktuellen Besonderheiten der politischen und ökonomischen Situation der jeweiligen Staaten. Den Schlüssel für die deutschen Spezifika des Antiamerikanismus liefert das eigentümliche deutsche Verhältnis zum Frieden, das aufs Engste mit dem Hass auf die Vereinigten Staaten verbunden ist. Um den Ursachen dieser Friedenssehnsucht auf die Spur zu kommen, genügt ein Blick auf ihre Entstehung: Spätestens seit der Gründung des Deutschen Reiches 1871 wurden hierzulande Wehrhaftigkeit, Wehrfähigkeit und Krieg idealisiert; seit dem 8. Mai 1945, dem Tag der bedingungslosen Kapitulation des »Dritten Reiches«, wird hingegen der Frieden zu einem Gut verklärt, das an sich selbst schützenswert sei. Bereits der Zeitpunkt dieser Transformation der Deutschen von einem »Volk in Waffen« in einen kollektiven Friedensengel verweist auf die verborgenen Triebkräfte der deutschen Friedenssehnsucht. Denn ausgerechnet der Krieg, der die Landsleute mehrheitlich in Pazifisten verwandelte, wurde von alliierter Seite mit dem größten Recht der Geschichte geführt. So war der Zweite Weltkrieg im Unterschied zum Ersten kein sinnloses, wechselseitiges Massenschlachten *weitgehend* austauschbarer bewaffneter Haufen. Sondern durch Auschwitz wurden die Welt und die Begriffe, in denen sie gedacht werden muss, entscheidend verändert. Spätestens mit dem Holocaust war gezeigt worden, dass es Schlimmeres geben kann als Krieg. Angesichts von Auschwitz und angesichts der Soldaten, die das Lager am 27. Januar 1945 befreiten, erwiesen

sich Armee und Krieg, wie Wolfgang Pohrt einmal schrieb, als die wahren »Sachwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit«. So gab es keine andere Möglichkeit, die Deutschen zu stoppen, als in den Krieg einzutreten. In der Parole »Nie wieder Krieg!«, die hierzulande immer wieder als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg präsentiert wird, verlängert sich, mit anderen Worten, nicht die Perspektive der Opfer oder Gegner des Nationalsozialismus, die dem Krieg der Alliierten im Unterschied zur Mehrheit der Deutschen das Leben zu verdanken hatten. In dieser Formel setzt sich stattdessen der Blick der Täter fort, die so lange nichts gegen den Krieg hatten, wie der Sieg auf deutscher Seite war. Die Konzentration der deutschen Friedensbewegungen auf die Kriege der Vereinigten Staaten und der Eifer, mit dem die amerikanische Politik mit dem Nationalsozialismus gleichgesetzt wurde und wird, dient vor diesem Hintergrund dem Zweck, alte Rechnungen zu begleichen: Wenn sich die eigenen Taten schon nicht rechtfertigen lassen, dann soll wenigstens niemand besser sein – und schon gar nicht die Amis, deren Eingreifen in den Zweiten Weltkrieg schließlich zur deutschen Niederlage führte.

AUTORITÄRE RUSSLANDBEGEISTERUNG

Die Sowjetunion, als deren Nachfolgestaat sich das heutige Russland regelmäßig präsentiert, war in dieser Hinsicht ein Sonderfall. Denn auch wenn das Land des Roten Oktober neben den Vereinigten Staaten die zentrale Hegemonialmacht des Kalten Krieges war – und die Rote Armee zudem einen enormen Anteil an der Niederschlagung des Nationalsozialismus hatte –, wurde es vonseiten der deutschen Friedensbewegungen nie so vehement kritisiert wie Amerika. Gelegenheiten und Gründe hätte es zur Genüge gegeben: von den Millionen Toten des Großen Terrors über die Niederschlagung des Ungarnaufstandes und des Prager Frühlings bis zur Stationierung von SS-20-Raketen, des Gegenstücks zu den Pershing-II-Flugkörpern, in der DDR.

Dieser gnädige Blick auf die Politik der Sowjetunion mag nicht zuletzt der manichäischen Freund-Feind-Logik des Kalten Krieges geschuldet gewesen sein, die gelegentlich merkwürdige Allianzen entstehen ließ. Zudem verbot es sich für Menschen mit historischem Feingefühl in der Bundesrepublik lange Zeit, die Sowjetunion allzu vehement anzuklagen: Immerhin fand der nationalsozialistische Antibolschewismus im totalitarismustheoretischen Antikommunismus der Adenauerzeit einen Statthalter. Der Kalte Krieg trat jedoch spätestens in den 1970er Jahren in die Phase der Entspannung; der Antikommunismus wurde durch die Ostpolitik der Regierung Brandt erledigt; und die einstigen Gerüchte über die stalinistischen Verbrechen hatten sich zu diesem Zeitpunkt längst in gesicherte Informationen verwandelt. In Frankreich hatte die Veröffentlichung von Alexander Solschenizyns Buch *Der Archipel Gulag* 1975 sogar für die Abkehr einer ganzen Intellektuellengeneration von der Sowjetunion gesorgt. Solche Abgrenzungsbewegungen blieben in Deutschland jedoch aus. Es ist insofern die Vermutung angebracht, dass die friedensbewegte Nachsicht gegenüber der Sowjetunion hierzulande weniger auf der Konstellation des Kalten Kriegs, mangelnder historischer Sensibilität oder fehlendem Wissen beruhte. So gab es in Deutschland schon in der Zwischenkriegszeit eine große linke wie rechte Begeisterung für die Sowjetunion, für die in erster Linie autoritäre und antiwestliche Bedürfnisse ursächlich waren, die von der sowjetischen Staatsvergottung, der Unterordnung des Einzelnen unter die Masse und der – wenn auch zunächst unfreiwilligen – weltpolitischen Positionierung Moskaus befriedigt wurden.

Diese Begeisterung, für die Namen wie Paul Eltzbacher, Ernst Niekisch oder Karl O. Paetel stehen, fand in der zurückhaltenden Sowjetkritik der deutschen Friedensbewegung eine Verlängerung. Dafür spricht nicht zuletzt die Tatsache, dass die größten linken Gegner der Sowjetunion in der Bundesrepublik stets auch ihre größten Bewunderer waren. Die K-Gruppen der 1970er Jahre, die von hunderttausenden jungen Akademikern durchlaufen wurden, standen zwar für eine vehemente Kritik der Sowjetunion. Ihr positiver Bezugspunkt war jedoch ebenfalls das Land des Roten Oktober – allerdings der Stalinära. Nikita Chruschtschow und Leonid Breschnew, die Nachfolger Stalins, wurden regelmäßig beschuldigt, den wahren Kommunismus der 1930er und 1940er Jahre verraten zu haben. Ihnen wurde, mit anderen Worten, vorgeworfen, dass sich das Land in bescheidener Weise humanisiert und dem Westen angenähert hatte – und insofern nicht mehr so mörderisch wie in der Zeit des Großen Terrors auftrat.

Der Konflikt in der Ukraine bietet sowohl für diese autoritären als auch für antiwestliche Bedürfnisse zahlreiche Anknüpfungspunkte: So benutzt die russische Nomenklatura eine vehemente, nicht zuletzt gegen Amerika gerichtete Rhetorik. Sie pflegt einen deutlichen autokratischen Stil, der autoritären Bedürfnissen hierzulande entgegenkommt. Und sie rechtfertigt die Intervention in der Ukraine mit der Parole von der Einheit von Volk und Nation, die im Mutterland der »Heim-ins-Reich«-Bewegung ebenfalls traditionell auf Begeisterung stößt. Die Verkopplung der traditionellen großrussischen Rhetorik mit Verweisen auf den sowjetischen Antifaschismus dürfte zudem insbesondere unter gelernten DDR-Bürgern für Begeisterung sorgen: So bedient sich die russische Regierung mit ihren Verweisen auf althergebrachte russische Einflussgebiete im Ukraine-Konflikt der zaristischen Traditionen. Wenn sie ihre Gegner als Faschisten und Nazis beschimpft, greift sie hingegen vor allem auf die sowjetische Vergangenheit zurück, in der der Zweite Weltkrieg allerdings ebenfalls eher großrussisch gedeutet wurde: Seine offizielle Bezeichnung lautete bekanntlich »Großer Vaterländischer Krieg«.

DIE ZUKUNFT DER PROTESTE

Aller Massenkompatibilität der Montagsdemonstrationen zum Trotz werden sie dennoch nicht die Größe der Proteste gegen den Irakkrieg 2003 annehmen, als allein in Berlin regelmäßig fast eine halbe Million Menschen auf die Straße ging. Hierfür gibt es mindestens vier Gründe:

(1.) Auch wenn die Amerikafeindschaft in Deutschland stets unterschwellig vorhanden ist, braucht sie Gelegenheitsstrukturen, um aus der Latenz zu treten und sich massenhaft auf der Straße zu äußern. Die russische Regierung bemüht sich zwar, die Vereinigten Staaten als Drahtzieher des Regierungswechsels in Kiew darzustellen. Nichtsdestotrotz verhält sich Amerika im Ukrainekonflikt eher zurückhaltend. Dieses reservierte Vorgehen genügt noch nicht, um mehr als die üblichen Verdächtigen gegen Amerika mobilisieren zu können.

(2.) Die Pro-Putin-Front ist hierzulande zwar relativ groß. Dennoch steht ihr eine mindestens ebenso große kritische Fraktion gegenüber. In Vermittlung über die Sowjetunion wird Russland trotz aller Begeisterung immer noch als eine der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs wahrgenommen. Die Erinnerung an die rote Fahne auf dem Reichstag dürfte einem nicht unerheblichen Teil der Deutschen die vollständige Identifikation zumindest erschweren.

(3.) In seinen öffentlichen Ansprachen nimmt Putin Deutschland zwar regelmäßig explizit von der Kritik am Westen oder der EU aus. Trotzdem scheint das Verhältnis der Bundesregierung zur russischen Politik noch nicht eindeutig geklärt zu sein: Deutschland kann sich glücklicherweise noch nicht entscheiden, ob es den Bruch mit Amerika und dem Westen, der im Lavieren der Bundesregierung stets als Option angedeutet wird, offen vollziehen soll. Das heißt: Das zustimmende Signal von oben, ohne das die Menschen hierzulande in den letzten 25 Jahren nie massenhaft auf die Straße gegangen sind, um für den Frieden zu demonstrieren, bleibt vorerst aus.

(4.) Trotz aller Übereinstimmungen waren die Montagsdemonstrationen für die Mehrheit der Deutschen doch einen kleinen Tick zu abgedreht und irre, um große Verbrüderungen zu ermöglichen. Insofern muss man den Teilnehmern der Montagsdemonstrationen fast dankbar sein. Jürgen Elsässer ist das gelungen, was er als antideutscher Kommunist nie geschafft hätte: Er hat gemeinsam mit seinen Freunden, Genossen und Kameraden eine große deutsche Friedensbewegung verhindert. In diesem Sinn: Danke, Jürgen!

Andreas Halberstädter

EIN SATZ MIT X – DAS WAR WOHL NIX!

Mitte Oktober besuchte unsere Reporterin Frauke Zimmermann den queer-feministischen Workshop »Das nervt! – oder: Wie ›Spaßbremsen‹ und ›Correctness-gelaber‹ zur empowernden Identität werden können«, zu dem das Q. [kju_point] in Halle im Rahmen seiner queeren Veranstaltungswochen eingeladen hatte. Was Frauke Zimmermann dort erlebt hat, schildert sie in ihrem nun veröffentlichten Therapiebericht. Durch prozedurales Erinnern versucht sie, ihr Gender-Trauma zu verarbeiten und ermöglicht so einen einzigartigen Einblick in die Abgründe der hallischen Queer-Hölle.

»Kennst du das auch? Alle um dich rum lachen über eine antisexistische Sprachveränderung – und dir bleibt das Lachen im Hals stecken […] Du gehst nicht mehr in Seminare, weil du es nicht mehr aushältst, immer falsch gegendert zu werden, immer mit ›Frau‹ oder ›Herr‹ angesprochen zu werden. Du traust dich nicht anzusprechen, dass das Seminar nur aus weißen, nichtbehinderten Personen besteht und auch nur Texte von solchen Personen gelesen werden und diese Perspektiven als ›neutral‹ und ›normal‹ hergestellt werden?« Mit diesem Aufruf zum Workshop und gemeinsam mit den Berliner Referenten wird sich auf die Suche nach Mitstreitern im Queergefecht begeben.

Vier Stunden geballte queer-feministische Power aus Berlin?! Das kann ich mir doch nicht entgehen lassen und melde mich direkt an. Auch wenn ich der angelockten Klientel in keiner Weise gerecht werde. Geschlecht spielt in meinem Alltag nämlich keine große Rolle. Im universitären Betrieb sieht das schon wieder anders aus: »Gender Mainstreaming«, also die Gleichstellung der Geschlechter, wird propagiert und ist für eigentlich niemanden mehr ein Fremdwort. Mich im Workshop einzufinden, denke ich, wird mir nicht sehr schwer fallen. Schließlich bin ich durch mein Studium mit den Ansichten der Queer-Leute, die im Übrigen nichts mehr mit einem vertretbaren, gar vernünftigen Feminismus gemein haben, und dem Gender-Jargon vertraut. Was kann mich da noch aus der Ruhe bringen?

Zu Gast werden sein Lann Hornscheidt, Professorin für Gender Studies und Sprachanalyse am Zentrum für transdisziplinäre Geschlechterstudien der Humboldt-Universität zu Berlin, und Anna Damm, die gemeinsam die »AG Feministisch Sprachhandeln« ins Leben gerufen haben. Im Aufruf wird weiter noch betont, dass bei Kontaktaufnahme mit »Profx.« Lann Hornscheidt darauf geachtet werden soll, Anreden wie »Hallo/Guten Tag Lann Hornscheidt« oder »Sehr geehrtx Profx. Lann Hornscheidt« zu verwenden und doch auf alle zweigendernden Ansprachen wie Herr, Frau, Liebe/r zu verzichten. Spätestens jetzt bekomme ich ein mulmiges Gefühl und eine grobe Ahnung davon, auf was ich mich hier tatsächlich einlasse.

DIE LOKALITÄT

Ich mache mich guter Dinge auf den Weg in das kju_point in Halle. Wie der Name verrät ein Fluchtpunkt für alles, was unter den Begriff *queer* fällt bzw. aus der »normativen zweigeschlechtlichen Gesellschaft« herausfällt. Der Szene-Treff ist eine Art Café oder Bar und befindet sich direkt an der ruhigen und idyllisch gelegenen, an dieser Stelle achtspurigen, Paracelsusstraße. Es ist noch vor 12 Uhr und ich bin überpünktlich, wie sich das für eine rasende Reporterin so ziemt. Meine teilnehmende Beobachtung kann beginnen.

Im Eingang werde ich sogleich von einer Schaufensterpuppe mit Sturmmaske à la Pussy Riot begrüßt. Angekommen finde ich die Bar und ein paar Sitzmöglichkeiten vor und schnappe mir eine der vielen feministischen Zeitschriften. Beim Durchblättern stoße ich auf verstörende Bilder von nackten, unförmigen Männern in komischen Posen ohne Anhaltspunkt, was mir das als (für heute) queerfeministische Leserin sagen möchte.

Ich betrete den Veranstaltungsraum. Gehobenes Eckkneipen-Flair macht sich bemerkbar. Die matt-goldene Wandvertäfelung im 90er-Jahre-Kitsch auf der einen, die kleine Bühne auf der anderen Seite, legen nahe, dass hier in vor-verque(e)ren Zeiten irgendwann mal rauschende Familienfeste gefeiert oder zumindest der ein oder andere Absacker gekippt wurden. Aus einer tragenden Säule in der Mitte des Raumes ragt das rechte Bein einer männlichen Schaufensterpuppe mit Schuh, welches in den folgenden Stunden über den Köpfen der Teilnehmer thronen wird. Die dekorativen Elemente und das ästhetische Verständnis der Verantwortlichen lassen eher zu wünschen übrig. Na ja.

DIE MITINSASSEN

Der Raum füllt sich langsam. Es wird noch herumgewuselt, um mich herum gegenderter Smalltalk. Man scheint sich zu kennen oder zumindest grüppchenweise angetanzt zu sein. Alle freuen sich, hier sein zu können. Man ist in einer familiären Atmosphäre unter Gleichgesinnten und von Beginn an per Du. Nach knapp einer halben Stunde kommt man zur Ruhe und alle nehmen in einem Halbkreis mit Blick auf ein Whiteboard, Fenster und Stoßverkehr im Rücken, Platz.

Das angesammelte queer-freundliche Häufchen zählt nun um die 15 Personen. Auf dem Foto im Aufruf zur Veranstaltung konnte man es nicht wirklich deuten, aber jetzt scheint Lann Hornscheidt doch aus biologischer Sicht eine Frau zu sein. Lann ist leger männlich gekleidet, wobei Anna Damm eher aussieht, als käme sie mit ihren Sweatpants direkt von der Couch. Die zwei Referenten aus Berlin tragen beide einen unisex Kurzhaarschnitt und große dunkle Brillen.

Das scheint auch beim Blick durch die Runde derzeit hipp zu sein. Es ist alles in allem ein bunter linker Haufen aus gepflegt bis ungepflegt. Es gibt Frauen mit langen blauen Haaren, mit Sidecut oder Undercut, im Hipsterlook oder eher auf oll-ranzig mit ziemlich kaputten modrigen Chucks, aus denen schon die selbstgestrickten Socken quillen. Sogar im Rock traut man sich her. Eine Frau in Army-Boots, weiter Hose samt Hosenträgern und mit hochgegeltem Männerhaarschnitt scheint ihre sexuelle Identität besonders nach außen tragen zu wollen und lässt deshalb gewollt ihren kleinen grauen Damenbart stehen. Mir gegenüber gibt es noch mehr Bartwuchs, da es auch zwei biologisch männliche Queer-Exemplare zum Workshop geschafft haben. Von männlicher Dominanz kann aber nicht die Rede sein.

DER »DISKRIMINIERUNGSSENSIBLE« RAUM

Bevor der Workshop losgeht, kommen noch die Veranstalter zu Wort. Es wird betont, dass das kju_point Raum zur freien und kreativen Entfaltung gibt. Ein »diskriminierungssensibler Raum«, in dem keiner aufgrund von »rassistischen Zuschreibungen und anderer kursierender Diskriminierungsformen« verurteilt oder belästigt werden soll.

Es folgen jeweils nicht enden wollende, langatmige Monologe von Lann und Anna aus Berlin: Im Workshop soll es darum gehen, neue Argumentationsstrategien zu erproben, um mit Alltagssexismus »produktiv und empowernd für uns und andere« umzugehen. Lann macht von Anfang an klar, dass es den meisten Kritikern gar nicht mehr um Kommunikation, sondern nur noch ums Übertönen und Zumüllen ginge. Deshalb sei es vollkommen in Ordnung, nicht konstruktive Gespräche zu unterbinden, wenn es unangenehm wird.

X-BELIEBIGE SPRACHHANDLUNGEN

Nach unnötig langem Prozedere beginnt die Vorstellungsrunde. Jeder soll einen Klebestreifen mit »Name und Pronomen« sichtbar an der Brust anbringen und kurz von sich erzählen. Fremdbestimmung geht da gar nicht! Deshalb legt jeder selbst fest, was er lieber ist. Ein_e Sie*, ein_e Es, ein_e Er*, ein_e Si_r oder gar ein X. Lann möchte beispielsweise das Pronomen X tragen. Es gibt auch die Option »neutral«, bei der dann jedes x-beliebige Pronomen für eine Person benutzt werden kann. Einige wollten die Hälfte des Tages mit »sie« und die andere Hälfte mit »er« bezeichnet werden. Das komme immer auf die Gemütslage der Person an. Hier muss Anna aus Berlin dann auch eingestehen, »dass es da schon mal problematisch werden kann, weil man in Abwesenheit der Person nicht wissen kann, als was diese sich gerade fühlt«.

Für Leute, die sich mit keinem Pronomen dieser mannigfaltigen Ansammlung von flexiblen Unterstrichen und Sternchen identifizieren können, für die gibt es auch noch die Möglichkeit, gar kein Pronomen zu besitzen. Diese Leute wollen dann beispielsweise wie Anna, die Berlinerin in den Sweatpants, dass in ihrer Abwesenheit nicht über »sie« (x, y, z) gesprochen wird, sondern immer ihr Name genannt wird.

»FEHLER MACHEN IST ERLAUBT«

Nachdem sich die ersten Leute vorstellen, betont Lann, dass das hier ein kreativer Raum sei und man dürfe sich ruhig mal ausprobieren. Am Leitfaden der AG Feministisch Sprachhandeln solle man sich da aber schon orientieren, auch wenn das nur Vorschläge seien – Fehler zu machen sei natürlich erlaubt.

Bei der Anwerbung von potenziellen Jüngern ist Sprache als Medium der Distinktion unabdingbar. Um in die Sekte aufgenommen zu werden, ist es somit von höchster Wichtigkeit, den festgelegten Jargon und das aufgezwungene Sprachverhalten korrekt wiederzugeben. Zuerst sieht es so aus, als würde jeder den neuen Sprachhandlungen Folge leisten. Und alle Teilnehmer haben laut Pronomen plötzlich eine neue, unkonventionelle Genderidentität. Doch: Zwei Frauen in der Runde wählen ihr ursprünglichen Pronomen »sie«. Auch das nachgestellte Sternchen, Zeichen der »frauisierten Form« und Hinweis auf die Konstruiertheit der Rolle, lassen beide weg. Ich schätze mal, das fällt dann auch unter die Kategorie: Fehler machen ist erlaubt. Ein gewisser Druck zum Konformismus wird spürbar. Im Anschluss wird nochmal klargestellt, dass es sowas wie eine »Sie« ja gar nicht geben könne, da die Einteilung von Menschen in männlich und weiblich und die Entstehung des Begriffs »Frau« an sich schon Folge von Sexismus sei. Ist wohl doch kein so offener Raum hier.

KONSTRUKTE VS. NOCH MEHR KONSTRUKTE

Es wird immer absurder: Während man einerseits die radikale Abschaffung von Geschlecht fordert, geht es andererseits darum, alle Genderidentitäten in ihren Diversitäten ernstzunehmen und zu respektieren. Um auf die verschiedenen Identitäten aufmerksam zu machen, sei man folglich dazu genötigt, zu gendern. Obwohl Sprache prinzipiell schon und von Natur aus diskriminiere, sei Sprache auch die einzige Möglichkeit, die Welt für all die Genderidentitäten zu sensibilisieren, die aus der normativen Zweigeschlechtlichkeit herausfallen. Man habe das Ziel einer »kritischen Sprachintervention« eben dann erreicht, wenn Leute sich über die angebliche Unleserlichkeit von Wortneuschöpfungen echauffierten. Wenn man auf Ablehnung stößt, dann gilt grundsätzlich: Die Sprachintervention wirkt! Na dann ist das ganze ja ein Riesenerfolg!

Dass durch die zusätzlich konstruierten Genderidentitäten dem »Konstrukt Geschlecht« noch viel mehr Bedeutung zukommt als in der heteronormativen Gesellschaft, merkt hier niemand. Die zwei sozialen Konstrukte »Mann« und »Frau«, die dem Verständnis nach gar keine echten Identitäten sein können, sollen durch das Konstruieren »wirklicher« Genderidentitäten ausgehebelt werden. Auf penetrante Weise wird so genau das beschworen, was man eigentlich kritisiert. Mein Hirn versucht wie gewöhnlich, dem mir vorgekauten Inhalt mit logischem Denken beizukommen. Ein aussichtsloses Unterfangen.

DIE SELBSTHILFEGRUPPE

Ich habe das Gefühl, in einer Selbsthilfegruppe gelandet zu sein! Je weiter man in der Runde fortschreitet, desto länger und dramatischer werden die Klagegesänge über Alltagssexismus & Co. und desto öfter fällt das Wort »krass«. Eine Teilnehmerin beispielsweise schildert mit wehleidiger Miene, dass ihr Vermieter das Klingelschild gerade kürzlich erneuern ließ und anstelle des bloßen Nachnamens nun ein *Frau* Schulze zu lesen sei. Frechheit! Empörtes Kopfschütteln wohin man auch schaut. Wie kommen Leute denn dazu!? Man hat sich alle unfassbaren Erfahrungsberichte angehört und es folgen noch mehr vermeintlich emphatische Floskeln wie »Krass – Dass es sowas noch gibt!« oder »Muss ja schlimm gewesen sein für Dich!«. Anna und Lann merken sehr wohl, dass sie nicht mehr in ihrem behaglichen Gender-Correct-Nest Berlin sind. Zusammenfassend aber nichtssagend wird der »heteronormativen Gesellschaft« erneut ein »sexistischer und rassistischer Normalzustand« attestiert.

Die Vorstellungsrunde geht nach fast zwei Stunden zu Ende. Nun ist jeder mit Wunschnamen und Wahlidentität versorgt und ich glaube, jetzt kann sich endlich den theoretischen Inhaltslosigkeiten gewidmet werden. Denkste. Es wird eine Pause eingelegt. Zeit, sich von den »empowernden« Monologen und der Selbstviktimisierung zu erholen und die »krassen Geschichten« etwas sacken zu lassen.

FADER EINHEITSBREI

Die Zeit muss ja irgendwie gefüllt werden, wenn schon nicht mit Inhalt, dann doch bitte mit etwas Essbarem! In der Pause werden neben Kaffee auch Häppchen angeboten.

Schon Tage vor der Veranstaltung habe ich mir ausgemalt, was wohl an Fingerfood gereicht werden könnte. Gibt es so etwas wie Gender-Correctness auch beim Essen? Im Angesicht all der vielen, kreativen Sprachinterventionen scheint eine gender-neutrale Form von Essen längst nicht mehr undenkbar. Im Gegenteil: Vielleicht auch eine Art Queer-Marktlücke, schließlich heißt es ja nicht ohne Grund »Du bist, was du isst!«. Entgegen den phantasievollen Erwartungen fällt das Identitätsspektrum der Häppchen jedoch enttäuschend mager aus. Hier wird also *noch* nicht die Genderkeule geschwungen. Gereicht werden längliche Keks-Löffel mit staubiger Konsistenz und einem faden Klecks X, welches sich auf Nachfrage als vegane Pilzpampe herausstellt. (Vegan – wer hätte das gedacht! Mit Würstchen* hatte ich ja sowieso nicht gerechnet.) Bei näherer Betrachtung allerdings finde ich auch im veganen Unisex-Allerlei das ein oder andere Phallussymbol. Auch wenn ich die Pronomen des Fingerfoods nicht auf Anhieb ausmachen kann, versuche ich mein neuerlangtes Gender-Wissen aus der Vorstellungsrunde auf das Essen zu übertragen: Bei dem Keks handelt es sich folglich um einen typisierten Er*, der sich als X versteht. Nebenan gibt es dann noch gequeerl_ten Bohnen*Mi_x auf Paprikaspitzen. Wenn sich beim Anblick der Speisen bei mir verdächtigerweise ein gewisser Phallozentrismus einstellt, spricht freilich nur die sich reproduzierende Heteronormativität aus mir.

Als ich meine neuen Workshop-Freunde auf meine Entdeckung aufmerksam mache und sie an meinen treffenden Gedanken teilhaben lasse, verschallen meine Beobachtungen unkommentiert in weiteren Genderergüssen und Opfermärchen über die eigene Unterprivilegiertheit.

JA ALSO BEI ASTERIX UND OBELIX DENKE ICH AUCH IMMER AN PENIS

Hauptproblem: Männer gelten als Menschennorm. Da hilft nur eins: Sprachinterventionen! Lann kann, wie sie selbst sagt, keinen Roman mehr lesen, ohne nicht am liebsten mit dem Rotstift alles anzustreichen und korrekt zu gendern. Nur ein Bruchteil der Gender-Correctness soll in seiner Absurdität noch angesprochen werden: Die Wörter »Student« und »StudentIn« reproduzieren nämlich beide einen männlichen Habitus, da selbst in dem Wort »Studentin«, die männliche Form sozusagen als Wurzel enthalten ist. Es gilt daher, auf den Wortstamm von »Studierende« zurückzugreifen. Da Artikel im Allgemeinen auch ein großes Problem in den Augen der Sprach-Polizei darstellen, werden »der Student«, »die Studentin« zu »dix Studierx«. Gesprochen wird die X-Endung übrigens -iks. Dass man für »Professor« oder »Professorin« dann »Professix« sagt, klingt schlüssig. Lann ist davon so überzeugt, dass sie sogar in ihren »wissenschaftlichen« Veröffentlichungen an all diesen phantastischen wie auch x-beliebigen Sprachinterventionen festhält. Die X-Endung hat laut Erfinder den Vorteil, dass sie nicht nur die Männernorm in Frage stellt, sondern auch, ob es überhaupt nur die zwei Geschlechter, Männer und Frauen, gibt.

Wider meine Erwartung, gibt es dazu eine Wortmeldung. Allen Ernstes beschwert sich eine junge Dame, dass ihr bei den X-Endungen unweigerlich Bilder von Asterix und Obelix in den Kopf kommen und diese ja, wie wir alle wissen, männlich sind. Hätte von mir sein können! Aber ich wollte ja keine doofen Fragen stellen. Sie meint es allerdings ernst. Lann und Anna schmunzeln, aber lösen das Problem ganz einfach: »Das haben wir schon öfter gehört. Du bist nicht die Einzige, bei der diese Bilder ausgelöst werden. Man soll bei einem X nicht an etwas männliches denken. Wenn man beim Hören der neu-

tralen X-Form etwas männliches vor Augen hat, muss man dann natürlich nach einer neuen Endung suchen. Seid einfach kreativ!«

DER LKW

Lann und Anna wollen mit einem eindringlichen Beispiel vermitteln, wie machtvoll Sprache sein kann und weshalb man sich mehr auf die eigene Wahrnehmung und die eigenen Gefühle besinnen sollte. Dass dabei das Leid der Menschen, die an wirklichen Traumata leiden, relativiert und instrumentalisiert wird, scheint der Indoktrinierung mehr als förderlich zu sein:

»Wenn ein Kind einen Unfall mit einem LKW hat und später im Leben nur durch das Aussprechen des Wortes ›LKW‹ verletzt wird, weil es ein Trauma hat, dann wird man aus Rücksicht darauf verzichten, das Wort vor der Person auszusprechen. Das sollte genauso auch für andere verletzende Worte als Grundregel gelten. Ich verstehe nicht, wieso das so schwer zu verstehen ist!« Alle um mich herum stimmen nickend zu! Jetzt ist der Groschen gefallen! Meine Sitznachbarin guckt mir über die Schulter und sagt begeistert: »Wow, das ist so ein gutes Argument. Ein so guter Vergleich! Das muss ich mir auch aufschreiben!«

BE AWARE OF THE DEFINITIONSMACHT

Fühlt man sich diskriminiert, muss es von anderen anerkannt werden. Nach dem Motto: Andere hören, Rücksicht nehmen, selbst gehört werden. Wie ein Mantra schallt es durch den Raum. Die Gefühle, vor allem die negativen, können so irrational sein und so unreflektiert bleiben wie sie wollen. Das Gefühl hat sozusagen immer Recht und andere haben sich daran zu orientieren und sich dementsprechend zu verhalten. Bei Nachfragen, was denn diskriminierend sei, einfach tautologisch wie sonst argumentieren und ggf. im Jargon der Unterprivilegierten spezifizieren, dass etwas rassistisch, sexistisch, heteronormativ, verrückte-abwertend, bifeindlich, transfeindlich, körpernormierend, ableistisch, migratistisch oder arme-abwertend ist. All diese Begrifflichkeiten sind freilich komplett nichtssagend. Sie beschreiben nichts und erklären tun sie erst recht nichts. Wie im Workshop immer wieder deutlich gemacht wird, erhebt die feministische Queer-Bewegung diesen Anspruch auch gar nicht! Erkenntnisinteresse gleich Null. Besonders anschaulich wird dies an den besprochenen Argumentationsstrategien im Workshop. Im besten Falle läuft das dann so ab:

Wenn jemand beispielsweise eine sexistische (aka verletzende, diskriminierende) Äußerung macht (was an einer Äußerung sexistisch oder verletzend ist, kann natürlich nicht objektiv festgelegt werden und wird dabei selbstverständlich ganz allein der Willkür, pardon, den Empfindungen des vermeintlichen Opfers überlassen), sollte man vorerst bloß darauf hinweisen, dass sich andere durch gewisse Äußerungen diskriminiert fühlen könnten: »Das, was du da gerade sagst, ist sexistisch!«, »Das ist verletzend und diskriminiert!«. Auf keinen Fall auf die irrwitzige Idee kommen und nachfragen, *wieso* jemand solche Sachen sagen könnte! Gerade Fragen nach möglichen Motiven seien kontraproduktiv, da es nicht die Aufgabe antisexistischer Interventionen sei, die Beweggründe von Sexisten zu verstehen und außerdem derartige Fragen nur Raum für weitere Diskussionen eröffnen könnten. In denen würde dem Sexisten dann nur ermöglicht, weiter darüber zu »verhandeln«, was doch eigentlich eindeutig sei: dass nämlich sexistische Kommentare grenzüberschreitende, diskriminierende Sprachhandlungen sind. Und überhaupt: Sexisten wollten und könnten im Grunde sowieso kein konstruktives Gespräch führen! Sollte sich das Sexisten-Problem also durch bloßes Finger-Draufzeigen nicht gelöst haben, hilft es im nächsten Schritt seine Meinung bei Bedarf auch in Dauerschleife zu wiederholen, bis man seinen Kindskopf durchgesetzt hat. Gerade mit Gequengel à la »Lass das, ich hass' das!« wie z.B. »Das will ich nicht!«, »Ich fühle mich dadurch gestört!« oder »Sexistische Äußerungen mag ich nicht!« sollen klare Grenzen aufgezeigt werden. Wenn man sich auch nach wiederholtem Verweis auf die eigenen Bedürfnisse, nämlich wenn möglich kritischen Nachfragen – die am Ende noch zum Reflektieren der eigenen Sache anregen könnten, Gott bewahre! – aus dem Wege zu gehen, noch immer mit dem Sexisten herumschlagen muss, darf man auch mal genervt reagieren. Aber Vorsicht, nicht in die missliche Lage kommen und sich rechtfertigen! Im Workshop wird immer wieder betont, sich nicht einwickeln zu lassen. Vermutlich weil mittlerweile klar sein sollte, dass man sonst von der eigenen theoretischen Inkonsistenz und Scheinargumentation eingeholt würde.

Hat der vermeintliche Sexist nach der Fremdzuschreibung noch immer Redebedarf darüber, was denn sexistisch, rassistisch oder dergleichen an seinen Äußerungen sei, dann ist das auch wieder eine klare Grenzüberschreitung. Schließlich wurde ihm ja grade in Dauerschleife mitgeteilt, dass er doch Rücksicht auf die eigenen Wünsche und Bedürfnisse zu nehmen hat. Die Opferspirale setzt sich also fort. Die Logik dahinter ist ganz einfach: Verweist man auf seine Wünsche, wird ein »netter Mensch« diese akzeptieren. »Nette Menschen hören doch auf, wenn man Nein sagt, oder?« Tut er dies nicht, ist er folglich nicht nett, nimmt nicht ernst und will auch kein konstruktives Gespräch. Da man in einem Gespräch schnell merkt, ob das Gegenüber einem gut gesinnt ist, oder einfach nur anstacheln möchte, kann man das Gespräch auch ganz schnell abbrechen. Und nun kommt die Quintessenz des Workshops: »Sachen stehen lassen!«, wie Lann immer wieder mit cholerisch anmutendem Pathos erklärt. »Ihr habt diese Option. Habt Mut, ein Gespräch abzubrechen! Im Zweifel einfach gehen. Diskussionen sind nicht immer auch Kommunikation! Wenn ihr merkt, dass da Abwehr kommt, einfach sein lassen. Wieso Kraft aufwenden und Energie verschwenden?! Man lässt sich ja nicht wegen eines Mangels an Argumenten nicht auf blöde Nachfragen ein! Sondern weil das Gegenüber nicht empfänglich ist!« Denken ist eben kräftezehrend, da gebe ich den Berlinern recht.

RAUM FÜR NONSENS

Den naiven Rekruten wird ein gezieltes Abblocken von Kritik als unschuldige Konfliktvermeidung, die vorgibt auf Wohlfühlatmosphäre und Harmonie aus zu sein, verkauft. Ein Trugschluss, denn versöhnen will hier niemand. Da bei so einem Queer-Workshop das Thema FLTI*-Räume zum Pflichtprogramm gehört, wird nun über die Notwendigkeit der »zu schützenden Freiräume« schwadroniert, die als Rückzugsort vor den abermals dämonisierten »Cis-Männern« fungieren. Das sektiererische, geistige Abschotten findet seine traurige Umsetzung in »separatistischen und empowernden Räumen«. Dort ist und bleibt man unter sich. Ein Raum also von »reinste[r] Akzeptanz«, der die Indoktrinierung noch beschleunigt und die vermeintlich Diskriminierten in ihrer Ich-Schwäche noch bestärkt.

HERRSCHAFTSAUSÜBUNG IM HERRSCHAFTSFREIEN RAUM: EINFLUSSGEWINNUNG GEGLÜCKT

Der Workshop nähert sich seinem Ende. Der Höhepunkt musste aus Zeitgründen ausfallen: Keine Rollenspiele auf der Bühne. Ein enttäuschtes Raunen geht durch den Raum. Oh, wie schade! Mir kann das nur recht sein. Neben dem routinierten Gestöhne über Alltagssexismus hätten mir dramatisch in Szene gesetzte Leidensgeschichten und schlechtes Laienschauspiel vermutlich den Rest gegeben. Was nun folgt, ist aber nicht minder eklig. Eine halbstündige Feedbackrunde darf doch nach so einem tollen Workshop nicht fehlen. Alle werden zum Schluss nochmal richtig sentimental: »Was für ein Glück, an dem Workshop teilgenommen zu haben!«, »Nur hier darf man seinen Gefühlen freien Lauf lassen und seine Meinung frei äußern!« Stimmt: Hier muss man sich weder für seine Ansichten rechtfertigen, noch Kritik begegnen, die für die Anwesenden ja an sich schon eine Grenzüberschreitung darstellt. Allianzen wurden hier auf jeden Fall geknüpft. Alle wollen sich bald wiedersehen und jeder einzelne bedankt sich bei Anna und Lann dafür, dass sie in der Zukunft genau wissen, was zu tun ist, wenn's mal wieder droht unangenehm zu werden: Aufstehen und gehen. Da scheinen sich alle in ihrer Denkfeindlichkeit einig zu sein.

Was für eine Wandlung! So ein kollektives Bad im Selbstmitleid wirkt wahre Wunder. Aus den bedrückten Opfergesichtern strahlt ein ungeahnt erhabenes Lächeln. Den privilegierten Gruppen moralisch überlegen, schiebt sich die Masse aus Ich-Schwachen, die für mich auf ihrer abgeschotteten Insel unerreichbar bleiben, an der Riot-Pussy vorbei Richtung Straße.

I'LL TAKE YOU TO THE WORKSHOP, I'LL LET YOU LICK THE LOLLIPOP

Als ich die Irren der Hilfe zur Selbsthilfe aka den »Workshop« verlasse, fühle ich mich tatsächlich so, als hätte ich schwere geistige Arbeit geleistet. Mein Kopf glüht. Das war doch eindeutig ein Übergriff auf meine Ratio!

Auch noch Tage nach dem Workshop scheinen mir die Pronomen auf Schritt und Tritt zu folgen: Nicht mal zwei Wochen nach dem Meeting der Selbsthilfegruppe im kju_point begegnen mir fünf Stück von ihnen vor dem Eingang der Reilstraße 78. Anlass: Der Vortrag von Justus Wertmüller (»Infantile Inquisition – Die neuesten Übergriffe der Definitionsmacht«) soll gestört und wenn möglich verhindert werden. Oh Schreck, nicht schon wieder dieser fade Einheitsbrei von neulich! Dass die Genderpolizei da natürlich nicht fehlen darf, wundert nicht weiter. Schließlich sind alle Teilnehmer so unglaublich gestärkt in ihrer Rolle als Opfer aus diesem empowernden Workshop hervorgegangen, dass so eine Veranstaltung ja gerade recht kommt, um das Gelernte anzuwenden. Unter einem Transparent mit der Aufschrift »Lollis für die armen Jungs, die ihre Privilegien abgeben müssen« werden vor dem Eingang Lollipops, Muffins und Kuchen verteilt.

Während ich so in der Kälte stehe, werden mir immer wieder Backwaren angeboten, die ich allerdings aufgrund meiner schlechten Erfahrung mit Queer-Food dankend ablehnen muss. Wie im Workshop, darf auch hier bei der Vermittlung von verque(e)ren Weltanschauungen Essen nicht fehlen. Dass der Antisexismus auf Kritik, die an das eigene politische Versagen erinnert, mit bloßem Beißreflex reagiert, bewahrheitet sich auf eine real erlebbare Art und Weise: Es scheint in das Konzept zu passen, von der eigenen Willkür und Inkonsistenz durch ein paar Goodies ablenken zu wollen. Schließlich darf man da endlich mal ungescholten und zügellos lechzen, sabbern und anknabbern – sogar ohne vorher um Erlaubnis zu fragen.

Frauke Zimmermann

»WAS TUN, WENN NICHT STERBEN?«

EIN MILIEU ZWISCHEN TODESPANIK UND TODESWUNSCH

In der schönsten Jahreszeit umtrieb Halles linksliberale Bewohnerschaft nur eine Sache: der Tod. Harald-Jürgen Finke fragt sich: Warum?

Das monatlich erscheinende Programmheft des örtlichen Bürgerradios Corax trug im April den Titel: »Der Tod ist ein Skandal!«. Zeitgleich gastierte im Foyer der Kulturstiftung des Bundes am Franckeplatz das »Archiv der Untoten«. Die Ausstellung dokumentierte eine Kongress genannte Veranstaltung, bei der sich Künstler, Wissenschaftler und Philosophen vor Jahren in Hamburg über die »Grauzonen des menschlichen Daseins« ausließen. An der örtlichen Kunsthochschule Burg Giebichenstein reichten Design- und Kunststudenten im selben Monat ihre Arbeiten für einen Wettbewerb namens »Yolo [You only live once, Anm. d. Red.] – This is the end …« ein, den das Interdisziplinäre Zentrum für Palliativmedizin am Universitätsklinikum Düsseldorf ins Leben gerufen hatte, um den »gesellschaftlichen Diskurs über Tod und Sterben« voran zu treiben. Im Mai sprang der Arbeitskreis Kritische Intervention auf den Zug auf. Nachdem er Kunst und Religion jeweils eine eigene Vortragsreihe gewidmet hatte, übertitelte er seinen neuesten Diskursbeitrag mit »Tod und Gesellschaft – Von der Notwendigkeit und Unmöglichkeit über den Tod zu sprechen«. Im Oktober präsentierten schlussendlich die Bürgerstiftung Halle gemeinsam mit dem Kinderkunstforum eine Ausstellung namens »Der Tod tanzt« im Ratshof, bei der unter anderem Zeichnungen von Grundschülern der Montessorischule gezeigt wurden.

NOTWENDIGKEIT UND BEDÜRFNIS

Alle reden über den Tod. Und nicht nur Radio Corax und die Kritische Intervention verkaufen dabei ihre persönliche Vorliebe als objektive Notwendigkeit: Man müsse über den Tod sprechen, da dieser gesellschaftlich verdrängt sei. Wie etwas verdrängt sein kann, über das eine halbe Stadt monatelang spricht, bleibt indes offen.

Zwar ist sich die Redaktion von Corax nicht sicher, ob es möglich ist, den Tod »denkend zu bestimmen«, wie es im Editorial ihres Programmheftes heißt. Ausschlaggebend für die letztendliche Wahl des Monatsthemas sei jedoch die »Notwendigkeit« gewesen, »eine Kritik am [Umgang mit dem] Tod formulieren zu wollen«. Es genügt ein flüchtiger Blick in das besagte Programmheft, um einen Eindruck davon zu erhalten, was es mit der ominösen »Kritik des Todes« auf sich hat: »Dass jeder zu früh stirbt, spricht weniger gegen den Tod, als gegen das Leben, das er beim Warten auf sich selbst zu überfallen pflegt. Was am Tod gefürchtet wird, ist die ständige Möglichkeit, noch vor dem Leben zu sterben. Fast undenkbar, für dieses Leben auch noch mit so etwas wie dem Tod bestraft zu werden. Ist das Leben der allermeisten mit sich selbst nicht erschöpfend abgebüßt?« Offensichtlich richtet sich die Kritik weniger gegen den Tod – der lässt sich auch ebenso schlecht kritisieren, wie mieses Wetter –, als gegen sein Gegenstück. Das Thema scheint nicht zuletzt als Vorwand zu dienen, die tiefsitzende Enttäuschung über das eigene Leben niederzuschreiben.

Auch die Kritische Intervention hegt Zweifel, ob es überhaupt möglich ist, etwas über den letztendlichen Gegenstand ihrer Veranstaltungsreihe auszusagen. So heißt es im zugehörigen Ankündigungstext – teilweise wortgleich zum »Corax«-Programmheft: »Im Gegensatz zum Sterben, diesem körperlichen und oftmals schmerzhaften Prozess, scheint es unmöglich den Tod sinnvoll zu fassen: den Tod denkend zu bestimmen, überschreitet die Grenzen des Bestimmbaren.« Aber auch bei ihr ist das Bedürfnis offensichtlich größer gewesen, als die Skepsis: »Doch jede Beschäftigung mit dem Tod einzustellen, Tod und Sterben voneinander getrennt zu betrachten, greift zu kurz.« Zwar geht aus dem Ankündigungstext nicht hervor, worin die Notwendigkeit genau bestehen soll, von der sie im Titel ihrer Reihe spricht. Jedoch deutet sich auch bei ihr an, dass es bei der vordergründigen Beschäftigung mit Sterbehilfe, pränataler Diagnostik und Hirntod weniger um eine profane Kritik medizinischer Praxis und gesellschaftlicher Vorstellungen geht. Der Ankündigungstext ihrer Reihe hinterlässt mit seiner zuweilen halbsakralen Sprache und seinen nebulösen Andeutungen vielmehr den Eindruck, als stände unmittelbar das eigene Leben zur Diskussion: »In ›einer Welt, in der es längst Schlimmeres zu fürchten gibt als den Tod‹ [Theodor W. Adorno] bleiben Fragen: Wie ist es in diesen Zuständen um die Hoffnung bestellt, das Leben nicht vom Tod diktieren zu lassen? Wenn die gewalttätige Abkürzung des Lebens, die gerade in den verschiedenen Formen der Todessehnsucht ihren Ausdruck findet, nichts anderes ist, als die Dementierung des Glücksversprechens: Ist die Aufforderung, das Ende seines Lebens selbst zu bestimmen, kaum mehr als eine voreilige Versöhnung mit Naturkräften?«

Nicht zuletzt die erregte Sprache lässt den Verdacht aufkommen, dass die ins Feld geführte Notwendigkeit weniger in einem objektiven Gebot, als vielmehr in einem inneren Drang besteht. Bereits das Ausmaß dieser obsessiven Beschäftigung– die Liste von Radio Corax, Kritische Intervention, Kulturstiftung des Bundes, Burg Giebichenstein, Bürgerstiftung und Kinderkunstforum ließe sich erweitern – legt den Gedanken nahe, dass das Sprechen über Tod und Sterben ein allgemeines Bedürfnis erfüllt.

DAS LEBEN ALS PFLEGEFALL

Wenn sich die Lebenden über den Tod und das Sterben unterhalten, scheint nicht immer klar zu sein, worüber sie genau sprechen. Bereits bei der Kritischen Intervention und Radio Corax kommt die Angst zum Ausdruck, dass der »Tod das Leben diktieren« und die Menschen »vor dem Leben sterben« könnten. Auch für die Kuratoren der Ausstellung »Archiv der Untoten« beginnt die »Grauzone des menschlichen Daseins« nicht erst mit dem Hirntod oder dem Koma, sondern mit der Entbindung. In dem Programm des dokumentierten Kongresses heißt es entsprechend: »Wir modernen Menschen haben Schwierigkeiten, dem Tod einen Ort in unseren Lebensvollzügen einzuräumen. Vielmehr wird das Leben *gehegt* und *gepflegt* [Hervorhebung, Harald-J. F.]: Durch präventive Gesundheitspolitik und Optimierungstechniken (chirurgisch, pharmakologisch, maschinell, psycho-

logisch) verlängert es sich, der Tod wird hinausgeschoben, das Sterben immer besser administriert. Und eines steht fest: Wir alle werden in die Situation kommen, zweifelhafte Entscheidungen getroffen zu haben, die uns überfordert haben werden und die sich rechtlich, symbolisch und menschlich auf einem schmalen Grat bewegen.« Nicht nur Kranke und Alte, sondern die modernen Menschen insgesamt erscheinen hier als Pflegefälle, deren Leben unter anderem durch »psychologische Optimierungstechniken« und gesundheitspolitische Anstrengungen verlängert wird.

Tatsächlich kann man auf den Gedanken kommen, bereits das Schattenreich zu bewohnen. Angesichts einer Gruppe von Menschen, die an einer Haltestelle im Winter auf den Bus wartend auf ihre Smartphones starren, verliert sich mitunter das Bewusstsein vom Unterschied zwischen Zombie und Nachbar. Doch nicht aufgrund eines Fortschritts – etwa bei der »präventiven Gesundheitspolitik« – ähnelt das Leben zuweilen dem Tod, sondern aufgrund der Abwesenheit jeder tatsächlichen Entwicklung. Im Kontrast zu der hohen Frequenz, mit der sich die technologischen Veränderungen und der Austausch des Warensortiments vollziehen, erscheinen die gesellschaftlichen Verhältnisse umso statischer. Jede als »Revolution« angekündigte Neuerung erinnert die Menschen daran, dass sich in ihrem Leben eigentlich nichts tut. Nicht der technologische Fortschritt ist schuld daran, dass sie wie in die Jahre gekommene Pflegefälle wirken, sondern ihre gesellschaftliche Ohnmacht. Und diese dringt dem Einzelnen vollends ins Bewusstsein. Selbst diejenigen, die nicht von Hartz IV und Karitas leben, empfinden ihren Lohn nicht als Gegenwert für ihre Arbeit, sondern insgeheim als Gratifikation. Sie erahnen ihre Entbehrlichkeit. Auch die bürgerliche Ideologie ist nahezu verschwunden, die den Erfolg an die Leistung geknüpft wissen möchte. Und so bleibt der Einzelne weitestgehend zur Passivität und Anpassung verdammt. Seine Apathie wird dadurch befördert, dass jede individuelle Initiative von vornherein als aussichtslos, mitunter sogar als unkalkulierbares Wagnis erscheint. Auf das panikerregende Gefühl ihrer Überflüssigkeit und in dem partiellen Bewusstsein ihrer Ohnmacht reagieren die Menschen jedoch nicht, in dem sie sich gegen ihre Zurichtung zu Wehr setzen, sondern in dem sie sich mit ihrer gesellschaftlichen Rolle gewissermaßen identifizieren: Um die Sicherheit und Ruhe zu erhalten, die ihnen vorenthalten wird, sind sie bereit die Verantwortung für ihr Leben abzugeben. Das Seniorenstift wird so nicht nur zum Abbild, sondern auch zum Ideal einer Gesellschaft, in der die meisten Menschen darauf hoffen müssen, dass man sich bis zu ihrem Ende um sie kümmert.

Vor diesem Hintergrund gewinnt der Tod seine Bedeutung. Er spiegelt den Menschen ihr Schicksal wider, mit dem sie unversöhnt sind. Auf der Grundlage der Angleichung von Leben und Tod erblicken sie in ihm einerseits eine Erlösung, markiert doch die Grabesruhe das Ideal, nach dem sie sich sehnen. Und zum anderen mahnt er sie an die Hinfälligkeit ihrer sozialen Existenz: Das Gefühl der Überflüssigkeit und des Ausgeliefertseins steigert die Furcht zu sterben bis zur Panik. In dem Maße, in dem sich Leben und Tod aneinander angleichen, verschwindet auch die Differenz zwischen dem Wunsch zu krepieren und der panischen Angst davor. Die Faszination von Bildern, die Fütterungen von Wachkomapatienten und zuckende Hirntote zeigen, wie sie im »Archiv der Untoten« dokumentiert sind, beruht auf der Ähnlichkeit zwischen Motiv und Betrachter. Diese gesellschaftlich vermittelte Bedeutung des Todes dürfte der Grund für die obsessive Beschäftigung mit ihm sein. Die Auseinandersetzung mit aktiver Sterbehilfe und pränataler Diagnostik bietet verdrängter Todessehnsucht und -panik ein Podium. Es stellt sich die Frage, weshalb die Möglichkeit zu sterben ausgerechnet Menschen umtreibt, die sich nach eigenem Selbstverständnis dem Leben verschrieben haben.

MITTELSTAND UND TOD

Hierfür dürften vor allem zwei Gründe entscheidend sein: Das linksliberale Milieu speist sich überwiegend aus dem Mittelstand und dieser hat im Unterschied zum sozialen Bodensatz tatsächlich noch etwas zu verlieren. In der obsessiven Beschäftigung mit dem Tod dürfte sich nicht zuletzt die Angst vor dem eigenen Abschied niederschlagen. Hierbei hat sich die Furcht vor dem sozialen Niedergang weitestgehend verselbstständigt. Sie haftet nur bis zu einem gewissen Grad an der konkreten beruflichen und finanziellen Situation. Denn je mehr Erfolg und Leistung entkoppelt sind, desto unvorhersehbarer wird auch der Misserfolg. Zudem hat die Einführung von Hartz IV dazu beigetragen, dass niemand mehr auf einen sanften Abstieg hoffen darf. So ist die Bedrohung gewachsen. Sie wird selbst noch von denjenigen empfunden, für die grundsätzlich noch Verwendung auf dem Arbeitsmarkt besteht. Inwieweit die Abstiegsangst tatsächlich noch Funktion des gesellschaftlichen Status ist, spielt bei dem Milieu zwischen Kunsthochschule, Bürgerradio und Politzirkel ohnehin nur entfernt eine Rolle. Denn für angehende Künstler, Medienmenschen und Geisteswissenschaftler hat die Sorge, sich eines Tages in die Schlangen beim Arbeitsamt einreihen zu müssen, eine äußerst reale Grundlage.

Die gesellschaftliche Lage des linksliberalen Milieus dürfte noch auf eine andere Art und Weise mit hineinspielen: Im Gegensatz zu denjenigen, die den Abstieg nie erlebt haben, die den Prekariatstitel ererbt haben, dürfte es dem Mittelstand aufgrund seines relativen Besitzes schwieriger fallen, die Trostlosigkeit seines Daseins seiner materiellen Situation zuzuschreiben. Denn das meiste von dem, was die Welt an Konsumgütern und Dienstleistungen zu bieten hat, befindet sich in seiner Reichweite. Doch die offerierten Waren erwecken nicht nur seine Sehnsucht, sondern auch seine Abscheu. Ob Stereoanlage mit sechsfachem CD-Wechsler oder ferngesteuertes Modellflugzeug im Selbstbauset, unweigerlich denkt er an den nutzlosen Ramsch, den er zuhause bereits stehen hat. Gewissermaßen gewinnt so das Unglück des Mittelstandes eine existenzielle Dimension. Denn während die Warenwelt auf die Abgehängten der unteren Schichten eher noch einen Reiz ausüben kann, allein weil sie ihnen größtenteils unzugänglich ist, befördert sie bei ihm verstärkt die Lebensüberdrüssigkeit.

ENGAGEMENT UND FRUSTRATION

Diese Überdrüssigkeit spricht die Zuhörerschaft von Radio Corax offen aus. Sie kann dem Fortschritt bei der präventiven Verbrechensbekämpfung, internationalen Diplomatie und prophylaktischen Medizin nur wenig abgewinnen. Ihrem Empfinden nach verlängert er nur die Strafe, die sie noch abzubüßen hat. Auf die Frage »Was tun, wenn nicht sterben?«, die der Sender seinen Hörern im erwähnten Programmheft stellte, antwortet sie: »Alles und alles überleben – den Tod herausfordern, ihn suchen – ihm zur Hand gehen – Ohne ihn kein Leben.« (André), »Ich würde mich mit vollen Kräften ins Lebens stürzen, wenn die Rettung vor dem Tod meinem Leben noch so viel Kraft übrig lässt.« (Günther), »Dann müsste ich mit meiner Verantwortung für die Erde richtig ernst machen und würde deshalb (noch mehr) darauf achten, dass unser Planet nicht vergiftet, zugemüllt, zubetoniert, verwüstet, zerstört wird …« (Helmut), »Wahrscheinlich würde ich große Angst vor den vielen Menschen haben, die ja nicht sterben … Lebensräume … Ressourcen … Ich würde versuchen irgendwo anders Land zu gewinnen. Auf dem Mond, oder dem Mars, ein Atlantis gründen etc.« (Karin). Die Aussicht auf ewiges Leben wird vor allem als Bedrohung empfunden. Als würde das eigene Schicksal tatsächlich unmittelbar von Überbevölkerung und Umweltverschmutzung abhängen, ruft sie vor allem gesteigerten Aktivismus und ökologische Horrorszenarien hervor. Unmittelbar wird die Frage nach der eigenen Existenz zu einer Frage nach dem Weltuntergang. Anscheinend gibt es einen tief liegenden Zusammenhang zwischen Engagement und Lebensüberdrüssigkeit.

Um gewahr zu werden, dass die ehrenamtliche Aufopferung für Natur und Gemeinschaft nicht selten von Frustration geprägt ist, genügt ein Blick in die verhärmten Gesichter vermeintlicher Überzeugungstäter. Würden sie ihren Einsatz für eine bessere Welt für eine selbstverständliche Ehrensache halten, müssten sie ihre Mitmenschen nicht unentwegt ihrem Tun aussetzen, geschweige den vermeintlichen Delinquenten nachstellen, die den Tugendkatalog nicht verinnerlicht haben. Die Verbissenheit der Engagierten erklärt sich aus der Bedeutung, die die Gesinnungsmeierei für das eigene Leben hat. Sie dient nicht zuletzt der Rationalisierung der eigenen Lebenssituation. Die ehrenamtliche Arbeit und stete Tugendhaftigkeit muss als Erklärung für das Scheitern an anderer Stelle herhalten. Hätte man seine Zeit nicht für den Schutz der Auenwälder verwand, die Ehe

wäre nie zu Bruch gegangen. Und hätte man die Ellenbogen wie die Anderen ausgestreckt, man wäre auch schon Abteilungsleiter. Allein schon die mit dem Engagement untrennbar verknüpfte Überzeugung, dass die höheren Werte die ideellen wären, dass bei der Beurteilung eines Menschen seine Fähigkeit zur Aufopferung und Großherzigkeit also seinem erworbenen Wohlstand und der erarbeiteten Position vorzuziehen sei, trägt dazu bei, die eigene Existenz ins gewünschte Licht zu rücken. Das Engagement befriedigt mit anderen Worten den drängenden Wunsch, die insgeheim als mittelmäßig empfundene Biografie in eine Märtyrer- und Heldengeschichte umzuschreiben. Es stellt eine Möglichkeit zur Kompensation und Frustrationsabfuhr bereit. Eben aufgrund dieser Bedeutung für die eigene Gewissensökonomie werden Ressourcenverschwendung, Artensterben und Kernspaltung unmittelbar zum persönlichen Schicksal. Und so kehren Todesangst und Todeswunsch verpuppt in den apokalyptischen Warnrufen vor vermeintlich drohenden ökologischen Katastrophen wieder.

AM ENDE

Wenn es das Milieu zwischen Radio Corax, Kulturstiftung des Bundes, Burg Giebichenstein und Kritischer Intervention vorerst beim Reden über den Tod belässt, so besteht noch Hoffnung. Bei aller Resignation existiert anscheinend noch einen Erwartung, dass es etwas besseres als das bestehende Leben geben muss. Bleibt es jedoch dabei, wird sich nie etwas zum Besseren wenden. Wem beim Gedanken an ewiges Leben nichts anderes einfällt, als mit seiner »Verantwortung für die Erde richtig ernst« zu machen, der erhält mit anderen Worten irgendwann den Lohn für seine Selbstzurichtung. Anstatt sich im Schatten der bewusstlos fortschreitenden Geschichte derart vorauseilend in die staatsbürgerliche Rolle einzufügen, müssten die Menschen ankämpfen gegen ihre Degradierung zu Sozialhilfe- und SAT-Empfängern. Erst dann bestände wirklich Grund zur Hoffnung, dass der Tod eines Tages nicht mehr das Leben diktiert.

Harald-Jürgen Finke

ABER HIER LEBEN, NEIN DANKE!

Als im Juli 2014 einige rumänische Familien in das hallische Plattenbauviertel Silberhöhe zogen, organisierten sich sofort mehrere hundert einheimische Stammesbewohner auf Facebook, um die Vertreibung der neuen Nachbarn zu fordern. Unterstützung erhielten sie vom lokalen Bundestagsabgeordneten Christoph Bergner (CDU), dem ehemaligen Ministerpräsidenten Sachsen-Anhalts, der ihrer Onlinepetition Anerkennung zollte und dafür bekannt ist, dass er für jede Schweinerei zu haben ist. Er geriet erst Anfang des Jahres in die Schlagzeilen, als herauskam, dass er den Verein Leo e.V. aus Sangerhausen unterstützt, der »Heilungstherapien« für Homosexuelle anbietet. Auch die Stadtoberhäupter reagierten prompt auf den virtuellen Mob und erhöhten die Präsenz von Ordnungsamt und Polizei im Viertel, die erstaunlicherweise herausfanden, was ohnehin jeder wusste: Keine der Anschuldigungen gegen die neuen Nachbarn, von zunehmender Vermüllung bis zu erhöhter Kriminalität, konnte bestätigt werden. Mitte August fand in der Plattenbausiedlung eine regionale Antifa-Demonstration mit dem Motto »Schnauze in der Platte – gegen die Fremdenfeinde in der Silberhöhe« statt, auf der die widerwärtigen Verhältnisse im Viertel kritisiert wurden. Den autochthonen Anwohnern wurde vorgeworfen, den Dreck des eigenen Viertels auf die neuen Nachbarn zu projizieren. Eine wütende Meute aus Fußballschlägern des Halleschen Fußballclubs (HFC), Müttern mit Kinderwagen und Silberhöhe-Rentnern fand sich am Tag der Antifa-Intervention zur äußerst bierseligen Heimatverteidigung zusammen. Mit dem Banner »Wir wohnen hier – wo wohnt ihr?« und aggressivem Gebaren versuchten die Bewohner, ihre Scholle gegen die Fremden aus der Innenstadt zu verteidigen. Auch die hallische Zivilgesellschaft rund um das Bündnis gegen Rechts wollte die Verunglimpfung des Viertels nicht hinnehmen und bot sich mit der Facebookseite »Halle sagt JA: Hallenserinnen und Hallenser für Roma und für die Silberhöhe« als Konfliktmanager uns Assiflüsterer an. Bald darauf gab es erste Angriffe auf die neuen Nachbarn in der Silberhöhe: Eine Gruppe Kinder und Jugendlicher griff eine 26-jährige Rumänin und ihren zweieinhalb Jahre alten Sohn an. Angespornt durch diese Tat ihrer Zöglinge, setzte der Rest der wütenden Plattenbewohner die kursierenden Phantasien zur Gründung einer Bürgerwehr in die Tat um. Die »Bürgerwehr« kündigte an, von nun an regelmäßig das Viertel bestreifen und dabei Jagd auf zugezogene Roma machen zu wollen. Folgenden Redebeitrag hielt die AG »No Tears for Krauts« auf der oben genannten Antifa-Demonstration.

Wenn sich irgendwo im Osten eine Meute zusammenschließt, um gegen Ausländer mobil zu machen, dann sagt das mehr über die Meute aus als über das Verhalten der Ausländer. Es ist unnötig, den Bewohnern der Silberhöhe vorzurechnen, dass der Ausländeranteil in ihrem Viertel – inklusive der EU-Mitbürger – bei gerade einmal fünf Prozent liegt. Die sich derzeit überwiegend auf Facebook austobende Meute hetzt in einem üblen Jargon gegen 60 zugezogene Roma. Ihr Vokabular verrät, dass diese Menschen mit ihren Tiraden weniger die neuen Mitbewohner als sich selbst meinen. Die Vorwürfe gegen die Roma, dass sie Müllberge hinterlassen, in Grünanlagen urinieren und auf Parkbänken saufen würden, zielen auf das ab, was zahllose Bewohner der Silberhöhe selbst den lieben langen Tag tun. Solche durchschaubaren Projektionen legen nahe, dass diejenigen die »Assis« sind, die gegen die Roma hetzen. Asoziale sind sie nicht im Sinne des Wortes, in dem es gegen sogenannte Sozialschmarotzer verwendet wird, sondern in seiner eigentlichen Bedeutung: Unfähig, ein halbwegs vernünftiges Miteinander zu pflegen. Unfähig, die eigenen Bedürfnisse mit denen der Mitmenschen zu arrangieren. Und unfähig, das eigene Verhalten auch nur rudimentär zu reflektieren. Sie sind außerstande, gemeinsam auch nur zwei Minuten an einer Sache zu arbeiten, sofern es nicht gerade um den HFC oder die wenigen Ausländer im Viertel geht.

Man kann diesen Menschen nicht vorwerfen, dass sie in ihrer übergroßen Mehrheit keine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, ihr Leben lang auf staatliche Leistungen angewiesen sind und es kaum aus eigener Kraft schaffen, ihre Situation finanziell zu verbessern. Aber man kann den Jennys, Nancys und Ronnys vorwerfen, dass sie es sich in diesem Elend einrichten. Sie lassen sich gehen, werden bzw. bleiben äußerlich und innerlich hässlich und sind hasserfüllt. Sie verachten ihre Nachbarn genauso wie sich selbst. Ihren Kindern, ihren Lebensgefährten und ihren vermeintlichen Freunden begegnen sie mit ungefilterter Feindseligkeit. Wenn sie nun gegen die im Viertel lebenden Roma vorgehen, tun sie dies, um endlich einmal selbst nach unten zu treten. Sie schieben den Zugezogenen genau jene Asozialität unter, die sie selbst kennzeichnet.

Aus diesem Grund sind sie keine Spießbürger, wie es im Aufruf zu dieser Demonstration heißt. Ein Spießbürger zeichnet sich durch den Versuch der Überanpassung an bürgerliche Normen wie Ordnung, Reinlichkeit und Rechtsstaatlichkeit aus. Er neigt zu Pedanterie, verfolgt Übertretungen der Normen obsessiv und belästigt vermeintliche Sünder gerne mit Anzeigen und Meldungen. Sympathisch ist er mit Sicherheit nicht. Andererseits sind sogenannte Spießbürger – im Übrigen ein Feindbild, das Nazis, Linke und Biofreunde eint – selbst erpicht darauf, gesellschaftliche Umgangsformen einzuhalten. Sie legen Wert auf Höflichkeit, halten sich an Konventionen und dürsten eher selten danach, angebliche Volksschädlinge selbst zur Strecke bringen. Das Pack aber, das sich in der Silberhöhe gegen Roma zusammenfindet, ist nicht spießbürgerlich. Es würde die Fremden am liebsten lynchen, wenigstens aber vertreiben. Es geht ihm nicht um eine saubere Reihenhausfassade, sondern um die Verfolgung selbst. Wenn es dafür von einem volldebil anmutenden Ex-Ministerpräsidenten Zuspruch erhält, der dafür sorgt, dass Ordnungsamt und Polizei den Roma auf die Pelle rücken, fühlt

es sich für seine Hetze belohnt. Am liebsten jedoch möchte man selbst »aufräumen« und »ausmisten«, anstatt die Freude an der Verfolgung den staatlichen Behörden zu überlassen.

Im Gegensatz zu den Veranstaltern dieser Demonstration fordern wir nicht die Umsiedlung der Anwohner dieses hässlichen Viertels. Wir wünschen stattdessen den Romafamilien ein Leben in einem deutlich schöneren Umfeld, in dem man ihnen nicht feindselig begegnet. Wenn sie denn unbedingt in Halle bleiben wollen, böten sich etwa das bildungsbürgerliche Paulusviertel oder das alternative Mühlwegviertel an. Asozialität und Irrsinn sind zwar auch dort keine Seltenheit – sie haben nur eine andere Ausprägungsform als im Plattenbau angenommen. Aber zumindest die Wohnungen und die Umgebung sind schöner, und wenigstens in der Öffentlichkeit geht es nicht ganz so handfest zu wie in der Silberhöhe. Die autochthonen, hetzenden Zahnlosen sollen jedoch gefälligst hier bleiben und sich gegenseitig das Leben zur Hölle machen. Wenn sie ihre aggressiven Triebe nicht mehr auf ein gemeinsames Feindbild richten können, fallen sie wieder übereinander her. Sie haben sich gegenseitig verdient!

AG »No Tears for Krauts«, 8/2014

AM ENDE: KONFORMISMUS. ZUM LINKEN ANTISEXISMUS.

Linke Partys gleichen Bürgerkriegen: Überall drohen Gewalttätigkeiten, Übergriffe und Vergewaltigungen. Selbst beim Gang zur Bar oder zur Toilette ist mit zutiefst traumatisierenden Erlebnissen zu rechnen. Das legen zumindest die zahllosen Plakate, Flyer und Broschüren nahe, mit denen die erwarteten Gewalttäter im soziokulturellen Zentrum Reilstraße 78 in Halle von ihren Plänen abgehalten und potentielle Opfer gewarnt werden sollen. Tatsächlich ist alles ganz anders: In der Regel sind die Reilstraßen-Partys nicht nur friedlich, sondern auch noch langweilig. Wenn ein Gast ausnahmsweise einmal verbal entgleist, sind die obligatorischen »Haus-Plena« und »Veranstaltungsgruppen« über Wochen hinweg damit beschäftigt, über den Vorfall zu diskutieren. Die Warnungen vor Übergriffen, Entgleisungen, zu viel Alkoholkonsum usw., die in jüngster Zeit vor allem von sogenannten »Awareness-Teams« verbreitet werden, haben weniger mit der Realität als mit der spezifischen Konstitution der linken Szene sowie den dazugehörigen Vorstellungen von Sexualität und Subjektivität zu tun. Sie sind Ausdruck davon, dass sich die altautonome Rede von der »Definitionsmacht« entgrenzt hat. Derartiges wurde von der AG Antifa bereits vor mehr als sieben Jahren demontiert. Der damalige Anlass war die Ankündigung der Leipziger Antifagruppe (Lea), nicht mehr mit der AG Antifa zusammenarbeiten zu wollen. Zuvor war eine gemeinsame Veranstaltung in Magdeburg geplant worden, mit der eine kleine israelsolidarische Antifagruppe, das Antifa Info-Portal (AIP), gegen die dort dominanten antiimperialistischen Schläger unterstützt werden sollte. Die Begründung für die Aufkündigung der Zusammenarbeit war folgende: Gegen einen Referenten, den die AG zu einem Vortrag über Antisemitismus und Antiamerikanismus im Hip-Hop eingeladen hatte, bestehe ein szeneinterner Vergewaltigungsvorwurf. Die AG fragte daraufhin in einem Text nach den Hintergründen und der inneren Logik des autonomen Antisexismus. Wir haben uns aus drei Gründen entschieden, die damalige Stellungnahme zu dokumentieren. Erstens wollen wir mit unseren bescheidenen Mitteln dazu beitragen, dass sich so etwas wie ein historisches Bewusstsein herausbildet: Hierfür ist nicht zuletzt das Wissen über die Hintergründe und Vorläufer gegenwärtiger Debatten nötig. Zweitens gehört er zu den besten Texten, die zur Frage des »Definitionsrechts« und den Funktionsweisen linker Zusammenschlüsse geschrieben wurden. Und drittens sollen die Diskussionen vorangetrieben werden, die durch eine Veranstaltung mit dem Bahamas-Redakteur Justus Wertmüller, die von der AG Antifa als Reaktion auf die neuesten »Übergriffe der Definitionsmacht« (so der Untertitel des Vortrags) in der Reilstraße organisiert wurde, vorangetrieben werden. Der Text der AG Antifa erschien 2007 in der zweiten Ausgabe der Bonjour Tristesse und ist auf unserer Homepage nur noch eingeschränkt zugänglich.

1.

Die alten Arbeiterparteien, revolutionären Bünde und Zirkel trugen Doppelcharakter: Sie waren Kampforganisationen, in und mit denen sich das revolutionäre Subjekt von der »Klasse an sich« zur »Klasse für sich« entwickeln sollte. Und sie waren – damit unmittelbar verbunden – ein Instrument, mit dessen Hilfe die Verhältnisse zum Tanzen gebracht werden sollten.

Spätestens seitdem die Abschaffung des falschen Ganzen nicht mehr auf der Tagesordnung steht, hat sich der Charakter der linken Organisationen gewandelt. In einer Zeit der verstellten Praxis, in einer Zeit also, in der keine Veränderungen herbeigeführt werden können, die diesen Namen verdienen, bleibt den Organisationen nur noch die Möglichkeit, ihre Mitglieder zu verändern. Ihr früherer Doppelcharakter hat sich in schlechte Eindeutigkeit aufgelöst. Die linken Organisationen haben sich vom Instrument und der Kampforganisation in den sozialen Ort verwandelt, an dem ihre Mitglieder ihre Freizeit verbringen. Und tatsächlich: Ohne die Option auf Veränderung sind die – teilweise durchaus nützlichen – Aktivitäten der diversen linken Gruppen nur noch schwer von einem Hobby zu unterscheiden.[1] Wie das Sammeln von Briefmarken, der Modellbau oder das Züchten von Blumen zielen auch sie weniger auf das Resultat als auf den psychischen Gewinn hin, der beim Werkeln eingefahren wird. Die Verhältnisse haben somit selbst ihren Kritikern das revisionistische Motto »Der Weg ist das Ziel« aufgezwungen. Beim Plakatmalen oder im Transparentworkshop können sich die Einzelnen, die ihre Subjektivität und Spontaneität zwangsläufig verloren haben, vormachen, dass es gerade auf sie ankommt; bei den permanenten Feldzügen gegen rechte Vertriebsstrukturen kann die Ahnung bekämpft werden, dass das Leben auch ohne Naziläden nur selten wesentlich schöner ist.

Die diversen linken Gruppen haben darüber hinaus noch eine weitere Funktion: Beim wöchentlichen Gruppentreffen mit anschließendem Kneipenbesuch trifft man auf Gleichgesinnte, »die den oftmals verzweifelten Einzelnen Halt geben, Familienersatz bieten, und denjenigen, die aufgrund ihrer verschrobenen Vorstellungen und Spleens anderswo keinen Anschluss finden, Sozialkontakte bescheren«.[2] Die Gruppe ist also im Wortsinn eine »politische Heimat«; sie ist, wie jeder, der einmal in einem der diversen Politzirkel aktiv war, bestätigen kann, soziale Bezugsgröße und Therapiekreis in einem. Mit ihr soll – insbesondere in autonomen Kreisen, die diese Funktionen nicht verzweifelt als von den verhärteten Verhältnissen aufgezwungen, sondern sie fröhlich als ihren eigentlichen Zweck (Motto: »Freiräume schaffen!«) begreifen – den Zumutungen der feindlichen Außenwelt entflohen werden. Die Gruppe soll die ersehnte Geborgenheit und Wärme bieten, die anderswo nur schwer zu finden sind, und eine Art sozialen Schutzraum schaffen. Eine regionale Antifagruppe, die immer wieder mit mäßig witzigen Bildergeschichten über die Erlebnisse ihres Plüschtiermaskottchens Poldi berichtet, schob dem Spielzeugdrachen nach einer Gruppenexkursion dann auch die entsprechende Erkenntnis unter: »Rückblickend weiß Poldi, dass er viel gelernt hat, aber auch, was ihm gefehlt hat – eine feste Bezugsgruppe! […] Aber jetzt weiß Poldi, dass Gruppen schön und wichtig sind …«[3]

2.

Die autonomen Schutzräume – und um die soll es im Folgenden gehen[4] – sind in der Regel nach dem Muster der Kinderbande, wie sie z.B. in Yves Roberts Film *Krieg der Knöpfe* von 1961 beschrieben wird, geschaffen. Und das hat seinen Grund: In der Phase der Kindheit, die hier simuliert wird, war scheinbar noch alles in Ordnung. Hier war man noch nicht schonungslos mit den Schwierigkeiten des Lebens, dem Arbeitsmarkt, der Kontaktpflege und der Entscheidungsfindung, konfrontiert. In der Nähe der Eltern, Tanten, Großeltern oder in der Kinderbande, deren Innenleben sich tatsäch-

lich von der Erwachsenenwelt und ihrer instrumentellen Vernunft unterschied, fühlte man sich geborgen und behütet. Insbesondere in der frühkindlichen Phase war man zudem eins mit der Welt und wurde für die eigenen Handlungen noch nicht verantwortlich gemacht. Vor allem aber, so malt es das gängige Bild, war man der oft als Zumutung und Last empfundenen Sexualität noch nicht ausgesetzt. Das Gefühl des Hin- und Hergerissenseins, des unerfüllten Verlangens, des Zurückgewiesenwerdens, das oft weitaus demütigender ist, als die Mobbingattacken der Kollegen, das teilweise selbstzerstörerische Verlangen nach Hingabe bis zur Selbstaufgabe, die sexuellen Unsicherheiten: all das, so lautet die landläufige – und in ihrer Absolutheit irrige (Stichwort: kindliche Sexualität!) – Vorstellung, war noch unbekannt.

Bis vor einigen Jahren war in der autonomen Ikonografie noch deutlich zu erkennen, dass die Kinderbande und die Zeit der Präadoleszenz der autonomen Gruppenlandschaft als Vorbild dienten. Unzählige Plakate, Buttons und Aufkleber waren mit Bildern der »kleinen Strolche« und anderer scheinbar widerständiger Kinder geschmückt; ganze Politvereine besorgten sich die Pippi-Langstrumpf-Titelmelodie als Klingelton für ihr Handy. Ende der 1990er Jahre wurden die Schöpfungen Astrid Lindgrens schließlich von japanischen Manga-Comics, Bart Simpson, der auf Antifaplakaten mit Steinschleuder und Skateboard auf Nazijagd ging, oder – als regionale Besonderheit Sachsen-Anhalts – dem Kelloggs-Tiger vertrieben. Auch diese Zeit scheint zwar allmählich ihrem Ende zuzugehen. Es fällt allerdings nicht schwer, das schon erwähnte Plüschtiermaskottchen Poldi als Fortsetzung dieser Infantilikonografie zu begreifen. (Nebenbei: Poldi hat als Drache, wie von seinen menschlichen Freunden kürzlich nach einer Exkursion in die Queer-Szene Seattles erklärt wurde, selbstverständlich kein Geschlecht.)[5] Anderswo findet man das Kind in sich mit anderen Mitteln: In einigen Städten führt die autonome Szene ihre »Zusammenhänge« und »Strukturen«, ihre »emanzipatorische Politik«, ihren »emanzipatorischen Anspruch«, ihre »Praxis […], die eine Kritik an der gegenwärtigen Gesellschaft einschließt«, und ihre »Verantwortung«[6], ihren ganzen autonomen Politkitsch und Wortmüll also, inzwischen teilweise unter dem Label der Israelsolidarität fort; die autonom-infantile Begeisterung für Wimpel, Vereinsabzeichen und Bekenntnis-Buttons macht sich hier in den absurdesten Formen an den Symbolen Israels fest.[7]

3.

Ganz der Logik der stetigen Kindheitssimulation folgend, sind die autonomen Gruppenangehörigen alles: kreativ, kämpferisch, solidarisch, kraftvoll und treu bis in den Tod. Sie dürfen nur eins nicht besitzen: Sexualität. Lange bevor der Begriff »queer« in Mode kam, waren die Mitglieder autonomer Zusammenschlüsse in Dresscode, Frisur und selbst im Habitus nur noch schwer voneinander zu unterscheiden. Männer wie Frauen entsprachen dem Ideal des toughen, aber doch sensiblen Streetfighters. Darüber hinaus war und ist trotz des obligatorischen Pärchens, das zu jeder Gruppe gehört, in den entsprechenden Vereinen eine merkwürdig desexualisierte Etikette zu beobachten, die tatsächlich an die Umgangsformen der »kleinen Strolche« erinnert. Das Verhältnis ist kameradschaftlich-kollegial.

Das Dumme ist: Die Sexualität bricht immer wieder in die desexualisierten Räume der heilen autonomen Gruppenwelt ein. Von Party zu Party, in einsamen Momenten oder nach einer gelungenen Demo zeigt sich, dass die Vereinsmitglieder doch ein Triebleben besitzen. Was nun über kurze oder lange Zeit folgt, stellt die ohnehin zerbrechlichen Zusammenschlüsse stets potentiell zur Disposition. Die Konflikte des echten Lebens, denen sie durch den Gang in die Gruppe entkommen wollten, holen die Flüchtigen ein. Gruppeninterne Auseinandersetzungen sind dabei nicht nur aufgrund der nur eingeschränkten Sozialkontakte, die Eifersüchteleien fast automatisch nach sich ziehen, vorprogrammiert. Oft genug auch brechen die Zusammenschlüsse nach der Trennung des oder der Gruppenpärchen, der kurzen Liebelei oder der einmaligen Suspendierung des kameradschaftlichen Verhältnisses zugunsten einer nächtlichen Zweisamkeit auseinander. Doch selbst wenn der Verein diese Auseinandersetzungen übersteht, ist danach oft nichts mehr wie zuvor. Politische Streitigkeiten werden in Folge regelmäßig an der Paarbruchlinie neu sortiert; die Wohlfühlatmosphäre leidet unter den nur halbherzig als politische Auseinandersetzungen getarnten Zankereien der vormals Verliebten.

Zu dieser eher randständigen Infragestellung des Schutzraumes gesellen sich andere, ungleich bedeutendere Überforderungen der Gruppenmitglieder. All die weiterhin vorhandenen Triebe, Wünsche und Phantasien, die über die gerade noch offiziell anerkannte und nur ex negativo kommunizierte Sexualmoral der Szene – die sich im Übrigen nicht allzu sehr von der der spießig-muffigen Aufklärungsliteratur der fünfziger Jahre unterscheidet[8] – hinausgehen, lassen sich nicht so einfach verdrängen. Vor dem Hintergrund dieser Überforderungen muss in einer Art Ersatzhandlung regelmäßig die Sau durchs Dorf getrieben werden. Die eigenen Wünsche, Triebe und Phantasien, von denen die Gruppenangehörigen sich und ihre »politische Heimat« stets bedroht sehen, werden dabei von der eigenen Person oder Gruppe abgespalten, auf andere Personen projiziert und an der Figur des tatsächlichen oder vermeintlichen Vergewaltigers, des Täterschützers oder des Täterschützerkollektivs exorziert. Im Verfolgungs- und Sanktionsbedürfnis gegen den Sexisten können die unterdrückten Triebe also einerseits in veränderter Form ausgelebt werden. Andererseits kann am exterritorialisierten Gegner der Zusammenhalt des autonomen Kollektivs gestärkt werden. Und tatsächlich funktionieren die verschiedenen Gruppen, die nicht nur durch den regelmäßigen Einbruch der als bedrohlich empfundenen Sexualität stetig prekär sind, nur in der Krisensituation reibungslos[9]; den Zusammenhalt und die Gemeinschaft, die die verzweifelten Einzelnen in der Gruppe suchen, gibt es tatsächlich nur im Kampf gegen äußere Gegner. Bei dieser verzweifelten Suche nach Gegnern, die die autonome Welt zusammenhalten, dem Gerede über die Herrschaft des Patriarchats und Täterschützer fällt dem Gruppenzusammenhang nicht einmal auf, dass er sich in seinem Verfolgungseifer gegen tatsächliche oder vermeintliche Vergewaltiger der Gesellschaft, vor der er doch permanent auf der Flucht ist, wieder annähert. Eine Umfrage, die kürzlich im Auftrag des Rundfunks Berlin Brandenburg (RBB) durchgeführt wurde, ergab: 60 Prozent der befragten Brandenburger sprachen sich dafür aus, die Namen von Sexualstraftätern zu veröffentlichen (35 Prozent waren dagegen); 80 Prozent forderten ihre dauerhafte Verwahrung.[10]

4.

Es ist dabei nur logisch, dass sich die Szene ausgerechnet am Bild des Vergewaltigers abarbeitet. Genauso wie die autonomen Gruppeninsassen den Einbruch der eigenen Triebe in ihren heilen Schutzraum nur als Gewaltakt begreifen können, können sie sich eine Sexualität, die über die Sexualmoral der Szene hinausgeht, nur als Gewalt oder Folge »struktureller Gewalt« vorstellen. Der Vergewaltiger dient als Chiffre für die Zumutungen der Gesellschaft, vor denen man auf der Flucht ist. Er soll damit weniger für das bestraft werden, was er konkret getan hat. Ebenso wenig werden an ihm die tatsächlichen Widerwärtigkeiten und Gewaltakte, denen Frauen oft ausgesetzt sind, bekämpft. An ihm soll vielmehr exemplarisch und stellvertretend jede Sexualität, die den autonomen Sexualkodex verlässt, abgewehrt werden. Sexuelle Belästigung wird hier schnell zum Synonym für die Belästigung durch die Sexualität. Das Desinteresse am tatsächlich Geschehenen – das nicht mit der Abscheu vor Sensationsgier zu verwechseln ist – zeigt sich nicht zuletzt darin, dass die autonome Gruppenlandschaft nicht erst dann in aufgeregte Spannung versetzt wird, wenn ein Vergewaltigungsvorwurf erhoben wird. Es genügt vielmehr das Gerücht, dass ein solcher Vorwurf besteht. Ganz in diesem Sinn forderten uns mehrere langjährige und verdienstvolle Genossen auf, die oben genannte Veranstaltung abzusagen. Warum, so der Tenor, sollte doch allgemein bekannt sein. War es allerdings nicht – ebenso wie sie haben wir die einschlägigen autonomen Anklageschriften weder gelesen noch diskutiert.

Das gleiche Desinteresse, das die antipatriarchalen Kämpfer den tatsächlichen Handlungen des Täters entgegenbringen, ist auch im Umgang mit der betroffenen Frau zu beobachten. Auch wenn die beteiligten Gruppen immer wieder das Gegenteil behaupten, geht es bei der Sexistenhatz und den Sanktionen gegen Täter und Täterschützer weni-

ger um den bitter nötigen Schutz vergewaltigter Frauen. Trotz des Voyeurismus', der bei den einschlägigen Kampagnen regelmäßig zu beobachten ist, interessieren sie sich nur am Rande für die einzelne Frau und ihren konkreten Fall. Das immer wieder gepriesene Konzept des »Definitionsrechts der Frau« blendet die Spezifika des jeweiligen Falls, das individuelle Erleben und Leiden der Frau gerade dadurch aus, dass es alles unter einen Begriff von Vergewaltigung subsumiert, der kaum weiter zu fassen ist.

Zur Erklärung: Die Idee des »Definitionsrechts der Frau« ist wohl einmal entstanden, um betroffenen Frauen einerseits die demütigende und erneut verletzende Schilderung ihrer Misshandlung vor Gericht, die widerlichen Fragen nach ihrer Kleidung, ihrem Liebesleben usw. zu ersparen. Andererseits sollte sie dem konkreten Leiden der Frau und ihrem individuellen Fall nach Aussage seiner Anhänger gerecht werden. Gerade in Hinblick auf dieses zweite Ziel versagt dieses Definitionsrecht allerdings. Hier ist ihm selbst das – ebenfalls nicht sonderlich taugliche – positivistische Strafrecht überlegen. Das Strafgesetzbuch ist zwar genauso wenig in der Lage, das individuelle Leid der Betroffenen zu erfassen. In seiner Unterscheidung zwischen Vergewaltigung, sexueller Nötigung, sexuellem Missbrauch und sexueller Belästigung blitzt jedoch zumindest der Versuch auf, dem individuellen Fall und dem konkreten Leiden der betroffenen Frau durch definitorische Abgrenzung zu anderen Fällen gerecht zu werden. Dies ist nach den Maßgaben des »Definitionsrechts der Frau« nicht mehr möglich. So wurde in der Autonomen-Postille *Interim* vor einigen Jahren folgendes diskutiert: Einer Frau wurden von ihrem Partner im Halbschlaf sexuelle Avancen gemacht, sie wies ihn zurück, wurde daraufhin ohne weiteres in Ruhe gelassen – und brachte das Ganze via *Interim* vors Szenegericht.[11] Der autonome Gerichtshof stritt zwar noch darüber, ob die Handlung des Mannes als Übergriff oder Vergewaltigung zu werten sei. Die Diskutanten waren sich jedoch, wie die Gruppe Les Madeleines in einer Broschüre ausführte, einig: »Sexuelle Avancen einer Frau gegenüber, die, gerade aufgewacht, noch nicht alle ihre sieben Sinne beisammen haben mag, erfüllen in jedem Falle den Tatbestand der sexistischen Grenzverletzung.«[12] Die Frau, die ihr Privatleben in dieser Form öffentlich machte, fühlte sich von ihrem Partner zweifellos gedemütigt – sonst hätte sie sich wohl kaum an die *Interim* gewandt. Wer diese Demütigung jedoch unter den Stichworten »Vergewaltigung«, »versuchte Vergewaltigung« usw. diskutiert, relativiert nicht nur den Begriff von Vergewaltigung, er oder sie verharmlost ebenfalls nicht nur eine Vergewaltigung im juristischen Sinn. Mit solchen Debatten werden zugleich diejenigen Frauen verhöhnt, die, wie es im notwendigerweise grauenhaft-sachlichen Duktus des Strafgesetzbuches heißt, mit »Gewalt oder durch Drohung mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben« »zum Beischlaf« genötigt wurden, die also geschunden, misshandelt und gequält wurden und mit den psychischen wie physischen Folgen oft ein Leben lang zu kämpfen haben.

5.

Die Zeiten ändern sich manchmal doch noch. In dem Augenblick, in dem bestimmte Konstellationen, Entwicklungen und Zusammenhänge auf ihren Begriff gebracht werden können, sind sie oft bereits am Zerfallen begriffen. Noch Ende der 1990er Jahre war die Szenelandschaft nach einem Vergewaltigungs- oder Täterschützervorwurf in heller Aufregung. Es wurde die berühmte Öffentlichkeitsarbeit betrieben, Steckbriefe wurden angefertigt und in andere Städte verschickt, Rundbriefe wurden geschrieben, Telefonkonferenzen abgehalten, Privatadressen veröffentlicht, unbeteiligte Gruppen, Infoläden und »Kneipenkollektive« verfassten Stellungnahmen, Freundinnen und Freunde so genannter Täterschützer wurden aus linken Kneipen geprügelt usw. Seit einigen Jahren vollzieht sich dieser antipatriarchale Kampf – auch wenn gelegentlich retardierende Momente zu beobachten sind – immer häufiger im Halbverborgenen. Ein Beispiel: Vor einigen Jahren wies die Crew eines Lautsprecherwagens einen Mann, gegen den ihrer Aussage zufolge ein Vergewaltigungsvorwurf bestand, ohne Rücksprache mit dem Vorbereitungskreis von einer regionalen Antifademonstration. Eine hallische Antifagruppe, die an den Demo-Vorbereitungen beteiligt war, beschwerte sich über dieses Vorgehen, wurde daraufhin als Täterschützergruppe denunziert und aus einem internen Kommunikationsportal geworfen. Anders als erwartet, wurde allerdings auf die bis dahin üblichen öffentlichen Verlautbarungen verzichtet, die Entfernung aus dem Portal erfolgte still und heimlich.[13] Auch im aktuellen Fall lief die Aufkündigung der – erst noch geplanten – Zusammenarbeit nur über den internen E-Mail-Verkehr; die öffentliche Schlammschlacht, der Furor und das Bekennertum blieben aus.

Diese Veränderungen lassen vermuten, dass die autonome Zwangsmoral brüchig geworden ist.[14] Die antipatriarchalen Bannflüche scheinen von den Gruppenmitgliedern immer weniger aus Überzeugung getragen zu werden. Sie scheinen vielmehr auf einer Mischung aus Konformitätsdruck und Unterwerfungsbereitschaft zu basieren. Nur so ist es zu erklären, dass Leute, die dem *Bahamas*-Text *Infantile Inquisition* – Uli Krug und Justus Wertmüller kritisieren hier die autonomen Vorstellungen von Sexualität[15] – vor einigen Jahren noch einiges abgewinnen konnten, plötzlich die Position ihres neuen Vereins übernehmen und zu Verteidigern des autonomen »Definitionsrechts der Frau« werden. Nur so ist es zu erklären, dass Leute, die selbst bereits das Opfer einer antipatriarchalen Fatwa waren, bereit sind, Kontaktsperren zu so genannten Täterschützern mitzuverhängen. Und nur so ist es zu erklären, dass Gruppenmitglieder ihre Augen angesichts des Verfolgungseifers ihrer Genossen zwar hinter vorgehaltener Hand verdrehen, die entsprechenden Entscheidungen allerdings trotzdem abnicken.

Diese Mischung aus Konformitätsdruck und Unterwerfungsbereitschaft zeigt noch einmal, was ohnehin bereits klar sein dürfte: Der Glaube, den Anmaßungen der Außenwelt durch die Flucht in die Gruppe entgehen zu können, ist nicht nur in Hinblick auf die vermeintlichen Zumutungen der Sexualität illusionär. Im Verhältnis des Einzelnen zum Gruppenzusammenhang spiegeln und verdoppeln sich vielmehr seine Beziehungen zur Gesellschaft. Durch die Flucht in die Gruppe laufen die Fliehenden, wie Wolfgang Pohrt vor einigen Jahren feststellte, »exakt den Verhältnissen in die Arme, denen sie zu entkommen trachteten: stumpfsinnige Arbeit und Langeweile, Reglementierung und Kontrolle, Verdummung und Behinderung, Konformitätsdruck und Zankerei, Selbstpreisgabe des eigenen Verstandes und Unterwerfungsrituale als Preis dafür, geduldet zu werden«.[16] Dass sie bereit sind, diesen Preis zu zahlen, sagt nicht nur etwas über sie selbst aus. Ihre Bereitschaft ist zugleich ein unfreiwilliges Plädoyer für die Abschaffung der Verhältnisse, die auch ihre Gegner so zurichten, dass sie keine Bedingungen stellen, wenn sie nur irgendwo dabei sein dürfen. Das Problem – und damit sind wir wieder am Anfang angelangt – ist jedoch: Diese Zurichtung wird nur noch von marginalisierten Diskussionszirkeln als Argument für die Abschaffung des falschen Ganzen begriffen.

AG Antifa, 3/2007

Anmerkungen:

1 Zum folgenden vgl. Jan Gerber: Me and my Monkey, in: Phase 2 19 (2005).

2 Ebd.

3 Vgl. venceremos.antifa.net.

4 Ein Hinweis: Die klassische autonome Szene oder Gruppe, die sich aus Rasta-Trägern rekrutiert, deren Mitglieder vor dem Betreten des schwarzen Blocks das Levis-Schild von ihrer Hose entfernen, beim Plenum unter »Sonstiges« vegane Rezepte austauschen usw., ist bekanntermaßen kaum noch existent. Der Begriff »autonom« wird im Folgenden dann auch nicht an Äußerlichkeiten oder Dresscodes festgemacht, sondern – ganz so wie es auch die alte autonome Szene verstanden wissen wollte – als gemeinsame »Haltung« begriffen. Die Stichworte, mit denen diese Haltung umschrieben werden kann, lauten »Politik der ersten Person« und »Freiräume schaffen«. Gefühl und Befindlichkeit (der Bauch also) werden gegen Reflexion und Rationalität gesetzt, Kampf oder Aktion ist weniger Mittel als existentieller Zweck usw. Und diese letztlich vitalistische Haltung ist in der Linken nach wie vor weit verbreitet.

5 Vgl. ebd.

6 Alle Formeln sind einem Text der Gruppe Lea entnommen. Leipziger Antifa (Lea) and Friends: Roadmap. Politische Mindeststandards gegen linken Antizionismus.

7 Um nicht falsch verstanden zu werden: Es ist immer noch besser, dass Israel solche Freunde hat als gar keine. In der existentiellen Bedro-

hungssituation, in der sich der jüdische Staat seit einiger Zeit befindet, kann er jeden Beistand gebrauchen. Man sollte sich nur keine Illusionen über die Qualität dieser Freundschaft machen. Eine Freundschaft, die vor allem auf der Begeisterung für Politkitsch, Anhänger, bedruckte Mützchen und Tassen, Pilgerreisen usw. basiert, kann den Gegenstand dieser Freundschaft schnell wieder wechseln. Man kennt das aus der Kindheit, deren Konservierung sich die autonomen Gruppe ja auf ihre Fahnen geschrieben haben: Vor einigen Wochen konnte kein Schritt ohne den braunen Teddy gemacht werden, jetzt liegt er unbeachtet in der Ecke, weil sich das Bedürfnis nach Nähe, Kuscheln usw. plötzlich am Plüschtierhasen festmacht.

8 Wie sich diese Moral in Kleidungsvorstellungen widerspiegelt, konnte vor einigen Jahren in Halle beobachtet werden. Einige Autonome boykottierten damals ein Benefiz-Konzert für die Antifa Merseburg. Der Grund: Das Konzert wurde mit einem Plakat beworben, auf dem eine junge Frau – originellerweise eine Mangazeichnung – einen Nazi verprügelte. Da die Frau ein modisches Top trug und bauchfrei war, wurde der Antifa Merseburg Sexismus vorgeworfen. Welchen Kleidungsstil die Anti-Pat-Kämpfer präferierten, zeigten sie einige Zeit später, als in einem linken Zentrum, der Reilstraße 78, ein Plakat ausgehangen wurde, das für ein großes, auch in Szenekreisen beliebtes Musikfestival warb. Auf dem Plakat war eine leicht bekleidete Frau zu sehen. Die selbsternannten Antisexisten überklebten daraufhin alle als anrüchig begriffenen Körperteile mit schwarzem Klebeband und verpassten der Figur damit gewollt oder ungewollt ein Kleidungsstück, das exakt an eine Burka erinnerte.

9 Vgl. Punkt 5. Vor diesem Hintergrund ist auch das permanente Kampagnen-Hopping autonomer und »postautonomer« Gruppen zu verstehen. Sie dürfen nie stillstehen; um der immer drohenden inneren Krise zu entgehen, müssen sie sich stets aufs Neue ins Getümmel stürzen.

10 RBB: Brandenburg aktuell vom 17. März 2007.

11 Vgl. Les Madeleines: Das Borderline-Syndrom. Beitrag zu einer erfolgreich verhinderten Diskussion, Bremen 2001.

12 Vgl. ebd.

13 Ein Treppenwitz am Rand: Diese »Täterschützergruppe« gehört zu den Unterstützern der Erklärung Roadmap, die wiederum mit dem Signum »Lea and friends« unterzeichnet ist.

14 Während die einen den autonomen Feminismus der 1980er Jahre trotzig verteidigen, bemühen sich andere schon seit längerer Zeit um vermeintliche Tabubrüche. Demonstrationen erinnern an Umzüge von Männerbünden, Polizisten werden als Schwuchteln bezeichnet, Frauen als Fotzen beschimpft usw. Diese »Tabubrüche« sind nicht nur angesichts der Rückzugsgefechte der autonomen Anti-Pat-Kämpfer zutiefst konformistisch. Sie sind zugleich das linke Pendant zu den Schwulenwitzen »Bully« Herbigs, den Altherrenscherzen Stefan Raabs und Sendungen wie »Wa(h)re Liebe«, die eher an Jean Pütz' Bastelanleitungen als an Sexualität und Lust erinnern.

15 In: Bahamas 32/2000.

16 Wolfgang Pohrt: Die Produktion des Charismas in der therapeutischen Gemeinschaft, in: Initiative Sozialistisches Forum (Hrsg.): Diktatur der Freundlichkeit. Über Bhagwan, die kommende Psychokratie und Lieferanteneingänge zum wohltätigen Wahnsinn, Freiburg 1984. S. 139 f.

The same procedure … as every day.

WAHNSINN, KURIOSITÄTEN UND ERFREULICHES AUS DER PROVINZ.

Anständige Zivilcourage gegen Ausländerkinder

Was herauskommt, wenn ein paar Hinterwäldler sich an zivilgesellschaftlichem Jargon versuchen, zeigten im November 2014 die Anwohner Annaburgs. Von Annaburg in Sachsen-Anhalt haben auch die meisten Sachsen-Anhalter noch nie etwas gehört. Das 3000-Seelen-Nest, das irgendwo zwischen Wittenberg, der brandenburgischen und der sächsischen Landesgrenze liegt, schaffte es dann aufgrund eines angeblich marodierenden Haufens von Kindern zu MDR-weiter Bekanntheit. Selbstverständlich nicht aufgrund der eigenen Brut. Die Kinder der etwa 120 dort lebenden bosnischen Roma hätten sich als »ungezogen« erwiesen, wie die örtliche Pfarrerin bekannt gab. Die 8- bis 15-jährigen würden die Einheimischen anpöbeln und bedrohen. Schlägereien habe es noch nicht gegeben. Die Pfarrerin der Stadt beklagt einen hohen Leidensdruck der Einheimischen. Die »Lebensqualität« sei »eingeschränkt« und »wir wollen so nicht miteinander leben«. Was sie damit genau meint, erklärt sie auch. »Die Kinder sind oft nur ein Spiegel ihres Elternhauses«. Übersetzt heißt dies, dass es bei der bosnischen Sippe kein Wunder sei, dass diese solch schlimme Kinder hervorbringe. Der Terror der Bambini-Brigade scheint so schlimm zu sein, dass 700 Annaburger – also fast ein Viertel der Anwohner – am 10. November auf die Straßen gegangen sind, um für »mehr Respekt« und »mehr Zivilcourage« zu demonstrieren. Selbstverständlich durfte dabei der Verweis nicht fehlen, dass man nichts gegen Fremde habe. Der Stadtratsvorsitzende sagte »bei jeder Gelegenheit«, dass »wir (…) nichts gegen Ausländer« hätten, so die *Mitteldeutsche Zeitung* (MZ). Auch David Begrich vom Miteinander e.V. bescheinigte den Anwesenden, dass keine »organisierten Rechtsextremisten« unter ihnen verweilten. So seien alle froh, dass die Demonstration friedlich geblieben ist. Einen Zwischenfall habe es aber laut MZ wohl doch gegeben. Einer der zivilcouragierten Annaburger musste von der Polizei davon abgehalten werden, das Grundstück einer der bosnischen Familien zu betreten, da er diese dort »provozieren« wollte.

Kaum überraschend ist, was den Autoritären aus Annaburg einfällt, um der Lage Herr zu werden: Neben mehr Sanktionierungsmöglichkeiten durch das Ordnungsamt und einer erhöhten Polizeipräsenz werden mehr Sozialpädagogen als Geheimwaffe gegen die, wie sie in der Schule nur genannt werden, »Ausländerkinder«, gefordert. Immer wieder schimmert durch, dass der übernommene tagesaktuelle Jargon der Zivilgesellschaft nur dazu dient, gegen die als Fremdkörper wahrgenommenen Zugezogenen zu hetzen. Neben der von allen politischen Kräften getragenen Forderung nach mehr Personal in Kindereinrichtungen (als würde ein besserer Personalschlüssel in den Kitas die Situation entschärfen), verlangten die Annaburger, dass man »unsere Werte und Normen« schütze. Der Respekt habe ja schließlich den Autochthonen zu gelten und nicht denjenigen, die »uns beschimpfen, bedrohen und bespucken«. Ein sogenannter Bürgerreporter der MZ weiß, dass bei den bosnischen Pöbel-Kids Hopfen und Malz verloren sei. Der eigentliche »Stein des Anstoßes« werde, so der MZ-Schreiberling über die Kinder, bei der Demonstration zwar nicht beim Namen genannt. »Dieser Stein bzw. die kleinen Steinchen, die den Annaburgern am meisten Sorgen bereiten, kennen offenbar keinen Anstand und Respekt«. So bezweifle er, »dass diese wenigen kleinen, kantigen Steinchen die eigentliche Botschaft verstehen«. Welche Botschaft diese Kinder seiner Meinung nach tatsächlich verstehen könnten (vielleicht eine Tracht Prügel von ihm höchstpersönlich?), spricht er bislang noch nicht aus.

Was die bosnischen Familien zu sagen haben, bleibt dagegen im Dunkeln. Der Bürgermeister Annaburgs spricht von einem »zarten Pflänzchen«, das nun in Form eines Dialoges heranwachse. Die Bosniaken möchte er aber von Presseanfragen »abschirmen«, schließlich weiß er als Stammesoberhaupt am besten, was gut für seine Stadt ist. Und am Ende könnten diese Störer noch Geschichten darüber erzählen, wie die provinzielle Willkommenskultur tatsächlich aussieht.

Anna & Arthur, Katja & die B12

Wie der Rest der Republik lieferte auch Leipzig in diesem Sommer seinen Beitrag zur antisemitischen Graswurzelbewegung. Das Leipziger Komitee für Israelkritik nennt sich AK Nahost und war, bis es diesem dann doch zu schmuddelig wurde, Teil des örtlichen SDS, der Studentenorganisation der Linkspartei. Sein Kopf, Katja Janßen, organisierte unter dem Motto »Solidarität mit Gaza – Stoppt die Besatzung« am 17. Juli eine Kundgebung, bei der sie und andere laut Uniradio Mephisto »auf die palästinensische Sicht des Konflikts aufmerksam« machten. Anschließend formierte sich aus den Kundgebungsteilnehmern eine aggressive Spontanmeute, die die »palästinensische Sicht des Konflikts« mit Rufen wie »Kindermörder Israel«, »Scheißjuden« und »Allahu akbar« vortrug und protestierende Israelfreunde mit wüsten Drohungen und Flaschenwürfen bedachte.

Der israelkritische Aktionismus nahm damit kein Ende. In den nächsten Wochen tauchten an vielen Orten der Stadt antizionistische Schmierereien auf. In der Nacht vom 11. auf den 12. August sprühte eine junge Frau Schablonengraffiti mit der Aufschrift »Boycott Israel« an die Außenfassade des linken, als israelsolidarisch bekannten Hausprojekts B12. Als sie bemerkte, dass sie von einem Hausbewohner beobachtet wurde, ergriff sie überstürzt die Flucht und hinterließ einen Beutel mit Schablonen und einen Briefumschlag. Darauf der Name Katja Janßen.

Als einer der Hausbewohner der B12 versuchte, Strafanzeige zu erstatten, wurde er von mehreren Bewohnern unter Druck gesetzt, davon abzulassen. Um dem Schweigegebot des Hauses Nachdruck zu verleihen, wurden dem anzeigewilligen B12-Bewohner die Beweismittel vorenthalten. Statt einer Anzeige lancierte die B12 drei Wochen nach dem Vorfall ei-

ne Erklärung, in der das Hausprojekt auf den antisemitischen Charakter des AK Nahost und seiner Vorsteherin hinwies. Abschließend heißt es dort: »Beim AK Nahost und seinen SympathisantInnen kann es sich nicht um Bündnispartner handeln. Sie haben nicht nur aus allen politischen Zusammenhängen herauszufliegen; ihnen ist definitiv das Handwerk zu legen.«

Der einschlägige Duktus und die Tatsache, dass sich außerhalb der linken Szene Leipzigs niemand für das verwohnte Hausprojekt in der Braustraße interessiert, legen nahe, dass sich der Appell der B12 an die zusehends schwindende Klientel richtet. Mit der angeblichen Israelsolidarität des Leipziger Linksmilieus scheint es jedenfalls nicht weit her zu sein, wenn die B12 ihm die Selbstverständlichkeit einbläuen will, dass der antisemitisch gesinnte AK Nahost kein »Bündnispartner« sei – und man diese Botschaft mit einem kaum verhohlenen Aufruf zur Szenejustiz verbindet. Dass der AK Nahost immer noch unter die Milieugerichtsbarkeit fällt, bezeugt, dass zwischen den israelsolidarischen Linken der B12 und den antizionistischen Linksauslegern vom AK Nahost sehr wohl ein politischer Zusammenhang besteht. Lieber bewahrt man die Rosa-Luxemburg-Stipendiatin Janßen vor juristischen Unannehmlichkeiten, als sich gegenüber der angeblich israelsolidarischen linken Szene Leipzigs die Blöße zu geben, eine linke Hamas-Sympathisantin der sächsischen Klassenjustiz ausgeliefert zu haben. **[muk]**

»Beim Lesen spürt man Gewalt«

Zu den ästhetischen Problemen der Gegenwart gehört, dass Literatur ohne Literaturbetrieb nicht zu haben ist. Um die seltenen Könner gruppieren sich nicht nur Verleger, Lektoren und Kritiker, sondern auch Günstlinge, Nichtskönner und Neider, mitunter in Personalunion. Mit diesem Gemenge gehen Literaturkritiker einher, welche »loben, was sie hassen« (Wolfgang Pohrt) und die Grenze zwischen aufrichtigem und vergiftetem Lob so undurchsichtig machen, wie es irgend geht.

Auch die Autorin Kerstin Preiwuß, Absolventin und zeitweilige Dozentin des Deutschen Literaturinstituts in Leipzig, dürfte von diesem Betrieb gewusst haben, als sie eine besondere Einladung der Literaturkritikerin Meike Feßmann annahm. Diese schlug eines von Preiwuß' Prosastücken, von dem noch die Rede sein wird, als Beitrag für den Ingeborg-Bachmann-Preis vor, den wohl wichtigsten Literaturwettbewerb im deutschsprachigen Raum. Der Bachmann-Preis beerbt jene Tagungen der Gruppe 47, bei denen deutschsprachige Autoren aus ihren Werken vorlasen und sich anschließend dem gnadenlosen Urteil der einberufenen Kollegen und Kritikern aussetzten. Hierbei ging es stets um alles, wurden steile Karrieren begründet oder beendet. In Klagenfurt setzt sich diese Tradition heute – durch die Fernsehöffentlichkeit demokratisiert und mit 25.000 Euro dotiert – unter verschärften Bedingungen fort. So gemahnen die Tage in Klagenfurt an einen ästhetischen Schauprozess nebst Gewinnspiel um Schmerzensgeld; ein Schauprozess, der den Autoren keine Revision einräumt, sondern letzte Worte. Kerstin Preiwuß also ging dorthin und las gemäß den Regeln ein unveröffentlichtes Stück vor. Als die Jurorin Hildegard Elisabeth Keller mit dem Jargon der Weinkennerdarsteller anschließend befand, »[d]ieser Text besticht durch seinen Körper«, dann darf das als die zahmste Form des vergifteten Lobes gelten, dem sich die junge Leipziger Schriftstellerin in Klagenfurt gegenübersah. Einige der anderen Juroren waren noch weniger angetan. Was hatte Kerstin Preiwuß geschrieben?

Das ist schwer zu sagen. Es kostet Mühe, Geduld und Nerven, den Gehalt zu ermitteln. Denn Preiwuß kommt in ihrer Erzählung mit dem größtmöglichen manieristischen Aufwand zum Ergebnis, dass ein ostdeutscher Altnazi unter humanistischen Gesichtspunkten ein Versager ist und seine Kinder so erzieht, wie man es von Altnazis gewohnt ist. Bis sich dieses dürre Zentrum der Geschichte spannungslos ankündigt, beherrschen mythisch-autobiografisch aufgeladene Hunde-, Brücken- und Libellenbeobachtungen und sonstige Waldbanalitäten die Szene. Aus jeder Zeile sprießt die planvolle Anstrengung, mit einer unmotivierten Melange aus Allegorien, Metaphern und Assoziationen den Gegenstand zu verrätseln. Reizbegriffe wie Wehrmacht, SS, Deutsche, Juden und die Opfer des Nationalsozialismus finden weder Kontur noch Erwähnung. Dafür aber die aus dem schäumenden Meer des Ungefähren auftauchende Begründung des Vaters für Kriegsverbrechen gegen ein russisches Dorf – »die Mutter des Fürsten, sie soll in dem Schloss von den Sowjets erschossen worden sein« – und dessen völkische Zärtlichkeit, die er den ausnahmsweise als Personen geschilderten deutschen Kriegstoten angedeihen lässt: »Nach dem Krieg hat er geholfen, die Gräber auf dem Friedhof auszuheben, es gab so viele, große und kleine, für Männer, Frauen und Kinder, die sich erhängten, in den See gingen oder an Tuberkulose starben.«

Um des Vaters Anteil an der deutschen Vernichtungspolitik herauszustellen, kommt Preiwuß merkwürdigerweise auf die Nachkriegstätigkeit des Vaters in der sozialistischen Landwirtschaft zu sprechen: »Wenn der Mehltau auf den Pflanzen liegt, muss man alles vergasen, den ganzen Ertrag, und wegen der Fähigkeiten, die er beim Vergasen erworben hat, darf Vater den Arbeitsplatz wechseln und arbeitet seitdem auf der Farm.« Diese Farm ist eine für Nerze, wo der Haustyrann mit rührender Sorgfalt, Zärtlichkeit und auch kalter Konsequenz das nirgends Erwähnte fortsetzen kann: »Besser man macht es mit Gas, zwanzig oder mehr kommen in die Kiste, in die man Auspuffgase strömen lässt, nicht dass das Fell beschädigt wird. Weder Einschusslöcher noch Messerstiche, einfach Gas, das lautlos in die Nüstern dringt und die Körper nach etwa fünfzehn Minuten plötzlich erschlaffen lässt, dass er sie später mit der Schaufel rausholen kann, so viele auf einen Streich. Die Leiber liegen dann auf dem Holzrost wie niedergemäht und auf dem Boden liegt der Kot.« Es würde den Rahmen sprengen, die Ebenen aufzufächern, auf denen die preiwußsche Allegorie vom Nerz-KZ in die Irre führt. Die augenscheinlichste ist, dass Preiwuß den Nazis auf den Leim geht und die deutsche Vernichtungspolitik als Zuchtwahlprogramm versteht.

Den Juroren des Bachmann-Preises ist zuzustimmen: Preiwuß behandelt die »Hypothek des traumatisierten NS-Vaters«, die er an seine Nachkommen weiterreicht. Die konkreten Verbrechen des Nationalsozialismus verschwinden dagegen in einer Erzählweise, die der längst eingemotteten, Verfolger und Verfolgte gleichmachenden Nachkriegslegende von den »Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft« entspricht. Der wohl wichtigste Einwand gegen den Text blieb aber in Klagenfurt wohlweislich unerwähnt: Kerstin Preiwuß kann nicht schreiben. Wäre sie als Autodidaktin aus dem Nichts gekommen, die Kritiker hätten es ihr sofort mitgeteilt. Nachdem die Autorin aber zahlreiche Preise und Lehraufträge erhalten hatte, wäre ein vernichtendes Urteil gegen die arrivierte Preiwuß zugleich eines gegen die korrupte Verfasstheit des deutschen Literaturbetriebs gewesen. Folglich braucht man sich über die Virulenz des vergifteten Lobs nicht zu wundern. Der Juror Hubert Winkels hat Recht: »Beim Lesen spürt man Gewalt«, nämlich jene, die zuweilen aufsteigt, wenn man die Produkte des Literaturbetriebs konsumiert. **[baz]**

Dumm wie Bulle

Es gibt bekanntermaßen verschiedene Gründe, ein Polizeirevier aufzusuchen. Meist ist der Anlass weniger erquicklich. Wer klug ist, meidet den Kontakt. Nur: Hin und wieder kommt man nicht umhin, die Damen und – weitaus häufiger – Herren in ihren schlecht geschnittenen Hosen um Hilfe zu bitten. Sei es wegen eines Versicherungsschadens oder aus eigenem Interesse an der Verfolgung einer Straftat. Bei diesen wohl überwiegend lästigen und unangenehmen Besuchen wird man jedoch meist unerwartet reich entschädigt. Der Unterhaltungswert einer Anzeigenerstattung in einem hallischen Polizeirevier ist nicht kleinzureden. Schon das Mobiliar, gegen das sich die Ausstattung südbulgarischer Schrankenwärterhäuschen ausnimmt wie die letzte Kollektion von Manufaktum, gibt erste dezente Hinweise zur Verfasstheit des gesamten Ermittlungsbetriebs. Stünden diese Möbel auf der langen Liste der mittlerweile zahlreichen Weltkulturerbeanwärter, würden sie als gleichsam gelungener wie grausamer Ausdruck der Verschmelzung ostdeutscher Geschmacklosigkeit, preußischen Ordnungssinns und protestantischer Genügsamkeit gelten. Um eine Facette reicher wird es üblicherweise, wenn es sich bei dem in Rede stehenden Delikt nicht um einen Fahrraddiebstahl handelt, sondern um einen Vorgang aus dem Bereich der sogenannten politisch motivierten Kriminalität. An den Wänden des entsprechenden Fachkommissariats hängen – da hat sich seit gefühlten 20 Jahren nichts verändert – die einschlägigen Symbole der Verfassungsfeinde von KPD bis PKK. Sie thronen vergilbt mitsamt dem Konterfei des seit 15 Jahren inhaftierten Kurdenkönigs Abdullah Öcalan fast schon stolz über den Köpfen der mindestens ebenso schnauzbärtigen Staatsschützer. Die Qualität des Personals ist ein wunder Punkt. Während der Pförtner die ihm übertragenen Aufgaben noch halbwegs souverän meistert (Gruß erwidern, Besuchsgrund erfragen, Ausweis abgleichen, Tür öffnen, puh…), scheint die Behörde den Bürgerkontakt nahezu komplett an Mitarbeiter übertragen zu haben, die in der Schule einst jedenfalls nicht durch übermäßig gute Leistungen aufgefallen sein dürften. Wer glaubt, den mit Computertastaturen meist wenig vertrauten Beamten, einen Satz mit mehr als einem Komma darbieten zu können, und völlig naiv erwartet, dieser möge den Inhalt möglichst sinnhaft und halbwegs rechtschreib- sowie interpunktionsfehlerfrei schriftlich wiedergeben, war ganz sicher noch nie auf einem ostdeutschen Polizeirevier. Man weiß nicht so recht, ob man bei der Vorstellung, wer oder was von diesen Filterkaffeeathleten eigentlich ermittelt werden soll, frohlocken oder sich fürchten soll.

Um es kurz zu fassen: Es ist nicht gut bestellt um die Fähigkeit des zumindest ostdeutschen Polizeipersonals. Vor diesem Hintergrund liest sich eine im September herausgegebene Mitteilung wie ein schlechter Scherz. Allein, es ist keiner. Das Land Sachsen-Anhalt teilte darin mit, die Anforde-

rungen für Bewerber für den Polizeidienst zu senken. »Schulnoten spielen keine Rolle mehr«, so Kirsten Försterling, Dezernatsleiterin der Fachhochschule Polizei in Aschersleben. Während die Bewerber für den mittleren Dienst beispielsweise bisher auf dem Abschlusszeugnis der 10. Klasse in den Fächern Sport, Mathematik und Deutsch schlimmstenfalls eine Vier haben durften, ist dieses überaus strenge Kriterium nun passè. Als Begründung dieses Schrittes gaben die Verantwortlichen an, dass die Bewerberzahlen in den letzten Jahren drastisch zurückgegangen seien. Selbst die ansonsten eher linientreue *Mitteldeutsche Zeitung* berichtete süffisant: »Von den zuletzt 832 eingeladenen Bewerbern seien rund 250 gar nicht erst erschienen oder zogen ihre Bewerbung zurück. 200 fielen beim Diktat, Intelligenzstruktur- oder im Sporttest durch. Nach der ärztlichen Untersuchung und weiteren Absagen von Bewerberseite wurden noch 190 zum Gespräch eingeladen. Knapp 150 kamen. Am Ende seien 60 Bewerber genommen wurden, nur 15 seien nicht berücksichtigt worden. Der Rest habe es sich anders überlegt.« Um es zusammenzufassen: Es wollen immer weniger junge Menschen in Sachsen-Anhalt Polizist werden. Die, die es wollen, fallen zu einem großen Teil durch die verschiedenen Eignungstests (zu dick, zu doof). Die, die nicht durchfallen, gehen dann doch lieber nach Berlin. Und die, die übrig bleiben, werden fast alle genommen. Dass die von der Landesregierung verfügte Aufweichung der Bewerbungskriterien nun die durchschnittliche Qualität des Mitarbeiterstabs merklich mindern wird, ist dennoch nicht zu erwarten. Die Fallhöhe ist eben auch nicht besonders hoch. **[mab]**

Free Mumia!

Über Mumia Abu-Jamal gibt es mittlerweile drei Filme. Mitte September wurde die neueste cineastische Ehrung des globalen Politidols Mumia mit dem kitschigen Titel *Long Distance Revolutionary – A Journey with Mumia Abu-Jamal* auch in Halle, genauer: im Infoladen Glimpflich des alternativen Hausprojektes VL ausgestrahlt. Der Infoladen verlinkt zwar statt der *Jungen Welt* die *Jungle World* auf seiner Internetpräsenz und wähnt sich dadurch als Teil einer sogenannten fortschrittlichen Linken. Mehr als Mummenschanz scheinen Bekenntnisse dieser Art aber nicht zu sein.

Wöchentlich kann man sich durch die schablonenhaften Kolumnen Mumia Abu-Jamals, die hierzulande in der *Jungen Welt* abgedruckt werden, versichern, dass man es bei Abu-Jamal mit einem waschechten Antiimperialisten zu tun hat: Er verabscheut den Westen, einhellig die USA, sowie wehrhafte Juden. Seine volle Sympathie gilt dem Volk und den Armen, hier in erster Linie der black underclass der USA. Er glorifiziert die Islamische Revolution und die palästinensische Aggression gegen Israel. Seinem Publikum liefert er im Wochentakt und auf aktuelle Geschehnisse zugeschnitten die passenden Verschwörungstheorien für sein verkümmertes Weltbild. So delirierte er beispielsweise erst kürzlich in seiner Kolumne die derzeit konsequentesten Vollstrecker der Barbarei, namentlich Islamischer Staat (IS), als Agenten des Westens, »von den USA bewaffnet, finanziert und ausgerüstet [...] und überdies ebenso wie Al-Qaida ein Instrument der Gesamtstrategie der USA […], die schon vor Jahrzehnten entworfen wurde, um irgendwann den vollen Zugriff auf das Öl als wichtigste Energiereserve zu haben. […] Das Ziel? Den Traum der Neokonservativen zu verwirklichen, Irak in drei Teile aufzuspalten – einen für die Kurden, einen für die Schiiten und einen für die Sunniten. Die Kurden würden ihren Staat bekommen, die Schiiten würden von der Vorherrschaft der Sunniten befreit und die Sunniten würden so schwach sein wie seit tausend Jahren nicht mehr. Den Kurden fiele dabei der Löwenanteil der Ölquellen zu, und die USA hätten endlich den ungehinderten Zugang zum Öl, dieses Mal allerdings frei vom Bündnis mit den Saudis. Obendrein würde die Zerschlagung des Irak auch die Position der Israelis im Nahen Osten stärken.« Nachzulesen ist das Ganze in der *Jungen Welt* vom 5.10.2014.

Der Fall Infoladen Glimpflich illustriert, dass die Solidarisierung mit dem zum politischen Häftling zurechtgelogenen Mumia Abu-Jamal für fortschrittliche Linke eine Sprachrohrfunktion hat. Abu-Jamal spricht aus, worüber diese gelernt haben zu schweigen, da es sich für Protagonisten einer fortschrittlichen Linken nicht schickt, den eigenen Antisemitismus unverblümt zum Ausdruck zu bringen.

An der Forderung einer Haftentlassung Abu-Jamals, wie sie die Free-Mumia-Kampagnen stellen, ist aus mehren Gründen anzuschließen: 1. Internationale Aufmerksamkeit und Begeisterung für Abu-Jamal flauten ab, seine Hirngespinste verlören Gehör. 2. Wie man an Abu-Jamal sieht, macht Knast keineswegs intelligenter. 3. Die elenden Free-Mumia-Kampagnen hätten endlich ein Ende. **[sis]**

Durchzug von Ohr zu Ohr

»Der Freiraum in den Köpfen schafft den Freiraum auf der Straße! Realitäten können entstehen aus einer Seifenblase.« Im Juni gingen in Halle etwa achtundzwanzig Menschen, überwiegend Bewohner und Stammgäste der beiden linken Hausprojekte aus der Ludwig- und Reilstraße, unter diesem Motto auf die Straße. »In erster Linie wollen wir verdeutlichen, was wir unter einem »Freiraum« verstehen und wieso er für uns wichtig ist!« heißt es im zugehörigen Aufruf zur Demonstration. Entgegen gängiger Konventionen enthält er weder Forderungen noch politische Bekundungen. Es droht weder die Räumung der beiden bestehenden Projekte Reil 78 und Verein Ludwigstraße noch scheint es ein bedeutendes Interesse für neue zu geben. Die ganze Demonstration wirkte wie ein Hausplenum, das durch Selbstvergewisserungsnöte, Überflüssigkeits- und Frustrationsgefühle auf die Straße getrieben wurde. Und so protokolliert der Aufruf vor allem die Zustände in diesen Projekten. Beim Lesen werden auch die Vorbehalte der Verfasser gegenüber Verstand und Vernunft nachvollziehbar, wie sie im eingangs zitierten Demonstrationsmotto anklingen, dass den »Freiraum in den Köpfen« zur notwendigen Bedingung für den »Freiraum auf der Straße« erklärt. Aus ihrer Sicht ist die Logik ein unzugängliches Terrain voller Tücken und Täuschungen. Betreten sie es – wie beim Niederschreiben ihrer eigenen Gedanken beim Verfassen des Demonstrationsaufrufes – drohen sie zum Opfer ihrer eigenen Argumentation zu werden. Ihre Häuser erscheinen dann nicht als Schutzräume, sondern als trügerische Falle für diejenigen, die sich dort in Sicherheit wähnen. »Aber es [das Zusammenleben im Hausprojekt, Anm. der Red.] gibt den Personen, deren Leben tagtäglich und jede Minute durch menschenverachtende Mechanismen bestimmt werden, einen kleinen Hoffnungsschimmer und einen Funken Sicherheit. Allen sollte klar sein, dass diese Sicherheit falsch ist, genau wie die staatliche, eben weil sie im existierenden gesellschaftlichen Rahmen aufgebaut wurde.« Bereits wenige Zeilen später wirkt das Ganze nicht mehr ansatzweise wie ein Schutzraum, sondern vielmehr wie ein Spielplatz für autoritäre Gelüste: »Ein Freiraum ist somit ein Ort, an dem die, die sich verantwortlich fühlen, bis zu einem gewissen Grad die Spielregeln festlegen und den Raum gestalten.« Offensichtlich fuhren Selbstzweifel und Rechtfertigungsdruck der Intention der Verfasser in die Parade. Aus dem Plädoyer für Freiräume wird ihre größte Kritik. Die bestehenden Selbstverwirklichungsstätten wirken nicht wie »Orte für Träume«, sondern wie geistige Inzuchtsanlagen: »Oftmals verkommen die geschaffenen Strukturen zu einer bloßen Reproduktion identitärer Szene-, Denk- und Handlungsmuster. Das finden wir verwerflich, dennoch sind wir der Meinung, dass Freiräume die Chance bieten sollten, dass eine ständige Reflexion und ein Austausch der Individuen stattfinden kann und muss.« Die geäußerten Vorbehalte sind somit verständlich. Die Verfasser haben es schlichtweg satt, dem Verstand und der Logik Konzessionen zu machen. Ihnen ist es über, im Oberstübchen noch Miete zu bezahlen. Während Ordnungsamt und Nazis ihre Projekte nicht mehr in ihrer Existenz bedrohen, besteht die größte Gefahr in der Selbsterkenntnis. Damit Reil 78 und der Verein Ludwigstraße nicht den Eindruck erwecken, dass in ihnen vor allem Einfalt, Zwietracht und Abgestumpftheit ein Heim gefunden haben, muss Durchzug von Ohr zu Ohr herrschen. Eben deshalb gilt: »Der Freiraum in den Köpfen schafft den Freiraum auf der Straße!« **[haj]**

Rauchfreie Blockwarte

Die großen Kampagnen zum Nichtraucherschutz sind inzwischen erfolgreich abgeschlossen. In öffentlichen Gebäuden und Verkehrsmitteln, Restaurants und vielen (in Bayern und Nordrhein-Westfalen sogar in allen) Kneipen und Diskotheken herrscht Rauchverbot. Mit den gesetzlichen Regelungen einher geht nicht nur etwa das Verschwinden des einstmals zur Gastfreundlichkeit gehörenden Aschenbechers auf dem Balkon von Nichtrauchern, sondern auch wenigstens teilweise eine regelrechte Blockwartmentalität sich permanent bedroht und gestört fühlender Nichtraucher.

Diese Mentalität soll nun in Halle in Form eines Nichtraucherhauses institutionalisiert werden: Prospektive Mieter sollen sich per Zusatzvertrag verpflichten, dass weder in der Wohnung noch auf dem Balkon geraucht wird, wobei nach dem zweiten Verstoß dem Mieter gekündigt werden kann. Für Gäste gibt es keine Ausnahmen im Wohnbereich, sondern nur einen abgelegenen Bereich auf dem Gelände. Überwacht werden wird das natürlich von den Nachbarn.

Initiator des geplanten Wohnprojekts ist neben der Wohnungsgenossenschaft Halle-Süd die Organisation Pro-Rauchfrei, auf deren Homepage der Vorsitzende Siegfried Ermer erklärt, das Pilotprojekt diene dazu, Vermietern zu zeigen »wie sie das wachsende Bedürfnis nach rauchfreien Mietwohnungen einfach und effizient umsetzen können«. Allerdings ist bislang ziemlich fraglich, ob eine Kündigung aufgrund eines solchen Zusatzvertrages vor Gericht bestand hätte. Zwar können Mieter bisher dazu gezwungen werden, etwa im Treppenhaus nicht zu rauchen oder zu verhindern, dass der Rauch aus der Wohnung in den Flur zieht. Selbst auf dem Balkon kann das Rauchen verboten werden, wenn sich

Nachbarn gestört fühlen. Indes kann das Rauchen bislang nicht generell in der Wohnung und auf dem Balkon verboten werden. Allerdings gibt sich Ermer überzeugt, »dass sich die Gerichte allmählich dem Nichtstörer (Nichtraucher) zuwenden werden, auch wenn es die Juristen der Störer (Raucher) zu verhindern versuchen«.

Die aggressive Wortwahl vom »Störer«, die nicht weniger als eine Feindbestimmung ist, macht deutlich, dass es um mehr geht, als um die Frage, ob Passivrauch den Nachbarn belästigt. In einem Flyer zum »Rauchfrei Wohnen« von Pro-Rauchfrei heißt es: »Die Gesundheit des Menschen ist laut WHO: ›ein Zustand des vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlergehens und nicht nur das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen.‹ Wir bekennen uns zum uneingeschränkten Recht aller Bürger auf eine von Tabakrauch freie Atemluft.« Der Raucher stört also das vollständige körperliche, geistige und soziale Wohlbefinden. Am Nichtraucherwesen soll die Welt – oder wenigstens die Produktionsgemeinschaft Deutschland – genesen.

Dabei abstrahiert die Gesundheitsdefinition der WHO, auf die sich die Nichtraucherschützer hier stützen, von der gesellschaftlichen Bestimmtheit des Gesundheitsbegriffs. Die Bestimmung des Einzelnen als »gesund« bedeutet, die körperlichen und seelischen Voraussetzungen zu erfüllen, seiner gesellschaftlichen Funktion nachkommen zu können. Gesundheit ist also nicht bloß ein Zustand, sondern zugleich auch der Zwang, sich zu sich selbst als Ware Arbeitskraft verhalten zu müssen. Von dieser Bestimmung aus lässt sich der Nichtraucherschutz als Teil einer gesellschaftlichen Tendenz zur Generalmobilisierung der Ware Arbeitskraft begreifen (vgl. dazu auch das Interview mit Clemens Nachtmann *Die Mobilmachung ist zum Dauerzustand geworden* in *Bonjour Tristesse* # 16), die in der Forderung besteht, ständig an sich selbst, das heißt: der eigenen Arbeitskraft zu arbeiten, sei es durch »Fit for Fun«, »Lebenslanges Lernen« oder das Knüpfen potentiell verwertbarer Kontakte. So erodiert – oder vielleicht auch: transformiert sich – der, wie scheinhaft auch immer von der Arbeitssphäre geschiedene Privatbereich, der nicht mehr passive Reproduktionssphäre ist, sondern Zeit für die Arbeit am Selbst.

Die innere Logik dieser Tendenz ist aber nicht nur lästig, sondern auch politisch brandgefährlich: Bei aller eigenen Anstrengung wird sich das erhoffte vollständige Wohlbefinden nämlich nicht einstellen, und das verlangt nach dem äußeren Feind. Vorläufig werden die Schuldigen diejenigen sein, die angeblich aus »Egoismus« und »Triebhaftigkeit«, tatsächlich aber, weil sie oftmals schlechterdings keinen Sinn darin erkennen können, permanent an sich zu arbeiten, jedenfalls vorerst nicht mittun werden: Schon jetzt sind Rauchen oder fettige Ernährung Stigmata der Unterschicht – und nicht zufällig liegt der Quadratmeterpreis im Hallenser Nichtraucherhaus mit 10 Euro deutlich über dem letzten Mietspiegel (unter 7 Euro), was der Nachfrage aber keineswegs schadet. Indem Rauchen, Essgewohnheiten und Sport an den sozialen Status geknüpft werden, steigt im Angesicht des von Abstiegsangst zerfressenen Angestelltenmilieus der gesamtgesellschaftliche Druck zum Konformismus nicht nur im geplanten Nichtraucherhaus, sondern auch in den von Weißmehl und Süßigkeiten befreiten Kindergärten, gesundheitspolitisch verantwortlichen Schulen, am Arbeitsplatz und in den Familien.

Wahrscheinlich wird das Vorhaben, ein komplett rauchfreies Mietshaus zu installieren, diesmal noch an den juristischen Hürden scheitern. Zugleich erlaubt dieses Projekt aber einen mikrologischen Blick auf die kommende Gesellschaft, die statt Gastfreundschaft nur die aggressive Freundlichkeit pädagogischer Verachtung kennt, die sich in den Warnhinweisen auf die Schädlichkeit des Rauchens ausdrückt und in der dann nicht nur der Nachbar – wieder einmal – vor allem ein politisch und volksgemeinschaftlich legitimierter Denunziant im Wartestand ist, der das private Verhalten seiner Umwelt auf seine Gesundheits- und Sozialverträglichkeit hin überwacht. **[le]**

Geplante Frustrationsintoleranz

Immer dann, wenn die beiden größten Fußballvereine Sachsen-Anhalts aufeinander treffen, kann man sich sicher sein, dass es knallt. Zum Landespokalfinale am 14. Mai 2014 kam es erstmals seit dem Aufstieg des Halleschen Fußballclubs (HFC) von der Regionalliga in die 3. Liga zum Aufeinandertreffen mit dem Regionalligisten 1. FC Magdeburg. Binnen Stunden war die Partie, die im Heimstadion des HFC stattfinden sollte, ausverkauft. Da der niederklassige Gegner besser als erwartet spielte und in der Verlängerung sogar zwei zu null in Führung ging, begannen die HFC-Anhänger aus der »Fankurve«, die wesentlich von den Saalefront Ultras dominiert wird, Spieler beider Mannschaften minutenlang mit Pyrotechnik zu bewerfen. Nur durch Zufall wurden keine Sportler verletzt. Einige Feuerwehrleute hatten dagegen weniger Glück und mussten mit Verbrennungen und Knalltraumata ärztlich behandelt werden. Zudem gab es Versuche die Gästefans im und außerhalb des Stadions anzugreifen. Im Nachgang der Vorfälle kündigte der Verein schärfere Sicherheitskontrollen an. Der Fandachverband HFC-Fanszene e.V. entwarf einen »Fan-Ethik-Kodex«, in dem sich die HFC-Anhänger freiwillig verpflichten sollen auf Gewalt, Rassismus, Vermummung und Pyrotechnik zu verzichten. Verstöße sollen mit einem Stadionverbot bestraft werden. Da es beim HFC bekanntermaßen nicht selbstverständlich ist, sich halbwegs vernünftig zu benehmen, bedarf es offenbar derartiger Absichtsbekundungen. Die Saalefront allerdings, welche bis zum Bekanntwerden des »Fan-Ethik-Kodex« Mitglied des HFC-Fanszene e.V. war, trat nun aus dem Dachverband aus, da man eine »Säuberung« der Fanszene befürchtete. Die Ultras erklärten, dass der Dachverband nun das umsetzen würde, was die bösen Medien schon immer verlangt hätten: »Separiert die bösen Fans von den Guten! Schmeißt alle raus, die sich nicht an die »Spielregeln« halten.« Allerdings könne sich laut Saalefront niemand herausnehmen die Fans in »Gut« und »Böse« zu unterteilen. Offensichtlich ist der Versuch Spieler und Helfer mit Pyrotechnik zu verletzen für die Ultras kein ausreichendes Unterscheidungskriterium. Denn wenn man sich mal beim Fußball daneben benimmt, ist das in Ordnung. Schließlich gehören »Emotionen zum Fußball dazu«, wie die Saalefront schreibt. Dabei ist es »schlichtweg menschlich, auch in Ausnahmefällen unbewusst eine Grenze zu überschreiten. Wer negative Emotionen ausschließen will, vergisst, dass er automatisch auch die positiven Emotionen bedroht«. Für wen es Normalität ist, Grenzen des Miteinanders zu verletzen, weil die emotionale Regulierung nicht funktioniert, der bereitet sich auf den Ausnahmezustand vor: »Es gibt keine Garantie für ein Spiel ohne negative Vorkommnisse, weder in Halle noch sonst irgendwo auf der Welt. Diese wird es nie geben!« Dieses Hintertürchen zur Gewalt – begründet durch »Emotionen« – lässt man weit offen, schließlich gebe es den »rein rational funktionierenden Menschen nicht«. Und falls es immer noch nicht alle verstanden haben, dass die Gewalttäter vom Landespokalfinale nichts für ihre Ausbrüche können, erklärt die Saalefront nochmal ihr Menschenbild: »Der Mensch handelt nicht immer erst nach ausführlicher Überlegung, er neigt zu affektiven Taten.« Dass die Ausschreitungen beim Landespokalfinale alles andere als spontane Wutausbrüche waren, zeigt die gute Organisation der Ausschreitungen. Böller und Leuchtspurgeräte waren schließlich von Anfang an im Stadion. Auch der Angriffsversuch auf die Gästefans diente vor allem dazu, die Sicherheitskräfte zu binden, damit die sogenannte Sektion Stadionverbot ungehindert die Fankurve betreten konnte. Während gewöhnliche Nazis ihre allgemeine Menschenverachtung und ihr Vernichtungsbedürfnis mühselig auf Migranten oder Juden kanalisieren, hat die Saalefront eine andere Möglichkeit gefunden, ihre Gewaltgeilheit zu rechtfertigen. Mit dem Verweis auf die eigenen angeblich spontanen Emotionen lässt sich offenbar jede Schweinerei rechtfertigen. Dass die Vereinsführung des Halleschen FC die stadtgrößte Straßengang jahrelang hofierte und nur halbherzig – vor allem aber nur durch Druck von außen – in ihre Schranken verwies, mindestens eine Mitschuld am Höhenflug der Saalefront hat, steht außer Frage. Wenn sich nun die Ultras herausnehmen, dass es bei ihrem Handeln keinerlei Vernunft, Rationalität oder moralisches Urteil zu geben habe, weil es ja schließlich um Fußball geht, hat der Verein genau diese Fans verdient. Auch ein zwischenzeitlich erfolgtes Verbot von Saalefront-Devotionalien in der Heimstätte des HFC war kaum ernsthaft ein Bruch mit den dickbäuchigen Jogginghosenträgern der eigenen Anhängerschaft. Bleibt zu hoffen, dass die Fans den HFC weiter ruinieren, hohe Geldstrafen seitens des Fußballverbandes bewirken und Sponsoren vergraulen. Dann wird der HFC wieder absteigen und die Fans können sich zweimal im Jahr mit ihresgleichen vom 1. FC Magdeburg in der Regionalliga die Köpfe einschlagen. **[are]**

Oh, du strahlendes Paulusviertel!

Nachdem die ersten Planierraupen durch den Pauluspark rollten, die Presslufthämmer sich ihren Weg bahnten und die Grundsteinlegung für den neuen Wohnkomplex nicht mehr lange auf sich warten lässt, müssen nun selbst die hartgesottenen Aktivisten der Bürgerinitiative Pro Pauluspark einräumen, dass ihr zweijähriges Engagement völlig für die Katz war (vgl. *Bonjour Tristesse* #14). So muss sich schnell eine andere Freizeitbeschäftigung gesucht werden, um dem öden Leben zwischen dem Lehrplan für Grundschule und der Montessori-Sammelbox einen übergeordneten Sinn zu verleihen. Glücklicherweise sprießen die Initiativen im Körnerviertel nur so aus dem Boden. So bemerkten kürzlich Bürger, dass im Kirchturm der Pauluskirche 37 Sendemastantennen für das mobile Telefonnetz untergebracht sind. Diese versorgen einen großen Teil des Viertels mehr oder weniger mit Handyempfang. Auf der Internetseite der Bundesnetzagentur ist wohlgemerkt jede einzelne Sendeantenne samt Hauptstrahlrichtung und Montagehöhe aufgeführt. Zudem sind der Ort, das Datum und das relative Ergebnis jeder Feldstärkemessung verzeichnet. In den letzten neun Jahren gab es alleine

an der Pauluskirche vier Messungen durch Land und Bundesnetzagentur. Die erregten Bürger formierten sich in einer Bürgerinitiative namens Strahlkraft, unternahmen eigene Messungen und stellten fest, dass die Sendeleistung der Antennen den vom EU-Parlament empfohlenen Grenzwert um das 20-fache übersteige. Die daraus vermuteten Folgeschäden durch Strahlung für die Gesundheit der Bioladenjunkies und natürlich die Angst um ihre Kinder trieb die Wutbürger zur Höchstform an. So waren binnen weniger Wochen im gesamten Gebiet grüne, laminierte Schilder zu sehen, die die gesamte Strahlenapokalypse verdeutlichten. Auf ihnen war zu lesen, dass die Kinder der Kindertagesstätte »Hasenberg« besonders gefährdet seien und dass sich jeder, der sich ein Handy ans Ohr hält, das Milliardenfache der Dosis, an die sein Organismus angepasst sei, einverleiben würde. Selbst Gott und Kirche wurden in Frage gestellt, da sie dem Strahlentod auch noch eine Basis schüfen. Um ihrem Wahn ein wissenschaftliches Antlitz zu verleihen, wurden eigene Messungen angestellt, die, wie nicht anders zu erwarten, die Messungen der Bundesnetzagentur als falsch entlarvten und eine immens hohe Strahlenintensität nachwiesen. Zur weiteren Untermauerung wurde Herr Dipl.-Ing. Jörn Gutbier eingeladen. Besagter Herr hatte bei seinem Vortrag in der Albrecht-Dürer-Schule einen ganzen Koffer voller Zahlen mit, welche er zur Freude der anwesenden laminiergeilen Didaktiker, Schmuckkünstlerinnen und Eso-Hebammen als Powerpoint-Präsentation darbot. Anscheinend lassen sich heutzutage alle menschlichen Leiden auf die Strahlen der Mobilfunkindustrie zurückführen. Ganz schnell sollte man sich davon lösen, dass Bluthochdruck, Kopfschmerzen oder Magengeschwüre in irgendeiner Weise etwas mit der Ausbeutung des Menschen durch den Zwang zur Lohnarbeit oder die Verhaltensauffälligkeiten seines Kindes auch nur andeutungsweise irgendetwas mit antiautoritärer Erziehung zu tun haben könnten. Nein, das alles ist Folge der Strahlung! Spätestens beim Punkt zur Verringerung der Beweglichkeit von Spermien hätte jeder im Paulusviertel ansässige Bürger loslachen, aufstehen und gehen müssen. Es ist ja hinlänglich bekannt, dass es im Viertel der Initiativen mehr strahlende Kinder, als strahlende Handys gibt. Im Vortrag erfuhr man, dass alle Messungen der Bundesnetzagentur durch industriehörige Wissenschaftler durchgeführt wurden und dass die Mobilfunkindustrie für ihre Produkte über Leichen geht. Dazu die obligatorischen Bilder von strahlengeschädigten Kindern und fertig ist der Panikcocktail mit akademischen Aromazusatz. Zumindest muss man Herrn Gutbier, der im Ausdruck und Habitus sehr an Ken Jebsen erinnerte, zu Gute halten, dass er das mobile Telefonieren nicht abschaffen möchte. Auch die BI Strahlkraft fordert: »Gute Mobilfunkversorgung bei minimaler Strahlenkraft!« Dies reichte aber einigen Besuchern des Vortrags nicht. So stand in der Diskussionsrunde ein hagerer junger Mann mit dem Berufsbild Biologe auf und stellte die ultimative Frage: »Wozu brauchen wir denn überhaupt Handys?« Er fabulierte weiter vom Strahlentod und unserer körperlichen Beschaffenheit und raunte in die Menge: »Muss man denn bei Edeka seine Frau anrufen und fragen welche Sorte Nudeln man kaufen soll?« Wohl dem, der bei Edeka am Nudelregal Empfang hat! Mit Ausnahme des jungen Biologen besteht durch die Initiative momentan nicht die Gefahr, dass im Öko-Kiez wieder Rauchzeichen gegeben werden. Wäre bestimmt auch schlecht für die Luft und die armen Vögel, die im Pauluspark schon genug Stress haben. Nichtsdestotrotz wirkt das Engagement der Aktivisten, die für jeden Mist auf die Barrikaden gehen, höchst befremdlich. Bleibt nur zu hoffen, dass ein erneutes Scheitern die Motivation der Wutbürger etwas hemmt und diese sich wieder online der Rettung von Regenwäldern oder Buckelwalen widmen. **[flp]**

War starts here – Camp mit mir

Wie in den zwei vorangegangenen Jahren machten antimilitaristische Camper auch 2014 das Gefechtsübungszentrum des Heeres (GÜZ) in der Altmark zu einem einwöchigen Abenteuerspielplatz. Die Veranstalter des Ferienlagers »War starts here« setzten sich eigenen Angaben zufolge zum Ziel, »der zunehmenden Militarisierung der Gesellschaften entgegen[zu]treten« und »gegen die imperialistische Kriegsplanung« vorzugehen. Was zeichnet den Antimilitarismus aus? Handelt es sich dabei um eine Melange aus Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegung, sozusagen um alten Wein in neuen Schläuchen, oder ist der Antimilitarismus vielleicht als ein um 70 Jahre zu spät geführter Widerstand gegen die deutsche Wehrmacht, sozusagen als nachträgliche Wiedergutmachung, zu begreifen?

Zunächst lässt sich festhalten, dass das Handlungsgerüst dieses Events nach einer einstudierten, altbewährten Logik funktioniert: der Kampf zwischen guten, mit Brandsätzen, Steinschleudern und Sprühdosen ausgerüsteten Rebellen und bösen, übermächtigen Imperialisten samt ihrer monströsen Kriegsmaschinerie. Letztere dient, so die Veranstalter, allein der Sicherung des »Zugang[s] zu Ressourcen und Rohstoffen« sowie der »Durchsetzung einer neokolonialen Politik«. Der Masterplan der Revolutionsromantiker zielt nach eigener Auskunft darauf ab, »das komplette System, bis in unsere Köpfe hinein, durch eine radikale und konsequente Praxis zu durchbrechen«.

Jedoch täuschte die blinde Aktionswut nicht darüber hinweg, dass die symbolischen Proteste letztlich nur der Versuch des Guerilla-Freikorps waren, sich selbst vorzumachen, es käme – wie bei den Trickfilmhelden aus ihrer Kindheit – auf sie an. Zumindest lässt sich die Dynamik ein Stück weit dadurch erklären, dass der Zerstörungseifer das Gefühl der eigenen Irrelevanz ins Gegenteil umschlagen lässt. Das Engagement gegen das phantasierte Reich des Bösen versuchten die Dumpfbacken als heroisches Selbstdarstellungstheater öffentlichkeitswirksam zu inszenieren, damit »die Normalisierung kriegerischer Gewalt« sichtbar gemacht und andere, von den Herrschenden desinformierte Menschen, die eigene Ohnmacht überwinden würden. Laut Darstellung der Zeitung *Anti Atom Aktuell* gilt es, »als Teil eines anderen Wir […] weltweit für Befreiung« zu kämpfen. Erwartungsgemäß wurden deshalb Berichte über begangene Heldentaten wie das Besprühen militärischer und nicht-militärischer Gegenstände, das Lahmlegen eines Freibades und einer Baustelle, das Plakatieren und Knicken von Schildern, das Sabotieren von Telekommunikationseinrichtungen, das Öffnen von Zäunen, das Zerstören von Hochsitzen, das Umwerfen von Klohäuschen, das Besetzen von Zufahrtswegen und eine Demonstration auf dem Gelände des Truppenübungsplatzes selbstgefällig auf einschlägig bekannte Seiten ins Internet gestellt: *Anti Atom Aktuell* zufolge sind massenmedial vermittelte Aussagen über die politische Lage in Regionen außerhalb von NATO oder EU per se mit »postkolonialen Rassismen« verknüpft. Darüber hinaus würden sich so genannte »Think Tanks und Beratungsfirmen, Rüstungsunternehmen, Söldner und private Sicherheitsfirmen« den »war on terror-Diskurs« und ein »vermeintliches Bedrohungsszenario« zunutze machen, um ein kriegerisches Eingreifen von »NATO- Staaten« zu begründen und »die strukturellen Voraussetzungen für einen dauerhaften Kriegszustand« zu schaffen. Auffällig ist das Vokabular, das die Nachfahren der Friedensbewegung aus dem Marxismus-Leninismus übernehmen. Im verstaubten Jargon der Staatsbürgerkunde begehren sie auf »gegen die brutale Ausbeutung und Unterdrückung eines Großteils der Menschheit durch eine privilegierte Minderheit, die weltweit kriegerisch durchgesetzt wird.«

Überhaupt lassen sich für die Camper keinerlei Aussagen darüber treffen, was jenseits ihres eigenen vom Trickfilm-Geflimmer getrübten Erfahrungshorizontes liegt. Denn grundsätzlich unterstellen sie, dass die »koloniale Bildproduktion« eine »bipolare Ordnung« hervorbringt, die darauf abzielt, die zivile Bevölkerung auf Kriege im Ausland einzustimmen. In sozialkonstruktivistischen Dualismen wie Zivilisation und Barbarei, Mann und Frau, Westen und Wilde, Ordnung und Chaos, Demokratie und islamistische Diktatur etc. finde dies nach Angaben von *Anti Atom Aktuell* seinen Ausdruck. Genau diese selbstgerechte Realitätsverweigerung ist kennzeichnend für den Gesinnungskitsch der Antimilitaristen. Die Leugnung der politischen Wirklichkeit ermöglicht erst die weltentrückte antimilitaristische Deutung des gegenwärtigen Weltzustands. Die Faszination für den Antimilitarismus begründet sich darin, dass seine Anhänger aus der Position eines moralischen Überlegenheitsgefühls agieren. Denn deren auf außerordentlicher Simplifizierung beruhendes Weltbild ist außerhalb jeder historischen Erfahrung. Die Antimilitaristen fordern nichts Geringeres, als die Welt nach ihrem infantilen Idealismus einzurichten. Panzer, Drohnen und Soldaten verursachen aber keine Kriege. In ihnen spiegelt sich vielmehr symptomatisch wider, dass die Menschheit bislang nie in einem dauerhaften Frieden gelebt hat und sich dies auch in absehbarer Zeit nicht ändern wird. Krieg ist auch kein Exportprodukt der NATO oder der EU. Aus diesem Grund ist die Aussage falsch, Krieg beginne hier. Wären die Antimilitaristen nicht so unheimlich verbohrt, wäre eine Einführung in den kritischen Materialismus empfehlenswert. Ausgangspunkt könnte folgendes Zitat von Wolfgang Pohrt sein: »Denn in der Tat hat Deutschland den Pazifismus [und auch den Antimilitarismus] diskreditiert und ad absurdum geführt, indem es praktisch vorgeführt und damit empirisch bewiesen hat, dass es Schlimmeres geben kann als den Krieg; dass Schrecken möglich sind, von denen nur eine starke Armee befreit. Deutschland selbst […] war dieser Schrecken, gegen den es kein Mittel als Bomberflotten und Panzerverbände gab. Die Armee als wirklichen Befreier und den Krieg als wahren Sachverwalter und Vollstrecker der Menschlichkeit in die Weltgeschichte eingeführt zu haben, ist das verhängnisvolle Verdienst dieses Landes.« **[wibi]**

Feel Gaza

Die letzte israelische Militärintervention in Gaza wurde europaweit von einer Welle antisemitischer Ausschreitungen begleitet. Auch im Provinznest Halle gab es Proteste. Hier rotteten sich Anfang August etwa fünfzig Berufspalästinenser aus aller Herren

Länder rund um Vertreter des Islamischen Kulturcenters und der Muslimischen Hochschulgruppe auf dem Marktplatz gegen Israel zusammen. Mit von der Partie war der Dozent Moien Abu-Saif vom Orientalischen Institut der Uni Halle. Offenbar gehört es dort zu den Verpflichtungen einer »Lehrkraft für besondere Aufgaben« gegen Juden zu demonstrieren. Neben Sprechchören, die den geistigen Leerlauf der Kundgebungsteilnehmer unterstrichen (»Gerechtigkeit für alle«, »Kindermord ist Kindermord«), wurden die gängigen israelfeindlichen Parolen wiedergegeben. In völliger Umkehr der Zwangslage Israels, dem Töten von Juden einen Riegel vorschieben zu müssen, bildete das Herzstück der Kundgebung ein Transparent, auf dem von einem »Völkermord in Gaza« die Rede war.

Um eine Delegitimierung Israels – wenn auch mit größerer Vorsicht – bemühten sich jedoch nicht allein die Demonstranten. So erklärte sich die manisch politische Ute L. (vgl. *Bonjour Tristesse* #12) zwar bereit, eine Gegenkundgebung anzumelden, allerdings nur unter der Voraussetzung, dass dort keine Israelfahnen gezeigt werden würden. Sie begründete die Auflage damit, dass das Zeigen der Israelfahne gegenüber »Volksdeutschen« zwar in Ordnung sei, nicht jedoch gegenüber »Betroffenen« – ganz so als wäre die Kritik am Antisemitismus und die daraus folgende Solidarität mit Israel abhängig von der Herkunft der Antisemiten.

Ihre Ansicht vertrat auch die anwesende Polizei. Da sich die kleine Zahl von Gegendemonstranten nicht auf den Vorschlag der Aktivistin einließ, blieb den »Israelkritikern« das Symbol ihrer Obsession nicht erspart. Sie reagierten, indem sie die Fahne an sich rissen und dem Anmelder ihrer Kundgebung überreichten. Die Polizisten, die den Vorgang beobachteten, verzichteten jedoch darauf einzuschreiten und beschlossen stattdessen, dass die Fahne erst nach Ende der Kundgebung zurückgegeben werden sollte. Sie begründeten ihre Anweisung ebenfalls mit der Gemütslage der Demonstranten. Schließlich würde es sich bei diesen um betroffene Palästinenser handeln, denen man nicht zumuten könne, mit anzusehen, wie ihr Anführer die Fahne zurückgibt. Mit dieser Erklärung wurde der Angriff nachträglich von der Polizei legitimiert. Der Anmelder konnte die Israelfahne bis zum Ende der Kundgebung einbehalten und die Kundgebungsteilnehmer konnten ungestört ihrem Judenhass freien Lauf lassen. Das ist also die eingeforderte »Gerechtigkeit für alle« nach dem Gazagefühl. **[uci]**

Außenseiter, Spitzenreiter

Auf Sachsen-Anhalt und seine Bewohner ist Verlass. Egal, welcher Bereich – ob Bildung, Wirtschaft oder Gesundheit – in einer Studie untersucht wird: das Bundesland schafft es immer wieder, das Schlusslicht zu bilden oder einen traurigen Rekord aufzustellen. Vielleicht gibt es einen sachsen-anhaltischen Kreislauf, aus dem es kein Entrinnen gibt. Denn es ist das Land mit einer Schulabbrecher-Quote, die doppelt so hoch wie die Quote des Bundesdurchschnitts ist. Wer seinen Abschluss doch geschafft hat, verlässt flugs das Land: Der Bevölkerungsrückgang liegt bei 906 Einwohnern pro 100.000 Einwohner – der Bundesdurchschnitt liegt gerade mal bei 65 Einwohnern. Wer in Sachsen-Anhalt bleibt, lebt in Deutschland mit am ungesündesten und schaut zudem noch am längsten fern (fast fünfeinhalb Stunden pro Tag). Warum sollte man auch ausgehen, beschränkt sich das kulinarische Angebot doch oft auf Würzfleisch und Steak au four. Kein Wunder, dass Sachsen-Anhalt eines der beiden Bundesländer ist, in dem kein Restaurant mit dem Michelin-Stern ausgezeichnet ist. Da bleibt oft nur der folgenschwere Griff zu Hasseröder und Pfeffilikör. Und so kommt es, dass die sachsen-anhaltischen Alkoholiker am häufigsten stationär behandelt werden. Diese urtypische Lebensweise führt zu den meisten Bluthochdruck-Erkrankungen im Bundesdurchschnitt und einer überdurchschnittlich hohen Rate an tödlichen Herzinfarkten.

Willkommen im Land der Frühaufsteher! **[msd]**

Bist du ein Antisemitismusexperte?

Angesichts judenfeindlicher Sprechchöre auf propalästinensischen Aufmärschen in mehreren deutschen Großstädten und tätlicher Übergriffe auf proisraelische Gegendemonstranten und Juden im Juli hielt es der »Antisemitismusexperte« Wolfgang Benz im Interview mit der *Mitteldeutschen Zeitung* (23.7.2014) »für übertrieben«, von »antisemitischen Ausschreitungen in Deutschland zu sprechen«. Benz zufolge könne weder von einem Wiederaufflammen noch von einer neuen Qualität des Antisemitismus in Deutschland die Rede sein. Finde heraus, ob auch Du ein Antisemitismusexperte bist und mache den ultimativen Test!

1) Im Nahen Osten herrscht Krieg. Wer ist schuld?
a) Israel
b) die Palästinenser
c) beide Seiten

2) Der Gazastreifen ist ...
a) … strukturell dem Warschauer Ghetto nicht unähnlich.
b) … das größte Freiluftgefängnis der Welt.
c) … unter der Kontrolle der islamistischen Hamas.

3) Sollten wir als Deutsche Israel kritisieren?
a) Das ist nicht so einfach.
b) Ja! Aufgrund unserer besonderen Vergangenheit müssen wir Verantwortung übernehmen.
c) Nein.

4) Wenn sich ein Selbstmordattentäter in Israel in die Luft sprengt, ...
a) … muss er sehr verzweifelt sein.
b) … will er Juden töten.
c) … muss man sehr genau nach seinen Beweggründen fragen.

5) Ich habe nichts gegen Juden, ...
a) … Punkt.
b) … aber man wird doch wohl noch Israel kritisieren dürfen!
c) … denn einige meiner besten Freunde sind Juden.

6) Wenn Israel Atomwaffen besitzt, warum sollte der Iran keine haben?
a) Genau!
b) Es sollte weltweite Abrüstungsverträge geben, an die sich auch Israel zu halten hat.
c) Darum.

7) Warum war unter den Opfern der Terroranschläge vom 11. September kein einziger Jude?
a) Weiß nicht.
b) Die wurden alle gewarnt.
c) Auf so eine bescheuerte Frage antworte ich nicht.

Auswertung:
7 bis 8 Punkte: Schade! Das war noch nichts.
9 bis 18 Punkte: Prima! Du bist auf dem richtigen Weg, ein echter Antisemitismusexperte zu werden. Ein bisschen Nachhilfe bei Jakob Augstein kann jedoch nicht schaden.
19 bis 21 Punkte: Super! Dir macht niemand etwas vor.

Lösung: 1. a) 3 Punkte, b) 1 Punkt, c) 2 Punkte; 2. a) 3 Punkte, b) 2 Punkte, c) 1 Punkt; 3. a) 2 Punkte, b) 3 Punkte, c) 1 Punkt; 4. a) 3 Punkte, b) 1 Punkt, c) 2 Punkte; 5. a) 1 Punkt, b) 3 Punkte, c) 2 Punkte; 6. a) 3 Punkte, b) 2 Punkte, c) 1 Punkt; 7. a) 2 Punkte, b) 3 Punkte, c) 1 Punkt

V.i.S.d.P.: P. Finow, An der Magistrale 89, 06124 Halle (Saale) Kontakt: redaktion.tristesse@gmail.com